

PRAKTISCH-JURISTISCHE
AUSARBEITUNGEN.

HERAUSGEGEBEN

VON

C. L. STENGEL.

KÖNIGLICH PREUSSISCHEM JUSTIZRATHE, HOFFISKAL UND
JUSTIZKOMMISSARIUS.

ZWEITER BAND.

BERLIN, 1800.

BEI CHRISTIAN GOTTFRIED SCHÖNE.

PRÄKTIſCH-JURISTISCHE

AUSARBEITUNGEN

HERAUSGEGEBEN

C. L. STEINER

Verlag des Juristischen Instituts
in der Universität zu Gießen

VERLAGSSTELLE

VERLAGSSTELLE

VERLAGSSTELLE

Vorerinnerung.

Das nachsichtsvolle Urtheil, mit welchem der erste Band dieses Werkes aufgenommen worden ist, (Jurist. Lit. Zeit. Oktober 1799. No. 6.) hat mich zur Herausgabe des gegenwärtigen bewogen, welcher unter No. III. IV. und V. Nachrichten von Rechtsfällen enthält, auf welche die Aufmerksamkeit eines sehr grossen Publikums gerichtet war und zum Theil (wie bei No. V.) noch gerichtet ist.

Berlin, im April 1800.

C. L. Stengel.

Vorermählung.

Das nachstehende Urtheil, mit wel-
chem der erste Band dieses Werkes auf-
genommen worden ist, (Jahrg. Lit. Zeit.
Oktober 1855, No. 6.) hat mich zu der
angabe des gegenwärtigen bezogen, wel-
cher unter No. III. IV. und V. Nachrich-
ten von Nachrichten enthält, auf welche
die Aufmerksamkeit eines sehr großen
Publikums gerichtet war und zum Theil
(wie bei No. 7.) noch gerichtet ist.

Berlin, im April 1856.

C. L. Steingel.

**PRAKTISCH - JURISTISCHE
AUSARBEITUNGEN.**

ZWEITEN BANDES ERSTE ABTHEILUNG.

PRAXISCH-ARTISTISCHE
AUSSTELLUNG

ZWITTEM BÄNDES ERSTE ABTHEILUNG

I.

ZWEITE

*VERTHEIDIGUNGS-
SCHRIFT*

FÜR

MARIE LOUISE SUMPF.

Zweiter Band.

1

I.

Zweite Vertheidigungsschrift für
Marie Louise Sumpf.

Das gegen Louise Sumpf ergangene Erkenntniß, welches sie

in eine Sechsjährige Zuchthaus-
strafe und Achtmalige Züchtigung
mit Ruthen

verurtheilt, wurde mir, ihrem Vertheidiger, am 20ten d. M. eröffnet. Ich erklärte sogleich, mich für die unmündige Inquisitin des Rechtsmittels der weitem Vertheidigung bedienen zu wollen, und die gegenwärtige Schrift ist bestimmt, die-

sen Schritt zu rechtfertigen. Da ich jedoch in der erstern Vertheidigungsschrift *) das Wesentliche dessen, was die Inquisitin für sich hat, in ein gehöriges Licht gesetzt zu haben glaube, so wird sich meine Arbeit für diesmal größtentheils auf eine freimüthig-bescheidene Eröffnung meiner Gedanken über die Erkenntnißsgründe einschränken.

Wenn Kinder und Unmündige, welche der Pubertät noch nicht nahe sind, nach den Gesetzen den Rasenden und Wahnsinnigen gleich geachtet werden;

§. 10. Instit. de inutilibus stipulationibus.

„Infans et qui infantiae proximus est,

„non multum a furioso distant, quia

„hujusmodi aetatis pupilli nullum ha-

„bent intellectum,“

*) Sie ist im ersten Bande dieser Ansarbeitungen abgedruckt.

so gehört das Geständniss derselben allerdings unter die verdächtigen Beweismittel. Schliesst nun die Unmündigkeit, an und für sich, wenn man zur Ueberzeugung von der Gewissheit der That auch auf einem sicherern Wege, als dem des bloßen Geständnisses, gelangt ist, schon die Verurtheilung in eine eigentliche Strafe aus,

Quistorp §. 50.

so scheint mir die hinzukommende Verdächtigkeit des Beweismittels auf die Herabsetzung der, in einem solchen Falle etwa zu erkennenden, Züchtigung einen nicht unbeträchtlichen Einfluss haben zu müssen.

In den Erkenntnisgründen wird das Geständniss der Louise Sumpf „verdächtig“ genannt, und gleichwohl eine Strafe erkannt, die im Verhältnisse gegen die Verbrechen und die Strafe der in eben diesem Erkenntnisse zum Beispiel angeführ-

ten Katharine Dorothee Schulz schwerlich so hart hätte ausfallen können, wenn Inquisitin auch vollkommen überführt, der Mündigkeit nahe (im dreizehnten Jahre) und von allen übrigen für sie sprechenden Vertheidigungsgründen keiner vorhanden wäre.

Diese Behauptung zu rechtfertigen, sei mir eine Vergleichnung des Sträflichkeitsgrades der Dorothee Schulz mit dem der Louise Sumpf erlaubt.

Die Schulz befand sich im dreizehnten Jahre, einem Alter, in welchem die Gesetze schon *doli capacitatem* annehmen,

Quistorp §. 51.

Meister Dec. VI. P. I.

Sie hatte sich, aufser einer dreimaligen Brandstiftung, eines doppelten vorsätzlichen Todtschlages schuldig gemacht, und war überführte Verbrecherin.

Das Kriminalgutachten trug auf

zehnjährige Zuchthausstrafe, und eine Züchtigung mit Ruthen statt des Willkommens, an.

Louise Sumpf hatte seit einigen Wochen das zehnte Jahr ihres Alters zurückgelegt, war also noch der Kindheit nahe: eine Periode des Lebens, auf welche sich — wie die Erkenntnißsgründe selbst sagen —

die Ausnahme: „Wenn die Bösheit das Alter erfüllet,“ nach dem klaren Inhalte der C. C. C. Art. 164. nicht anwenden läßt;

und Schwermuth hatte sich ihres Wesens in einem hohen Grade bemeistert. Die Spuren derselben habe ich bereits in der erstern Vertheidigungsschrift verfolgt; sie sind, denk ich, einem nur etwas geübten pathognomischen Blicke bemerkbar genug. Nun schließt aber Schwermuth

an und für sich schon die gewöhnliche Strafe aus:

Quistorp §. 40.

„Weil die Schwermüth die Ursach
 „einer Missethat sein kann, ob sie
 „gleich seit geraumer Zeit nicht ver-
 „spürt worden, und der Angeschul-
 „digte sich in seinen täglichen Ver-
 „richtungen ganz vernünftig betragen
 „hatte; so pflegt man auch überhaupt
 „schon schwermüthige Leute mit der
 „Lebensstrafe, die sie sonst verwirkt
 „haben dürften, zu verschonen. Nach
 „Beschaffenheit der Umstände werden
 „entweder schwermüthige Leute von
 „aller Strafe freigesprochen, oder sonst
 „nach Beschaffenheit des Verbrechens,
 „wiewohl allemal gelinder, be-
 „straft.“

Die Inquisitin ist überdem außerordent-
 lich reizbar, so, daß — wie ich selbst
 bei mehrern Gelegenheiten wahrnahm —

die geringste Veranlassung ihr Thränen erpresst. Sehr natürlich mußte die wirklich grausame Behandlung, welche sie am Tage vor der Feuersbrunst von ihrem Vater erlitt, deren schmerzhaft eindrücke sich drei Wochen nachher noch nicht verlohren hatten, diese Disposition zu einem wirklichen Paroxismus erhöhen.

Die unglücklichen Folgen der Brandstiftung zu hintertreiben, that sie, ihrer seits, was nur möglich war, indem sie, da kaum das Feuer angegangen sein konnte, im Dorfe und auf dem Felde kund machte: Es brenne. Aeufserst hart würde es sein, dasjenige, woran einzig ein unglückliches Zusammentreffen zufälliger Umstände Schuld war, der Inquisitin anzurechnen. Unter etwas veränderten Konjunkturen bot ihr Benehmen nach der Brandstiftung gerade das unfehlbarste Gegengift gegen das Uebel dar.

Und die Strafe dieser Louise Sumpf? —

Sechs Jahre im Zuchthause, und
achtmalige empfindliche Züchti-
gung mit Ruthen.

Eine Strafe, die der, in welche die Schulz
verurtheilt wurde, an Härte wohl nichts
nachgeben dürfte. Ich glaube sogar, daß
die Inquisitin für siebenmal zu erneu-
ernde Ruthenzüchtigung gern 4 Jahre län-
ger im Zuchthause aushalten würde.

Also Louise Sumpf mit der Schulz,
„die schon 12 Jahr alt und ungleich
„strafbarer war,“
gleich hart bestraft!

Es ist nicht zu leugnen, daß die Ge-
schichte der Inquisitin einzelne Züge auf-
zuweisen hat, die, wenn es überall seine
Richtigkeit damit hätte, über die Morali-
tät eines Erwachsenen ein nachtheiliges
Licht verbreiten könnten. Allein, da es
— wie ich glaube — inkonsequent sein
würde, ihrem Alter incapacitatem do-
li, den Gesetzen gemäß, zuzugestehen,

und gleichwohl aus solchen einzelnen Zügen — welche ohnehin von dem, der nicht vollkommen mit den Veranlassungen bekannt ist, leicht gemißdeutet werden können — auf das Dasein wirklicher Bosheit bei ihr zu schliessen: so glaube ich, der Mühe, mich dabei lange zu verweilen, überhoben zu sein; zumal, da ich mich in der erstern Vertheidigungsschrift darüber verbreitet habe.

Hier also nur dies Wenige!

Wenn schon das Geständniss der Inquisitin, welches doch durch die Umstände wahrscheinlich gemacht wurde, verdächtig ist, wie vielmehr muß es der Widerruf einer Behauptung sein! — nemlich der Behauptung, daß ihr Großvater zur Brandstiftung gerathen habe — einer Behauptung, die doch auch, alles wohl erwogen, so manches für sich hat. Sie bemäntelt nun zwar diesen Widerruf damit, daß sie Anfangs geglaubt habe, der

erhaltene Rath werde einen Entschuldigungsgrund abgeben. Hatte sie dies wirklich geglaubt, und glaubte es in der Folge nicht mehr, so mußte sie belehrt worden sein; und eben diese Belehrung konnte ihr auch zum Bewegungsgrunde gedient haben, eine wahre Beschuldigung dieser Art zurückzunehmen. Dieser Umstand kann also wenigstens kein nachtheiliges Licht über den Charakter der Inquisitin verbreiten — wenn ein Kind schon einen Charakter haben könnte — sondern man muß ihn dahin gestellt sein lassen.

Der Gerichtsdienner Fiedler, und dessen Tochter, deren Aufsicht die Inquisitin vorzüglich anvertraut war, gaben ihr das Zeugniß, daß sie sich während ihrer ganzen Verhaftszeit still, ordentlich und fleißig betragen, ihnen nie einige Veranlassung zur Unzufriedenheit gegeben, ihr ganzes Betragen überhaupt bewiesen habe, daß sie einen weichen und sanften Sinn besitze.

Was ihren Versuch, den Verdacht der Brandstiftung von sich auf eine Bettelfrau abzuwälzen, anbetrifft; so lag dabei wohl keine List zum Grunde, sondern es war die natürlichste Eingebung des angebohrnen Triebes der Selbstrettung, welcher, zugleich mit dem durch die traurigen Folgen der That aufgeschreckten Bewußtsein der Inquisitin, rege werden mußte. Dafs sie eine unbekannte Person vorzuschieben suchte, der dadurch keine Unannehmlichkeiten zugezogen werden konnten, wäre vielleicht als ein Beweis für das gute Herz der Inquisitin zu benutzen: Denn, so gut sie sogar ihren Großvater fälschlich — wie man behauptet — beschuldigen konnte, eben so gut konnte und würde sie, wenn jenes gegründet wäre, auch die Schuld der Brandstiftung selbst, auf einen Bekannten geschoben haben, durch dessen Vernehmung die Sache wenigstens hingehalten worden wäre.

Die Aeußerung, daß sie den Reinekeschen Kindern Nadeln ins Essen thun wollen, um sie zu tödten, ist offenbar weiter nichts, als Vorspiegelung, von welcher sie die Entlassung aus ihrem Dienste hoffte, und man sieht, daß nur Schwermuth in einem hohen Grade ihr ein so seltsames Mittel eingeben konnte. Gesetzt nun aber auch, es erhelle aus allen diesen Zügen „eine frühe Bekanntschaft mit lasterhaften Ideen;“ wodurch anders konnte ein Kind von 10 Jahren zu dieser Bekanntschaft gelangt sein, als durch böse Beispiele, Fehler der ersten Erziehung, und vielleicht durch eine gewisse angebohrne Temperamentsmischung, welche diesen Ideen Nahrung gab. Es kostet einen Erwachsenen oft unbeschreibliche Mühe, die üblen Eindrücke der ersten Jugend zu verwischen, und seines Temperaments Herr zu werden.

Wie könnte man nun wohl einem

Kinde schon das Dasein solcher Einwirkungen zum Verbrechen machen?

Durch die weitere Verfolgung dieses Gesichtspunktes würde die Erreichung meines Ziels ohne Noth verzögert werden.

Ich überlasse sie dem Psychologen und wende mich nunmehr

zu dem Unterschiede zwischen Strafe und Züchtigung, dessen in den Entscheidungsgründen gedacht wird.

So wie bei einer eigentlichen Strafe die Zwecke der Besserung des Strafbaren, des Beispiels für andere, und der Sicherstellung der gemeinen Wohlfahrt, wenigstens vereint sein sollten, und es nur an der relativen Unvollkommenheit menschlicher Einrichtungen liegt, wenn diese Zwecke nicht in jedem Falle vereinbar sind: den Strafbaren unglücklich zu machen, aber unmöglich in irgend einem Falle Zweck der Strafe sein kann; so scheint mir Züchtigung, wenn ich

mich auch nur an die Abstammung des Worts halte, zunächst Erziehungsmittel zu sein. Ob nun, in vorliegendem Falle, der kranke Gemüthszustand der Inquisitin nicht vielmehr ein Heilmittel anrathe — ob, wenn man auch von einem Erziehungsmittel sich guten Erfolg zu versprechen berechtigt wäre, die erkannte Züchtigung diesem Begriffe zusage — ob Inquisitin, die sich gerade in der Bildungsperiode befindet, unter der Menge böser Beispiele, die in einem Zuchthause durchaus nicht ganz zu entfernen sind, eine ihrer künftigen Bestimmung entsprechende Erziehung erhalten könne — ob der sie stets begleitende Gedanke an die mit jedem Jahre zu erneuernde empfindliche Ruthenzüchtigung geschickt sei, ihre Schwermuth — die doch ganz unleugbar vorhanden ist — zu heilen, oder ob es nicht Fälle gebe, in welchen gerade durch eine so ängstliche Aussicht in die

Zukunft, was Anfangs nur Schwermuth war, in wirklichen Wahnsinn überging — ob endlich von der Ruthenzüchtigung selbst, bei ihrer körperlichen Schwäche und ihrem hohen Grade von Reizbarkeit für ihre Gesundheit nicht unersetzlicher Schaden zu besorgen sei? — Von der Beantwortung dieser Fragen hängt es ab, zu beurtheilen, ob der in der ersten Vertheidigungsschrift gemachte Antrag:

die Inquisitin Louise Sumpf mit aller eigentlichen Strafe zu verschonen, sie aber auf einige Jahre in einer Erziehungsanstalt — um welche man bei der Menge von Waisenhäusern nicht verlegen sein wird — unter möglichster Entfernung böser Beispiele, steter, ihrem Alter angemessener Arbeit, und heilsamen Unterichte, unterzubringen,

welchen Antrag ich hiemit wiederhole,
zweckmäfsig sei, oder nicht etc.

Nauen,
am 25. Oktober
1790.

Der
Justizkommissarius Stengel,
als Vertheidiger
der Louise Sumpf.

II.

DEDUKTIONEN

IN SACHEN DER KAUFLEUTE

PILLICHODY, REBOUL UND KOMPAGNIE,

K L Ä G E R

GEGEN

DEN BERLINISCHEN BANQUIER

ASSUR JAKOB ASCHARD,

BEKLAGTEN;

DESGLEICHEN

S C H R I F T E N,

WELCHE SICH AUF DAS DECLARATIONSGESUCH DES BE-
KLAGTEN BEZIEHEN.

II.

DEDUKTION

IN SACHEN DER KATHESE

KILICHODY, HEBOL UND KOLLEKTION

K. A. G. R.

ORDEN

DER HERRSCHENDE BANDELL

ASSUR JAKOB A. G. H. A. R. D.

B. K. A. G. T. E. N.

DEUTSCHEN

P. C. H. D. T. F. M.

IN DER SACHEN DER KATHESE

KILICHODY

II.

Deduktionen in Sachen der Kaufleute Pillichody, Rebou und Kompagnie, Kläger gegen den Berlinischen Banquier Assur Jakob Aschard, Beklagten; desgleichen Schriften, welche sich auf das Deklarationsgesuch des Beklagten beziehen *).

I.

Deduktion für die Kläger als Appellanten.

Das Factum, welches bei dem gegenwärtigen Rechtsstreit zum Grunde liegt,

*) Die Erkenntnisse, wodurch dieser merkwürdige Rechtsfall entschieden worden ist, sind im 7ten Bande meiner Beiträge etc. abgedruckt. St.

ist äußerst einfach, und besteht in folgendem:

Der beklagte Schutzjude etc. Aschard hieselbst war den Klägern, jetzt Appellanten, für empfangene Waaren 17000 Livres Tournois im Jahr 1793 schuldig geworden. Um diese Schuld abzuführen, schlug Bekl. den Weg ein, daß er mittelst seines Schreibens vom 13ten August 1793 zwei auf Boydker et Compagnie zu Paris gezogene Wechsel über obigen Betrag nach Lion an die Adresse der Kläger sandte, damit diese sothane Wechsel dem bezogenen Hause zu Paris präsentiren lassen, und darauf die Summe der 17000 Livr. tour. ausgezahlt erhalten möchten.

Als dieses Schreiben des Bekl. d. d. Berlin den 13ten August 1793 am 26sten ejusd. nach dem Laufe der Posten vor Lion ankam, stand diese Stadt im vollen Bombardement. Weil nun diese Belagerung erst am 9ten Oktober 1793 ein Ende

hatte, während derselben aber keine Briefe in die Stadt gelassen worden waren; so erhielten die Kläger den Brief des Becl. vom 13ten August 1793 nebst den Wechselln erst in der Mitte des Oktober-Monats gedachten Jahres.

Obgleich nun diese Wechsel, als sie den Klägern von der Regierung zu Lion in der Mitte des Oktobers ausgeliefert wurden, schon verfallen waren, so hielten sie sich dennoch verpflichtet, den Versuch zu machen, ob sie auf diese Wechsel, welche in Verhältniß auf sie (die Kläger) bloße Assignationes auf Boydker et Compagnie zu Paris waren, Zahlung der 17000 Livres zu erhalten vermöchten, und sandten selbige an ihren Correspondenten Rougemont nach Paris, um selbige dem bezogenen Hause Boydker et Compagnie zur Zahlung zu präsentiren.

Boydker und Compagnie verweiger-ten aber Zahlung, weil ihre Kasse unter

Siegel stand, worauf Rougemont Namens der jetzigen Kläger die Wechsel protestiren liefs, und sie den Klägern zurücksandte. Weil nun letztere auf diesem Wege der Assignation keine Zahlung erhalten hatten, so verlangten sie diese von dem Schuldner Aschard gegen Zurückgabe der ihnen übersandten Wechsel. Der Schuldner hat aber die Zahlung der geständlichen Schuld der 17000 Livres aus dem Conto-Courant verweigert, weil er behauptet, die Kläger wären durch die ihnen übermachten beiden Wechsel befriedigt, worauf denn die Kläger durch den Justizcommissarius Stech unterm 28sten Januar 1794 einen Protest haben aufnehmen lassen, und am 16ten März d. J. gegen den Schuldner Aschard bei dem Königl. Kammergerichte

auf Bezahlung der 17000 Livres Tournois aus dem Conto - Courant nebst Zinsen zu 5 Prozent seit dem 28sten

Januar 1794, imgleichen der Protest- und übrigen Kosten, klagbar geworden sind.

Durch das Erkenntniß erster Instanz vom 20sten November v. J. sind die Kläger mit der eingeklagten Forderung an Kapital, Zinsen und Kosten abgewiesen, und in Erstattung der Prozeßkosten verurtheilt worden. Kläger haben hiergegen appellirt, und ihre Beschwerden gegen den ganzen Inhalt des Erkenntnisses gerichtet. In facto haben sie nichts Neues angebracht, hingegen aber zur Unterstützung des durch den Moniteur über die Dauer der Blokade und des Bombardements der Stadt Lion angetretenen Beweises noch ein Attest des geschwornen Notarii Jaquier zu Joerdun vom 16ten December 1794 beigebracht, woraus die Wahrheit des Inhalts des Moniteurs in Ansehung der Dauer des Bombardements sich bestätigt, und bestimmt hervorgeht:

dafs die Briefe, welche während der Blokade vor Lion angekommen, den Einwohnern nicht eher als in der Mitte des Oktobers 1793 ausgeliefert worden sind.

Da nun aus vorstehender erwiesener Geschichts-Erzählung zu Tage liegt:

dafs der Beklagte den Klägern im Jahr 1793 laut Conto-Courant für erhaltene Waaren 17000 Livres Tournois schuldig gewesen, die Remesse nach Lion weiter nichts als eine Assignment enthält, Kläger diese Remessen nirgends für eine Zahlung angenommen, auf diese Remessen auch von dem bezogenen Hause Boydker et Compagnie keine Zahlung erfolgt ist, übrigens auch von Seiten der Kläger bei Präsentation der Wechsel keine ihnen beizumessende Nachlässigkeit obgewaltet, allermaafsen diese Wechsel schon verfallen gewesen,

ehe sie den Klägern zu Händen gekommen, dadurch aber, daß diese schon einmal verfallen gewesene Wechsel dem bezogenen Hause Boydker et Compagnie zu Paris, wegen der öffentlichen Kalamitäten erst im Dezember 1793 präsentirt worden, *Conditio* des Bekl. in Ansehung dieser Wechsel nicht *deterior* geworden ist, als sie schon dadurch geworden war, daß diese Wechsel schon verfallen, den Klägern zugekommen waren; und endlich Bekl., als Schuldner, nach den Rechten den *Casum* tragen muß, der sich mit seinen Zahlungen so lange ereignet, bis solche zu den Händen des Gläubigers gekommen — aus diesem allen aber folgt, daß der Beklagte nach wie vor Schuldner der Kläger auf 17000 Livres aus dem *Conto-Courant* geblieben:

so ist der Klagegrund und die Appellationsbeschwerde in der Hauptsache hinlänglich gerechtfertiget.

Ich könnte daher aller weitem Ausführung überhoben sein, wenn nicht diese Angelegenheit für meine durch die erlittenen Kalamitäten so sehr herunter gekommenen Mandanten von der äußersten Wichtigkeit wäre, daher ich denn, um nichts zu verabsäumen, die Entscheidungsgründe des ihnen so nachtheiligen Erkenntnisses zu beantworten mich verpflichtet fühle.

Diese Entscheidungsgründe sind folgende:

1.

Die Uebersendung der beiden auf Boydker et Compagnie zu Paris gezogenen Wechsel an die Kläger nach Lion, enthält eine Solutionem cum Effectu Liberationis, indem die Kläger, Inhalts ihres Schreibens an den Becl. vom 1sten August 1793 sich mit dieser Zahlungsart

zufrieden erklärt hätten, eine Zahlung durch Remessen unter Kaufleuten auch gewöhnlich sei.

Dieser Entscheidungsgrund läuft gegen die bekanntesten Regeln dessen, was in Ansehung der Zahlungen durch Remessen oder Assignment Rechtens ist. Denn wenn es gleich seine Richtigkeit hat, daß Kaufleute entlegener Oerter ihre Schulden durch Remessen abzuführen pflegen, so ist es doch eben so bekannt und rechtlich, daß eine solche Remesse welche die Natur einer kaufmännischen Assignment hat, der wirklichen Zahlung nicht eher gleich geachtet werden kann, als nachdem entweder das bezogene Haus dem Assignatario auf die präsentirten Remessen wirkliche Zahlung geleistet hat, oder, wenn der Assignatarius den Assignanten bei einem solchen Geschäft völlig entlassen, und statt seiner den debitorem assignatum zu seinem Schuldner annimmt, und die Einwil-

ligung des debitoris assignati hinzugekommen ist.

Conf. des Landrechts 1. Theil, 16. Tit.

§. 261 bis 265.

Keiner von beiden Fällen ist aber hier vorhanden, Kläger haben so wenig auf die Remesse von dem bezogenen Hause Boydker et Compagnie Zahlung erhalten als weniger sie sich irgendwo erklärt haben, daß sie dieses bezogene Haus statt des Bekl. für ihre Schuldner annehmen, und letztern völlig entlassen wollten. In dem erwähnten Schreiben der Kläger an den Bekl. vom 1sten August 1793 wird weiter nichts gesagt, als: daß Beklagter die factura bald anschaffen möchte, und durch den vortheilhaften Wechselcours aufgemuntert werde. Der Inhalt dieses Schreibens enthält nun wohl nichts weniger als eine Erklärung, daß sie (die Kläger) das Handlungshaus Boydker et Compagnie zu Paris auf die vom Beklagten ihnen

für erhaltene Waaren schuldigen 17000 Livres für ihre Schuldner annehmen, und den Beklagten entlassen wollten. Denn Kläger wußten damals noch gar nicht einmal, daß Beklagter auf Paris ziehen und ihnen solche Remessen die auf Boydker et Compagnie lauteten, nach Lion übermachen würde. Eine anderweite Erklärung der Kläger aber, die eine Delegation enthielte, hat Beklagter nicht einmal zu behaupten, vielweniger zu erweisen vermocht, und es bleibt daher gewiß, daß die Schuld des Beklagten aus dem Conto-Courant weder durch Zahlung noch durch Delegation abgemacht worden sei.

2.

Der zweite Entscheidungsgrund besteht darin, daß Kläger die nach Lion übersandten, auf Boydker et Compagnie lautende, Remessen angenommen und weiter girirt hätten.

Diesem Entscheidungsgrund steht aber entgegen, daß die Kläger diese Remessen nirgends als Zahlung oder Angabe an Zahlungs Statt cum delegatione und cum effectu liberationis des Remittenten, sondern nur als gewöhnliche kaufmännische Remessen, das ist: als Assignationen angenommen. Sie haben diese Remessen auch an Rougemont zu Paris nicht als Girowechsel verkauft, sondern nur zu dem Ende übersandt, damit dieser solche dem bezogenen Hause Boydker et Compagnie präsentiren, darauf die assignirte Zahlung zu erhalten sich bemühen, und in Entstehung derselben die Remesse protestiren lassen möchte. Nun aber ist von Seiten des Rougemont die Präsentation der Remessen an Boydker et Compagnie geschehen, darauf aber keine Zahlung erfolgt, und die Wechsel daher protestirt, und dem Remittenten als eine Assignation, worauf die Zahlung nicht er-

folgt ist, zurückgesandt, und selbige, weil er sie nicht zurücknehmen wollen, allhier gehörig protestirt worden.

3.

Der dritte Entscheidungsgrund besteht darin, dafs, weil die Kläger die Remesse angenommen, und weiter girirt hätten, es auch ihre Schuldigkeit gewesen wäre, dafür zu sorgen, dafs solche dem bezogenen Handlungshause bei der Verfallzeit, oder wenigstens vor dem Ablauf der eingeführten Diskretionstage, zur Zahlung präsentirt, in Entstehung der Zahlung protestirt und der Protest fordtersamst an den Beklagten, als ihren Indossanten geschickt worden wären, wenn sie sich des Rechts, ihren Regrefs an denselben zu nehmen, nicht verlustig machen wollten. Nun aber wären die Remessen bereits am 2ten September 1793 verfallen gewesen, dagegen erst am 25sten December der Protest we-

gen nicht erfolgter Zahlung zu Paris aufgenommen, und erst am 28sten Januar 1794 dieser Protest den Beklagten vorgezeigt worden, und es finde daher die vom Kläger angestellte Klage gegen Beklagten auf Schadloshaltung wegen der nicht bezahlt erhaltenen Remessen nicht statt.

Dieser ganze Entscheidungsgrund beruht in einer unrichtigen Beurtheilung des vorgewesenen Geschäfts. Denn durch den von dem Bekl. edirten Brief d. d. Berlin den 13ten August 1793 ist außer Streit gesetzt, daß, mit Zurechnung derjenigen Tage, welche nach dem Lauf der Posten von Berlin nach Lion erfordert werden, der gedachte Brief des Beklagten d. d. Berlin den 26sten desselben Monats vor Lion angekommen sei, und daher Kläger, selbst in dem Falle, wenn sie diese Remessen sofort erhalten hätten, äußerst hätten eilen müssen, um selbige vor dem am 2ten September 1793 eintretenden Verfalltage dem

bezogenen Hause zu Paris präsentiren, und eventualiter protestiren zu lassen. Nun aber erhielten sie den Brief des Klägers vom 13ten August 1793 nebst Remessen nicht am 26sten ejusd. m. et anni, sondern allererst in der Mitte des Oktobers 1793, mithin zu einer Zeit, wo diese Remessen schon verfallen waren.

Daß den Klägern diese Remessen nicht eher, als nachdem sie schon verfallen gewesen, zu Händen gekommen sind, ist durch folgende zwei Beweismittel,

1. Durch die beigebrachten Stücke des Moniteur,
 2. Durch das beglaubte Attest des geschwornen Notarii Jaquier d. d. Joerdon den 10. December 1794, welches in der jetzigen Appellations-Instanz zu den Acten überreicht worden,
- aufser allen Zweifel gesetzt.

Aus den Stücken des Moniteur, wovon beglaubte Auszüge ad acta gebracht sind, geht hervor, daß das Bombardement der Stadt Lion den 8ten August 1793 angefangen, und diese Stadt allererst am 9ten Oktober übergegangen sei; und eben dieses bestätigt das angezogene Notariatsattest, mit dem schon aus der Natur der Sache sich ergebenden Zusatze:

daß während dieser ganzen Zeit kein einziger Brief von auswärts in Lion angekommen, und die Adressen an die Kaufleute zu Lion erst in der Mitte des Oktobers 1793 denselben ausgeliefert worden.

Sind nun aber die Remessen des Becl. welche nachgewiesenermaassen am 26sten August vor Lion angekommen, allererst in der Mitte des Oktobers den Klägern ausgehändigt, und sind diese Remessen nach dem eigenen Anführen des Richters erster Instanz schon am zweiten September ver-

fallen gewesen: so liegt klar zu Tage, daß die Kläger bei Bewirkung der Präsentation sich keine Versäumnis haben zu Schulden kommen lassen, welche ihnen zu imputiren, und wodurch die Qualität der Remessen schlechter geworden wäre, als sie schon *per vim majorem* geworden waren. Denn da gedachte Remessen ihnen erst in der Mitte des Oktobers 1793 zu Händen gekommen sind, so haben sie natürlicherweise solche nicht am 2ten September protestiren lassen können, und es litt auch der Werth dieser einmal verfallenen Wechsel dadurch nichts, daß sie nicht sogleich im Oktober, sondern allererst im Dezember dem Hause Boydker et Compagnie zu Paris präsentirt, und wegen versagter Zahlung daselbst am 25sten ejusd. protestirt wurden.

Man kann diesen letztern, *ex adductis* gleichgültigen, Verzug von der Mitte des Oktobers bis zum Dezember 1793 den

Klägern auch nicht einmal beimessen, indem die öffentlichen Kalamitäten, welche damals zu Lion und in ganz Frankreich obwalteten, solche völlig entschuldigen. Die Greuelthaten, womit die Einnahme von Lion anfang, und welche noch lange Zeit hindurch fort dauerten, lassen keine Imputabilität übrig, wenn während derselben die Correspondenzen nicht so regelmäßig gegangen sind, als ohne diese Mordscenen, wobei jeder nur sein Leben zu retten suchte, geschehen sein würde.

Die Kläger, welche eigentlich befugt waren, diese Wechsel, nachdem sie ihnen ob vim majorem in der Mitte des Octobers, schon verfallen zu Händen gekommen, dem Remittenten Aschard sogleich bei deren Empfang zurückzusenden, thaten ein Uebriges, daß sie den Versuch machten, ob das bezogene Handlungshaus Boydker et Compagnie darauf noch Zahlung leisten würde, und des Endes die schon ver-

fallen erhaltene Wechsel durch Rouge-
mont präsentiren, und wegen nicht er-
folgter Zahlung am 25sten December 1793
zu Paris protestiren ließen. Dieser bloß
zum Vortheil des Remittenten Aschard
von ihnen gemachte Versuch kann den
Klägern, welche bloß hierbei als Assigna-
tarii oder als Negotiorum Gestores
zu betrachten sind, in keiner Art schädlich
werden, denn sie haben dabei nichts
versehen, wodurch *Conditio* des
Remittenten *deterior* geworden
wäre, als sie schon per *Casum for-
tuitum* geworden war.

Was übrigens der Urteilsverfasser dar-
über argumentirt, daß die jetzige Klage,
als eine Klage auf Schadloshaltung wegen
nicht bezahlt erhaltener Wechsel, darum
nicht statt finde, weil selbige erst den
14ten März 1794 angestellt sei, so ist die-
ser Einwand ganz unerfindlich, indem die
Kläger ihren Anspruch nicht auf Schadlos-

haltung wegen Nichtbezahlung der Wechsel, sondern auf Bezahlung einer anerkannten Schuldforderung aus einem Conto-Courrant für gelieferte Waaren, gegen den Buchschuldner gerichtet haben, und das Fundamentum Actionis daher von dem Urteilsverfasser ganz unrichtig beurtheilt worden ist. Hiezu kommt nun noch, dafs, wenn eine Klage auf Schadloshaltung wegen nicht bezahlter Wechsel hier in medio wäre, das Fatale einer solchen Klage gegen den etc. Aschard nicht vom 2ten September 1793 würde angerechnet werden können, weil damals die Remessen noch nicht zu den Händen der Kläger gekommen waren, vielmehr solches erst am 25sten December 1793 anzunehmen sein würde, mithin die Frist zur Anstellung der Klage vom 16ten März 1794 noch nicht verlaufen gewesen ist. Wenn es aber hierauf, wie doch ex adductis nicht geschehen mag, irgendwo ankäme,

so würde sich auch nachweisen lassen, daß selbst diese Verzögerung, der Präsentation des Pariser Attestes an den Becl. und der hierauf angestellten Klage, sich ebenfalls in den öffentlichen Kalamitäten gegründet habe. Es kommt hierauf aber gar nicht weiter an, weil Kläger nicht auf Schadloshaltung aus einem Girogeschäft, sondern auf Bezahlung einer anerkannten Buchschuld klagen, welche an keinen andern, als an den, die persönlichen Ansprüche überhaupt begränzenden, dreißigjährigen Zeitraum gebunden ist.

Der vierte und letzte Entscheidungsgrund des Urteilsverfassers ist darin gesetzt, daß die öffentlichen Kalamitäten nicht erwiesen wären, und daß, selbst in dem Fall des hierüber geführten Beweises, diese Unglücksfälle nicht den Beklagten, sondern die Kläger, als Unterthanen desjeni-

gen Staats treffen müßten, dessen innerliche Unruhen jenen Casum veranlaßt hätten.

Dies Raisonnement ist theils durch die in erster und zweiter Instanz beigebrachten Beweise völlig widerlegt, theils aber widerspricht es den Rechtsregeln von Zahlungen, und wer hierbei den Casum zu tragen verbunden ist; so wie auch der Vorschrift des Landrechts von dem Verhältnisse, wornach die Gerechtsam^e auswärtiger Staatsbürger, welche mit Einwohnern hiesigen Landes in erlaubtem Handlungsverkehr stehen, beurtheilt und rechtlich entschieden werden sollen.

Nach Vorschrift des Landrechts in der Einleitung §. 45. sollen fremde Unterthanen bei dem Betriebe erlaubter Geschäfte in hiesigen Landen sich aller Rechte der Einwohner zu erfreuen haben, wenn die Geschäfte nicht gegen die Gesetze anlaufen.

Ferner steht nach dem Landrechte
1sten Theils 11ter Titel §. 769 fest:

daß, wenn der Schuldner an einem
andern Ort als der Gläubiger wohn-
haft ist, und also die Gelder ver-
sandt werden müssen, der Schuld-
ner die Gefahr so lange tragen muß,
bis die Gelder in dem Hause des
Gläubigers abgegeben worden sind.

Endlich aber heist es im 1sten Theil,
16. Titel, §. 28.

daß Zahlung eigentlich nur durch
baares Geld oder Papiere, die au
porteur lauten, geschehen soll.

Aus diesen rechtlichen Grundsätzen
folgt mithin, daß, wenn die öffentlichen
Kalamitäten welche in Frankreich sich
ereignet haben, und namentlich das Bom-
bardement der Stadt Lion als Casus for-
tuiti et vis major zu erachten sind, die
Folgen derselben drei einzelnen Privatper-
sonen jenes Staats nicht imputirt werden

können, welches hier um so weniger geschehen kann, als die Kläger gegenwärtig Unterthanen eines neutralen Staats geworden, und mithin um so mehr die angezogene Vorschrift des Landrechts ihnen zu gute kommen muß.

Dafs nun aber diese Kalamitäten in *vi majori* ihren Grund haben, und die Appellanten dabei nichts haben verändern können, leuchtet zu sehr ein, als dafs hierüber das Geringste zu sagen übrig bliebe.

Da nun dieses Bombardement der Stadt Lion und die öffentlichen Kalamitäten ausgeführtermaassen den alleinigen Grund enthalten, dafs die Remessen des Bekl. schon verfallen gewesen, ehe sie den Klägern zu Händen gekommen; der fernere Verzug seit der Mitte des Oktobers 1793 bis zur Mitte des Dezembers aber, theils ohne weitem Nachtheil für den Bekl. gewesen, indem die bereits vorher verfallen gewesenen Remessen dadurch nichts

von ihrer Qualität verlohren, theils auch dieser unschädliche Verzug durch öffentliche Kalamitäten veranlasst worden ist, hiernächst aber ein jeder Casus welcher bei Versendung schuldiger Geldposten mit Letztern sich ereignet, nach der angeführten Gesetzstelle den Schuldner so lange trifft, bis das Geld zu den Händen des Gläubigers gekommen, endlich aber der Bekl. bloß zu seinem eigenen Vortheil und zur Ersparnis mehrerer Kosten, Wechseltratten statt baaren Geldes oder Lettres au porteur seinen Gläubigern übersandt, und auch darin sogar es versehen hat, daß er diese Pariser Tratten nach Lion adressirt und nicht vielmehr grade nach Paris an ein drittes Handlungshaus zur Einkassirung von Boydker et Compagnie, und zur Uebersendung der Gelder an die Kläger übermacht hat; so bleibt unwidersprechlich gewis:

daß Bekl. noch jetzt Schuldner der

Kläger auf 17000 Livres Kapital aus dem Conto-Courrant für erhaltene Waaren nach wie vor verbleibt, und daher solche nebst Zinsen und Kosten den Klägern zu entrichten, auch die Prozeßkosten zu erstatten schuldig sei, als wohin Reformatoria gebeten wird.

Berlin,
den 27sten Januar,
1795.

S—r.

Gegendeduktion für den Beklagten
und Appellaten.

Das Erkenntniß erster Instanz spricht so bündig für die gerechte Sache meiner Mandanten, und der Fall ist für jeden, der sehen will, so klar, daß ich ohne die mindeste Besorgniß eines Nachtheils auf die Akten submittiren könnte: wenn es mir nicht der Mühe einigermaassen werth zu sein schiene, zu zeigen, wie weit die Gegner meines Mandanten es in der Kunst des Hippias und Gorgias gebracht haben. Sie wissen so geschickt wirkliche Thatsachen in einer solchen Ordnung zusammen zu stellen, und unvermerkt noch unerwiesene Dinge, als ob sie über jeden Zweifel erhaben wären, zwischen zu schieben, über andere erhebliche Umstände aber so leicht hinweg zu schlüpfen, daß derjenige, welcher die Sache

nicht aus einer schlichten historischen Zusammenstellung kennt — derjenige, welcher manche kleinen von den Appellanten angeführten Umstände, ohne nähere Beleuchtung durchläßt, und so baar hinnimmt, leicht in Versuchung gerathen kann, zu schwanken.

Was zuvörderst die der gegnerischen Deduktion vorangeschickte Geschichtserzählung anbetrifft; so ist es zwar richtig, daß mein Mandant den Appellanten die Zahlung der ihnen für gelieferte Waaren schuldig gewordenen 17000 Livres tournois in zweien auf Böydker und Kompagnie zu Paris gezognen Wechseln leistete; die Appellanten haben aber hierbei, sehr zur gelegnen Zeit, den Umstand anzuführen vergessen, daß sie selbst in ihrem für richtig anerkannten Schreiben vom 1sten August 1793 die Zahlungsart durch Wechsel — die ohnehin schon unter Handlungshäusern allgemein hergebracht

ist — verlangten. Dafs die Wechsel gerade zu der Zeit vor Lion ankamen, als diese Stadt in vollem Bombardement stand, dafs diese Belagerung erst am 8ten Oktober 1793 ein Ende hatte, und dafs während derselben keine Briefe in die Stadt gelassen worden, erzählen die Appellanten mit einem Scheine von Unbefangenheit, als ob das alles hinlänglich erwiesen wäre, und gleichwohl ist es nichts weniger als das: Alle über die Zeit der Belagerung von Lion und über den Zustand dieser Stadt, während derselben verbreiteten öffentlichen Nachrichten sind so unzuverlässig, so unbestimmt, so einander widersprechend, dafs sie nicht die mindeste rechtliche Glaubwürdigkeit verdienen. So viel ist indessen gewifs, dafs die Behauptung der Appellanten: während der Belagerung seien keine Briefe in die Stadt gelassen worden, nicht einmal wahrscheinlich ist: Denn es wurde — wie bereits

in der Deduktion erster Instanz angeführt worden — dem Dubois Crancé, welcher die Konventsarmee vor Lion kommandirte, der Vorwurf gemacht, dafs er diese Stadt nicht von allen Seiten gehörig eingeschlossen habe, wodurch denn das Einschleichen vieler Kontrerevolutionisten erleichtert worden sei.

Die von den Appellanten in zweiter Instanz übergebenen sogenannten Urkunden oder Atteste verdienen nach

Sect. 11. des Cirk. vom 20sten
Septemb. 1785. S. 72.

Allg. Gerichtsordn. Th. I. Tit.
XII. §. 19.

schon deshalb keine Rücksicht, weil sie erst bei dem Schlusse der Sache mit der Deduktion eingereicht worden. Allein gesetzt auch, mein Mandant wäre zu einer Einlassung darauf verbunden, was beweisen sie denn? nichts, ganz und gar nichts. Zuvörderst fehlt es diesen „Pie-

cen“ an allen Eigenschaften öffentlicher gerichtlicher Urkunden. Atteste, wie diese, kann ein jeder ausstellen. Wer kennt den Herrn Jaquier und seine Handschrift, wer die Herrn Martin und Marval, ihre Handschriften und Privatsiegel? Ein von aller öffentlichen gerichtlichen Glaubwürdigkeit (in Ansehung der Form) entblößtes Attest wird durch ein anderes Attest, das in Ansehung der Form um nichts glaubhafter ist, bescheinigt!! Und nun der innere Gehalt des ersten Attestes:
Ein Herr

„Samuel Jaquier, Notaire juré au Bal-
liage et en la Ville d'Iverdon,
„Canton de Berne en Suisse.“

Ein Herr Notarius zu Iverdon in der Schweiz! — sag' ich — will bescheinigen!!, dafs die Blokade von Lion in Frankreich! am 12ten August 1793 ihren Anfang genommen hat, am 9ten Oktober desselben Jahres erst wieder aufge-

hoben, und daß während dieser Zeit kein Brief in der Stadt Lion ausgegeben worden, weil man alle „Couriers“ angehalten habe. Ist denn der Herr Notarius während der Blokade in Lion gewesen? davon sagt er kein Wort. Er bescheinigt also eine Sache, über die ich hier in Berlin ganz mit demselben Rechte etwas „certifiziren und deklariren“ könnte, nemlich auf den Grund öffentlicher Gerüchte, die, von Lion aus, zu Iverdon in der Schweiz so wenig Gewicht haben, als wenn sie von Lion aus nach Berlin kommen. Das qu. Attest hätte also die Klausel enthalten sollen:

„nach den verbreiteten öffentlichen
„Nachrichten bescheinige ich“

denn nur ein Hörensagen ist es, und kann es sein, auf welches hier Herr Jaquier sein Certifikat gründet. — Doch wozu so lange bei „Piecen“ verweilen, deren Unerheblichkeit in die Augen springt.

Aus der in der gegnerischen Deduktion enthaltenen „erwiesenen“ (?) Geschichtserzählung soll nun folgen, daß der Bekl., mein Mandant, nach wie vor Schuldner der Kläger auf 17000 Livres aus dem Konto-Kurrent geblieben. Ich muß hierbei folgendes bemerken:

1.

Aktenkundig ist es, daß die Appellanten die qu. Wechsel — es sei nun daran Schuld gewesen, was da wolle — nicht zur gesetzmässigen Zeit protestiren lassen. Die zu dieser Zeit unterbliebene Protestation aber ist bei Wechseln Annahme der darin enthaltenen Anweisung. Nimmt nun ein Kaufmann von dem andern statt Zahlung eine Assignation ohne Vorbehalt an, so haftet in diesem Falle der Anweisende nicht weiter für die Sicherheit des Assignaten.

A. L. R. Th. II. Tit. VIII. §. 1262. 1265.

2.

Von dem bezogenen Hause Boydker und Komp. würde gewiß Zahlung erfolgt sein, wenn die Präsentation in Zeiten geschehen wäre.

3.

Wenn die Appellanten nach ihrer eignen Angabe die Wechsel auch erst am 9ten Oktober 1793 erhielten, so ließen sie doch von da an bis zur Präsentation an das bezogene Pariser Handlungshaus volle 11 Wochen!! verstreichen: und das soll nicht Nachlässigkeit sein!

4.

Dafs die Wechsel schon verfallen gewesen, als sie den Appellanten zu Händen gekommen, soll noch erst bewiesen werden. Gesetzt sie wären es gewesen — was doch geleugnet wird, worauf indessen auch, nach der weiter unten folgenden

Ausführung nichts ankommt — warum haben Appellanten bereits verfallene Wechsel weiter girirt und dem bezognen Hause zu Paris präsentiren lassen? Die nicht erfolgte — wenigstens nicht zur gesetzmässigen Zeit erfolgte — Protestation und das weitere Giriren macht sie ihres ewanigen Rechts aus einem ihnen schon verfallen zugekommenen Wechsel gegen den Appellaten verlustig, indem dieser durch dieses ordnungswidrige Verfahren der Appellanten gänzlich ausser Stand gesetzt wird, seinen Regress an seine Vormänner zu nehmen, er, der hiebei nichts weniger, als in lucro versirt, indem er die Wechsel von Hamburger Kaufleuten gekauft hat.

5.

Wenn auch die Disposition des A. L. R., daß der Schuldner die Gefahr so lange trägt, bis die Gelder im Hause des Gläu-

bigers gehörig abgegeben sind, auf den gegenwärtigen Fall Anwendung fände, (welches doch nicht ist, da nach der sehr richtigen Bemerkung des Urteilsverfassers die vorgegebne verspätete Einhändigung der Wechsel bloß durch die Unruhen in Frankreich veranlaßt worden, deren Folgen nicht meinen Mandanten, sondern nur die Appellanten, als Unterthanen jenes Staats treffen können); so sind es doch eigentlich die nachherigen von den Appellanten begangenen groben Vernachlässigungen, welche sie ihres Rechts gegen meinen Mandanten verlustig machen, und diesen außer Stand setzen auf seine Vormänner zurück zu gehen; und diese Vernachlässigungen sind denn doch wohl keine „casus.“

Dieser Abfertigung des Resultats, welches sich nach der Meinung der Appellanten aus der Geschichtserzählung in ihrer Deduktion ergeben soll, will ich nunmehr

noch einige Bemerkungen über die einzelnen Beschwerden der Appellanten gegen das Erkenntniß erster Instanz folgen lassen.

Ad 1.

Ist oben ad 1. größtentheils schon mit beantwortet. Wenn die Appellanten nicht gewußt zu haben behaupten, daß mein Mandant auf Paris ziehen, und ihnen solche Remessen, die auf Boydker und Komp. lauteten, nach Lion übermachen würde; so steht ihnen entgegen, daß sie nach ihrem oben bereits angeführten Schreiben vom 1sten August 1793 doch ganz unbezweifelt die Remessen in Wechseln erwarteten. Ob diese Wechsel auf Boydker und Komp., oder auf irgend ein anderes Handlungshaus in Paris gezogen waren, konnte den Appellanten sehr gleichgültig sein, weil sie immer den Werth ihrer Forderung erhalten mußten,

und solchen bei gehörig erfolgter Protestation anderweitig berechnet haben würden.

Eine von den Appellanten ausdrücklich geschehene Delegation darf mein Mandant nicht beweisen; weil er die Abzahlung seiner Schuld durch die übermachten Remessen als bekannt annehmen mußte. Durch die überschickten Wechsel war die ursprüngliche Schuld getilgt; und nur auf den Fall, wenn die Wechsel nicht zur bestimmten Zeit eingingen, und dann zur gehörigen Zeit protestirt wurden, blieb mein Mandant den Appellanten (nicht auf die ursprüngliche Schuld) sondern auf die Schuld aus den protestirten Wechseln verhaftet.

Ad 2.

haben die Appellanten ihr altes Lied: daß nemlich in dem gegenwärtigen Falle keine Delegatio und Solutio cum ef-

fectu liberationis vorhanden sei, von neuem angestimmt, und darüber habe ich mich bereits hinlänglich erklärt. Ihre Behauptung, die Remessen nicht als Girowechsel an Rougemont zu Paris verkauft, sondern ihm bloß pro cura übersandt zu haben, ist — wie gewöhnlich bei den Appellanten — eine kahle mit nichts erwiesene Behauptung. Erwiesen muß aber das Indossament pro cura jedesmal werden, weil es nicht vermuthet wird.

A. L. R. Th. II. Tit. VIII. §. 808.

Ueberdem ist der Umstand:

was die Appellanten mit den Wechseln vorgenommen, da sie durch Vernachlässigung der gesetzlichen Vorsichtigkeitsmaafsregeln sich bereits ihres Rechts gegen meinen Mandanten verlustig gemacht hatten, hiebei augenscheinlich ganz unerheblich. Eine so spät nach der Verfallzeit erfolgte

Protestation ist unerhört. Wäre die Präsentation an Boydker und Komp. früher erfolgt, so würde dieses Haus, das noch lange nach der Verfallzeit der Wechsel gestanden hat, gewiss Zahlung geleistet haben.

Ad 3.

Dieses Raisonnement gründet sich abermals auf die oben bereits gerügten falschen, wenigstens gänzlich unbewiesenen und überdem unerheblichen Voraussetzungen. Das Attest des Herrn Notarius Jaquier habe ich schon beleuchtet. Gesetzt aber auch, es wäre wirklich zur Zeit der Belagerung von Lion und bis zum 8ten Oktober 1793 kein Brief von auswärts zu Lion angekommen; so wäre es der Appellanten Schuldigkeit gewesen, solche Maassregeln zu treffen, daß sie die ankommenden Briefe — besonders da sie selbst meinen Mandanten zu Remessen aufmunter-

ten — vor der Stadt in Empfang nehmen und die Geschäfte besorgen lassen konnten. Oder sie hätten die Vorsorge gebrauchen müssen, ihre Korrespondenten von der Gefahr welche der Stadt Lion drohte, zu benachrichtigen, und entweder keine Remessen zu fordern, oder (wie das Handlungshaus Harpe und Komp.) in den Zeitungen bekannt zu machen, wohin man ihnen die Remessen übersenden solle. Sie haben aber diese Vorsicht nicht allein nicht gebraucht, sondern sogar, als sie schon von der ihnen drohenden Gefahr unterrichtet waren, und meinen Mandanten davon benachrichtigten, die Ueberschickung der Remessen verlangt. Was konnte, ja was durfte mein Mandant unter diesen Umständen anders thun, als sie ihnen überschicken. Es findet also hier die Disposition des

A. L. R. Th. I. Tit. XI. §. 771.

so ganz ihre Anwendung. Hätten die Ap-

pellanten denn doch noch wenigstens bei der Eröffnung der Stadt Lion über den Vorfall sogleich einen Protest aufnehmen, und bescheinigen lassen, zu welcher Zeit ihnen die Wechsel eingehändigt worden, so wäre noch einiger Schein von Hoffnung übrig, daß mein Mandant dadurch in den Stand gesetzt würde, seinen Regress auf seine Vormänner zu nehmen.

Ob in dem gegenwärtigen Falle wirklich vis maior vorhanden war, oder nicht; ob gerade diese Art der vis maioris die Appellanten oder meinen Mandanten treffen müsse; und ob solchergestalt jene berechtigt oder nicht berechtigt waren, die Wechsel an meinen Mandanten zurück zu senden; alles dieses — sag' ich — bei Seite gesetzt, ist es doch ganz unbedenklich, daß die Zurücksendung nur sogleich und unter gehörig erfolgtem Protest geschehen konnte.

Daß die Appellanten, ohne darüber

Beweis geführt zu haben, nicht als Kommissionairs meines Mandanten angesehen werden können, ergiebt der oben bereits angeführte

§. 808. Th. II. Tit. VIII.

des A. L. R.

Was übrigens die Deduzenten darüber argumentiren, daß sie ihren Anspruch nicht auf Schadloshaltung wegen Nichtbezahlung der Wechsel, sondern auf Bezahlung einer anerkannten Schuldforderung zu gründen behaupten, so ist dieser Einwand durchaus unerheblich; indem sie, wenn sie nicht bloß Kommissionairs des Appellaten waren (als welches nicht vermuthet werden kann, sondern von ihnen bewiesen werden muß) wie ich bereits ad 1. angeführt habe, nur auf die Schuld aus den gehörig protestirten Wechseln, keinesweges aber auf die ursprüngliche, durch Novation

gänzlich aufgehobene, Schuld hätten klagen können.

Die Anwendung des

§. 28. Tit. 16. Th. I. des A. L. R.

auf den vorliegenden Fall — wo kaufmännische Geschäfte betrieben wurden — ist so drollig, daß ich, schon durch eine ernsthafte Darstellung dieser Anwendung in ihrer Blöße, mir ein Ridikül zu geben besorgen müßte. Auch bin ich, zur Ehre des Verstandes der Deduzenten überzeugt, daß sie selbst an diese Anwendungsart nicht glauben.

Wenn die Appellanten behaupten, daß ihre Auswanderung ihnen gegen meinen Mandanten zu gute kommen müsse; so behaupte ich mit weit größerem Rechte gerade das Gegentheil: denn diese Auswanderung ist mit der Unannehmlichkeit verbunden

daß die 17000 Livres, als Emigrantenvermögen, unwiderbringlich ver-

löhren gehen müssen, da der Protest auf ihren Namen lautet. Mein Mandant kann unter diesen Umständen nicht darauf rechnen, aus dem in Beschlag genommenen Vermögen des Handlungshauses B o y d k e r u n d Komp. etwas zu erhalten. Wären die Appellanten — wie sie es doch behaupten — wirklich nur Kommissionairs meines Mandanten gewesen, so mußten sie nach den Regeln der kaufmännischen Vorsicht in dem gegenwärtigen Falle den Protest auf seinen Namen aufnehmen lassen, welches dann gar kein falscher Name, sondern der Name ihres Kommittenten war.

Das Resultat, welches sich aus diesem allen unmittelbar ergibt, ist

die Bestätigung des Erkenntnisses erster Instanz,

auf welche mein Mandant mit so gerech-

ter Zuversicht rechnet, daß er es nicht für nöthig hält, seine schon aus der Natur der Sache fließenden Rechtfertigungsgründe durch ein kaufmännisches Gutachten zu unterstützen; welches zu erfordern er jedoch dem Richter in zweiter Instanz, so bald dieser es nöthig finden sollte, anheimstellt.

— — — Stengel.

Dèduktion für den Banquier Assur
Jakob Aschard, Beklagten, jetzt
Revidenten in Sachen gegen die
Kaufleute Pillichody, Reboul
und Kompagnie, Kläger, jetzt
Revisen.

Zu nicht geringer Verwunderung meines
Mandanten ist, ungeachtet alles dessen,
was so einleuchtend für seine Gerechtsame
spricht, dennoch das so bündige Erkennt-
niß erster Instanz durch das unterm 10ten
November 1796 publizierte Appellationsur-
tel zu seinem Nachtheil abgeändert wor-
den. In der vollkommenen, durch Recht
und Billigkeit begründeten, Ueberzeugung
von seiner guten Sache, hat er dagegen
das Rechtsmittel der Revision eingewendet,
und seine Beschwerde darin gesetzt:

Dafs das Urteil erster Instanz nicht
bestätigt, sondern den Klägern

Competentia gegen ihn vorbehalten worden.

Der Zweck der gegenwärtigen Ausführung ist der, diese Beschwerde zu rechtfertigen. Hiebei wird es nicht undienlich sein, die dem in Rede stehenden Geschäfte zum Grunde liegenden Thatsachen nochmals ins Licht zu setzen.

Der Banquier Assur Jakob Aschard hatte im Jahre 1793 dem Hause Pillichody, Reboul und Kompagnie zu Lyon verschiedene Bestellungen gemacht; und nach einem erhaltenen Antwortsschreiben vom 23sten Jun. hatte dasselbe diese bestmöglichst zu vollziehen versprochen. Es ging dem gedachten Handlungshause auch ein Theil der bestellten Waaren ein, und da es bei den damaligen Unruhen eine Plünderung besorgte, sendete es diese Waaren an A. J. Aschard ab. In dem deshalb an diesen gerichteten Schreiben vom 1sten August 1793, in welchem

es den Abgang der Waaren meldet, bittet es den Empfänger, die Rechnung abzuschliessen, und die Bezahlung baldigst zu berichtigen. Es sagt ganz bestimmt:

„Wir hoffen, daß Sie die Güte haben, und uns den Betrag Ihrer Faktura baldigst anschaffen werden, wodurch Sie uns sehr verbinden, und wozu wir durch die außerordentlich günstigen Wechsel angereizt werden.“

Jakob Aschard genügte auch diesem Verlangen ungesäumt. Nach dem angelegten Konto-Kurrent betrug seine Schuld 17000 Livres tournois. Er kaufte Pariser Wechsel, und übermachte dem Hause Pillichody etc. zwei dergleichen de dato Hamburg den 22sten Jul. 1793 über 9500 und 7500 Livres tournois, welche auf Boydker und Kompagnie zu Paris gezogen waren, und auf Einen Monat a dato lauteten. Das Handlungshaus Boyd-

ker und Kompagnie, welchem die Prima wie gewöhnlich präsentirt wurde, acceptirte dieselbe auch; indessen! präsentirte Pillichody die Sekunda erst am 25sten Dezember 1793 durch die Handlung Rougemont und Kompagnie zu Paris dem Hause Boydker und Kompagnie zur Zahlung. Da diese nicht erfolgte, wurde an diesem Tage (am 5ten Nivose des zweiten Jahres der Republik) ein Protest aufgenommen, aber erst am 28sten Januar 1794 dem Jakob Aschard vorgezeigt, obgleich die Präsentation und die Aufnahme des Protestes am Verfalltage, am 22sten August, oder wenigstens vor Ablauf der in der Pariser Wechselordnung vorgeschriebenen 10 Diskretionstage geschehen mußte.

Ungeachtet nun nach allgemein bekannten rechtlichen Grundsätzen der Wechselinhaber hierdurch das Recht verliert, auf seine Vormänner oder den Aussteller zurückzugehen, verlangt das Haus Pilli-

chody etc. dennoch von Aschard im Wege des Wechselregresses die Berichtigung der Valuta der 17000 Livres tournois.

Bei einer Zusammenstellung und ruhigen Betrachtung dieser Thatfachen wird gewiß jedermann mit dem Urteilsverfasser der ersten Instanz darüber einig sein, daß die ursprüngliche Schuld des Beklagten durch Uebersendung der auf Boydker und Kompagnie gezogenen Wechsel völlig getilgt, und er durchaus von aller Verbindlichkeit befreit ist. Um so weniger läßt es sich erklären, wie der Appellationsrichter auf die Idee kommen konnte, den Klägern Competentia gegen den Beklagten vorzubehalten.

Unbezweifelt kommt es bei Beurtheilung dieser Sache auf folgende Fragen an:

- 1) Hat der Beklagte seine Verbindlichkeit in Ansehung der Berichtigung seiner Schuld erfüllt?

- 2) Ist das klagende Handlungshaus bei dem Empfange der übersandten Wechsel ordnungsmässig verfahren?
- 3) Ist ein unvermeidlicher Zufall eingetreten, welcher bewirkte, daß keine Zahlung auf die Wechsel erfolgte, und wer trägt die Folgen desselben?

Nach Beantwortung dieser Fragen wird sich die Entscheidung der Hauptstreitfrage:

Ist Beklagter zur nochmaligen Bezahlung der 17000 Livres tournois verbunden oder nicht?

von selbst ergeben.

I.

Was die erste Frage betrifft, so leidet es durchaus keinen Zweifel, daß der Beklagte alle ihm obgelegene Verbindlichkeiten erfüllte, indem er die angekauften Pariser Wechsel absendete. Die Vorwürfe, welche die Kläger demselben machen, sind durch-

aus unerheblich, und es bedürfte gar keiner Widerlegung, da das Lächerliche derselben bei der mindesten Sachkenntniß einleuchtet, wenn nicht der Fall einträte, daß diese Einwendungen von einem großen Handlungshause selbst gemacht worden sind. In einem solchen Falle lohnt es der Mühe, den Richter besonders darauf aufmerksam zu machen, da Einwendungen, die, gegen die bessere Ueberzeugung, welche man bei einem Kaufmann in Handlungssachen voraussetzen muß, gemacht werden, jederzeit einen Beweis der schlechten Sache abgeben.

Die Kläger behaupten,

- a) der Beklagte hätte ihnen nicht Wechsel, sondern baar Geld übersenden sollen.

Wo ist dies aber wohl je erhört, daß in Verkehr stehende Kaufleute von Teutschland aus nach Frankreich baares Geld schicken? Man braucht nicht

Kaufmann zu sein, um die auffallenden Nachtheile im Handel, die dadurch entstehen würden, einzusehen. Wie würde nicht hierdurch das Porto erschwert, die Sicherheit des Transports verringert werden; welche Nachtheile würde der Kaufmann selbst leiden, wenn er ganz fremde Münzsorten erhielte, die er entweder gar nicht brauchen, oder nur mit Verlust umsetzen könnte? Alle diese Unbequemlichkeiten leuchteten der handelnden Welt ein, und deshalb wurde das weit bequemere Wechselverkehr eingeführt. Seitdem war es nie Sitte, baares Geld nach Frankreich oder Teutschland zu senden. Um so mehr fällt es auf, daß die Kläger diesen unrichtigen Einwand machen, da sie selbst den Beklagten aufforderten, ihnen so schleunig wie möglich Wechsel zu schicken, welche nach ihrer Angabe zu der Zeit äußerst günstig standen. In dem Schreiben vom 1sten August 1793 sagen sie ganz bestimmt:

„Sie verbinden uns durch baldige Anschaffung Ihrer Faktura, wozu wir durch die außerordentlich günstigen Wechsel angereizt werden;“

und der Beklagte, der seinen Handlungsfreunden gern gefällig ist, nahm dieser Aufforderung wahr, kaufte sogleich von Hamburgischen Kaufleuten Wechsel, und übersendete sie. Wie kann ihm denn dies nun zum Vorwurfe gemacht werden? Könnte dies aber auch geschehen, wie doch nicht der Fall ist; so haben die Kläger alles Recht dazu verlohren, indem sie die Wechsel annahmen und weiter girirten. Hierin liegt offenbar ein Zeichen der Genehmigung der Zahlungsart; und eben darum ist alles, was die Kläger in dieser Hinsicht auszuführen suchen, völlig unerheblich.

Eben so unerheblich ist auch ein zweiter Einwand:

Dafs nemlich Bekl. die Wechsel

nicht unmittelbar an das bezogene Haus Boydker und Kompagnie, sondern an die Kläger nach Lyon gesendet habe.

Nach den Vorschriften des Wechselrechts beantwortet sich diese Frage von selbst. Zu jedem trassirten Wechsel ist ein Präsentant erforderlich, dieser kann nicht der Trassat zugleich sein. Der Trassat ist Schuldner; ihm kann also nicht sein eignes Schulddokument in Händen gelassen werden, wenn dessen Werth für einen andern bestimmt ist. Hieraus folgt denn von selbst, daß dasselbe einem Andern zur Präsentation übersendet werden muß. Dieser Andere kann aber nur derjenige sein, auf welchen der Wechsel direkte lautet, oder durch ein Giro gekommen ist; indem dieser die Valuta erheben soll, zu deren Empfange er aber nur durch Vorzeigung des Wechsels selbst legitimirt wird. Der Beklagte konnte also

nichts anders thun, als den Wechsel den Klägern selbst nach L y o n zuschicken. Zur Sicherheit wurde Prima bei der Wittwe Tassin und Sohn in Paris schon längst vorher zur Besorgung der Acceptation deponirt, und war auch bereits von B o y d - k e r und Kompagnie acceptirt worden. Nun war es einzig die Sache der Kläger, als Inhaber der Sekunda, sich zur Abholung der Prima und zur Empfangnehmung der Valuta zu melden. Es ist daher ein ganz ungegründeter Vorwurf, den die Kläger dem Beklagten hieraus machen.

Eben so wenig handelte er unrecht, daß er Pariser Wechsel übersendete, da bekanntlich von Berlin nach Lyon kein Kurs geht, und also nichts übrig blieb, als Pariser Wechsel zu übersenden. Dies ist alles ganz vollkommen einleuchtend, wie denn auch der Urteilsverfasser der zweiten Instanz selbst gestehen muß:

Der Beklagte habe von seiner Seite

alles gethan, was ihm als Schuldner oder Remittenten oblag.

Wollten die Kläger dem Beklagten darum eine Unvorsichtigkeit zur Last legen, weil er die Remessen zu einer Zeit absendete, wo Lyon gerade belagert wurde, und die Gefahr des gänzlichen Verlustes groß war; so kann dagegen nicht unbemerkt bleiben, daß der Beklagte von dem allen nichts wußte, und also um so weniger Bedenken haben konnte, die Remessen abzusenden, da die Kläger ihn selbst dazu aufgefordert hatten. Im Gegentheil haben die Kläger selbst äußerst unvorsichtig gehandelt. Nach den zu den Akten gebrachten gedruckten Gesetzen des Nationalkonvents wurde unterm 12ten Jul. 1793 alle Zahlung an Einwohner von Lyon verboten. Von diesem Gesetze mußten die Kläger am 1sten August längst unterrichtet sein. Es war also ihre Sache, da sie an diesem Tage den Beklagten um

Beschleunigung der Faktura ersuchten, denselben zugleich mit den obwaltenden Umständen bekannt zu machen, und ihn aufzufordern, statt des gewöhnlichen Weges die Remessen auf Paris zu ziehen, einen sicherern einzuschlagen, indem von hieraus keine Zahlung zu erwarten war. Statt dessen aber meldeten sie ihm kein Wort davon, und verlangten im Gegentheil geradezu die Absendung der Wechsel, die nach ihrer Angabe zu der Zeit günstig standen. Unmittelbar nach Absendung dieses Schreibens vom 1sten August wurde Lyon in Belagerungsstand gesetzt, die Gefahr wurde hiedurch natürlich größer, und da den Klägern, als Einwohnern Frankreichs, die Grundsätze des Nationalkonvents in Betreff der Einziehung der Güter bekannt sein mußten; so war es doppelt ihre Pflicht, allen ihren Korrespondenten von der drohenden Gefahr Nachricht zu geben, und die Absendung der

Remessen zu untersagen. Bedurften sie indessen derselben, so war es, wenn sie als vorsichtige und kluge Kaufleute handeln wollten, ihre Sache, entweder solche Arrangements zu treffen, daß ausserhalb Lyon ihre Geschäfte besorgt werden konnten, oder sie mußten, wie es mehrere große Handlungshäuser thaten, den Weg der öffentlichen Bekanntmachung durch Zeitungen einschlagen, und den Ort anzeigen, wohin ihnen die Remessen gesendet werden sollten. Zum Beweise, daß dieses der richtige Weg gewesen wäre, der von andern Handlungshäusern gewählt wurde, beziehe ich mich auf ein hiesiges Zeitungsblatt vom 29sten Januar 1795, in welchem das Handlungshaus Hoope und Kompagnie zu Amsterdam bekannt machen läßt, daß alle Remessen an ihr Haus in Amsterdam suspendirt, und dieselben vielmehr nach London gesendet werden möchten: eine Vorsicht, die Kläger durchaus unter-

lassen haben. Was daraus in Ansehung ihrer folgt, werde ich unten näher auseinander setzen: hier mag es nur dazu dienen, darzuthun, daß, statt dem Beklagten eine Unvorsichtigkeit aufzubürden, diese vielmehr den Klägern selbst zur Last fällt.

2.

Ich wende mich nun zur Beantwortung der zweiten Frage:

Ob die Kläger beim Empfange der übersendeten Wechsel ordnungsmäßig verfahren seien?

Der Urteilsverfasser erster Instanz hat diese Frage ganz richtig mit: Nein! beantwortet. Es ist die Schuldigkeit eines jeden Wechselinhabers, sobald er den Wechsel angenommen hat, dafür zu sorgen, daß derselbe zur gehörigen Zeit dem Trassaten zur Annahme präsentirt werde. Alle Wechselgesetze, besonders die französische Wechselordnung von 1673, die Ham-

burgische von 1711, ingleichen in den Preussischen Staaten, die Verordnung vom 30sten Januar 1751 und das allgemeine Landrecht Th. II. Tit. 8. §. 963. und 973. verordnen:

Dafs der Briefinhaber für die Präsentation sorgen müsse, und dafs wenn er die Präsentationsfristen verabsäumt, er bei nicht erfolgter Zahlung weder an die Aussteller noch an die Indossanten wechselmäfsig zurückgehen könne.

Bei Datowechseln ist der späteste Zeitpunkt der Präsentation der, wo der Wechsel zahlbar ist. Im vorliegenden Falle waren die den Klägern übersendeten Hamburgischen Wechsel vom 22sten Jul. welche auf einen Monat a dato lauteten, am 22sten August zahlbar; und die Kläger waren daher unbedenklich verbunden, dieselben wenigstens vor Ablauf der in Frankreich geltenden 10 Respittage dem

Trassaten zur Zahlung zu präsentiren, bei verweigerter Zahlung sogleich einen Protest aufnehmen und diesen, seinem Indossanten übersenden zu lassen. Da die Kläger dieses aber nicht bewirkt, vielmehr erst am 25sten Dezember den Protest haben aufnehmen lassen, so ist auch ihr Recht zum wechselfälligen Rückgange erloschen.

Sie suchen sich zwar dadurch zu rechtfertigen, daß sie, nach ihrer Angabe, den Brief des Beklagten mit den Wechseln erst am 9ten Oktober 1793, an welchem Tage die Einnahme von Lyon erfolgt sei, erhalten haben wollen; allein dies rechtfertigt sie im Grunde gar nicht. Es ist durchaus mit nichts erwiesen, daß sie die Wechsel erst an diesem Tage erhalten haben, es kann folglich auch auf diese Behauptung, als auf eine mit nichts bescheinigte Angabe, nach Vorschrift der Allgem. Ger. Ordnung Th. I. Tit. 13. §. 28. gar kein Gewicht gelegt, noch darauf Rücksicht ge-

nommen werden. Den Beweis aber müssen die Kläger führen, da der Empfang der Wechsel, die auf dem ordentlichen Wege durch die Post übermacht worden, vermuthet werden muß. Das Appellationsurtheil nimmt zwar im Gegentheil diese Behauptung als wahr an, weil sie durch erwiesene und notorische Umstände unterstützt werde: allein der Richter irrt unbedenklich. Die den Beweis ergänzende Thatsache soll die sein, daß während der Belagerung von Lyon keine Posten eingelassen worden. Wodurch ist denn die Richtigkeit dieses Satzes erwiesen? Der Appellationsrichter meint:

1) Durch die *Gazettes nationales*.

An und für sich können die darin enthaltenen Nachrichten nicht als unbezweifelt richtig angenommen werden, da jedermann die Unzuverlässigkeit der Zeitungsnachrichten kennt. Am allerwenigsten kann auf französische Zeitungen ge-

baut werden, da es allgemein bekannt ist, daß der Konvent den, für die damalige Lage der Sache übrigens sehr richtigen, Grundsatz befolgte, dem Volke alles auf das Vortheilhafteste vorzustellen, und jede beunruhigende und Zweifel erregende Nachricht zu verbergen. Unter diesen Umständen lassen sich in diesen Zeitungen wohl keine zuverlässige Nachrichten erwarten. Und dann steht auch darin kein Wort davon, daß durchaus kein Eingang in die Stadt offen geblieben sei. Es heißt bloß, die Stadt sei überall eingeschlossen gewesen. Dies ist bei jeder belagerten Stadt der Fall, wer weiß aber nicht, daß dessen ungeachtet Nachrichten genug hineinkommen.

2) Was den Beweis durch das Notariatsattest des Herrn Jaquier zu Yverdun

betrifft, kann ich nur meine bereits gemachten Bemerkungen wiederholen, daß

dieses Instrument, gesetzt auch, es würde als ein solches, wofür es ausgegeben wird, anerkannt, gar nichts beweisen kann. Ein Notarius, der etwas bloß vom Hörensagen, nicht aus eigener Wissenschaft in einem Atteste bezeugt, hat nicht mehr Glaubwürdigkeit als die beeidigte Aussage eines Zeugen der bloß de auditu etwas bekundet. Ich habe schon gesagt, daß ich mit ganz gleichem Rechte das Gegentheil bezeugen kann, wenn mir hier in Berlin etwa dergleichen Nachrichten aufgestoßen wären; aus eigener Wissenschaft weiß ich aber davon eben so wenig als der Notarius Jacquier in Yverdun. Und dann, wodurch ist denn die Qualität des gedachten Dokuments als Notariatsinstrument dargethan? Es kennt hier Niemand die Handzüge noch die Privatsiegel der Herren Jacquier, Martin und Marval; man kann also auch keine Ueberzeugung von der Richtigkeit des Produkts haben.

3) Das Attest der Lyoner Kaufleute; beweiset nichts. Denn die Lyoner Kaufleute haben offenbar ein Interesse bei der Sache. Mehrere, und gewiss sehr viele von ihnen, sind in derselben Lage, in welcher sich die Kläger befinden; sie würden sich also offenbar selbst schaden, wenn sie eine andere Auskunft von der Sache gäben, als sie gethan haben. Uebrigens können sie auch nichts anderes bezeugen, als daß auf dem ordentlichen Wege keine Nachrichten von aussen eingegangen sind: daß dies nicht durch Nebenwege geschehen sein sollte, werden sie nicht bestreiten. Dies ist auch auf vielfältige Weise bekannt geworden, wie denn dem Dubois Crancé, welcher die Konvents-Armee vor Lyon kommandirte, der Vorwurf gemacht worden ist, daß er die Stadt nicht von allen Seiten gehörig eingeschlossen habe, wodurch das Einschleichen vieler Kontrerevolutionisten sehr erleichtert worden sei.

Der Appellationsrichter kann sich also auch nicht auf die Notorietät berufen, da Eines Theils entgegenstehende Thatsachen dargethan sind, und andern Theils diese Notorietät auf Zeitungsnachrichten beruht, diese aber wegen ihrer Unzuverlässigkeit kein Gewicht haben.

Gesetzt nun aber auch, man wollte und könnte allen diesen Nachrichten vollkommenen Glauben beilegen; so ist dadurch nichts dargethan, als dafs bis zur Uebergabe von Lyon keine Posten hereingekommen sind. Beweiset dies aber auch, dafs die Kläger den Brief des Beklagten nicht eher erhalten haben? Wo hat denn derselbe bis zum 9ten Oktober gelegen? Die Konvents-Armee kann ihn nicht aufgefangen haben, weil ihn in diesem Falle die Kläger nicht erhalten haben würden. Dafs er mit den übrigen Poststücken vor Lyon liegen geblieben sein sollte, ist unwahrscheinlich. Die

ganze Gegend war von der Konvents-Armee besetzt, der diesseits gelegene Theil des Landes republikanisch gesinnt, vom Konvent aus war schon am 18ten August der Arrest auf alle Lyonner Waaren angelegt, sollte wohl da die Post ruhig liegen geblieben, nicht vielmehr angehalten, und die Briefe sollten nicht eröffnet worden sein? Nähme man an, daß der Brief des Beklagten in Teutschland oder in einer nahen Gegend Frankreichs liegen geblieben sei, wie kam er denn sogleich nach Eröffnung der Stadt nach Lyon, und wie kam er in die Hände der Kläger, da alles, was ein Eigenthum der Einwohner war, in Beschlag genommen und verkauft werden sollte. Man stößt unter diesen Betrachtungen auf eine Menge von Zweifeln, und es ergiebt sich wenigstens so viel, daß der Empfang der Remessen nach Einnahme der Stadt eben so unwahrscheinlich ist, als Kläger den frühern Empfang un-

wahrscheinlich machen wollen; wenn nicht angenommen wird, daß sie auf irgend einem Schleichwege dazu gekommen seien. Wäre nun aber auch alles dies richtig, und es müßte vorausgesetzt werden, daß die Kläger die Remessen erst in der Mitte des Monats Oktober 1793 erhalten haben: so ist noch

3.

die dritte und vorzüglich wichtige Frage zu untersuchen:

Wer muß die Folgen dieses unvermeidlichen Zufalls tragen?

Diese Frage verdient eine doppelte Auseinandersetzung, einmal im Allgemeinen, und dann pro casu concreto in besondrer Rücksicht auf das Verhalten der Kläger nach dem Empfange der Remessen.

A.

Wenn man auch mit dem Urteilsverfasser für ausgemacht annehmen wollte —

was doch im vorliegenden Falle noch gar sehr zu bestreiten ist — das nemlich kein eigentliches Wechselverkaufs - Geschäft in Rede stehe, sondern das Bekl. den Klägern die Wechsel als eine Assignation zur Zahlung seiner Schuld übersendete; so dringt sich doch unter dieser Voraussetzung folgende Bemerkung auf: Eine ganz bekannte Sache ist es, das unter Kaufleuten bei ihren wechselseitigen Verkehren nie besonders verabredet wird, wo die Zahlung geleistet werden, und wer die Gefahr tragen solle. Dies ist auch nicht möglich, da bei der gewöhnlichen Zahlungsart durch Wechsel dies sich mit jedem Tage ändern kann. Es tritt also der Fall des §. 247. Tit. 5. Th. I. des Allg. Landrechts ein, nach welchem die im Vertrage ermangelnde Bestimmung des Ortes der Erfüllung, bei entstehendem Streite, von dem Richter nach der Natur des Geschäfts bestimmt werden muß.

Nun ergibt schon die Natur des kaufmännischen Verkehrs an sich von selbst, daß der Schuldner nicht gehalten sein kann, seine Schuld an dem Wohnorte des Gläubigers abzutragen. Das gegenseitige Kreditiren und Debitiren macht dies unmöglich. Der Waarenempfänger kreditirt seinen Verkäufer in den Büchern, und erwartet nun, wie dieser durch Assignationen, durch Wechsel oder durch gegenseitiges Kreditiren die Zahlung in Empfang nehmen will. Nach diesen Grundsätzen nimmt auch sehr oft der Verkäufer vom Käufer die Zahlung an dessen Wohnort in Empfang, oder assignirt darauf, wie solches allgemein bekannte Handlungssitte ist. Wohnt der Verkäufer in entfernten Gegenden, so übersendet wohl der Käufer demselben die Remessen: ist dies aber der Fall, so geschieht es von dem Käufer einzig in der Qualität als Kommissionair des Verkäufers. Es kann

also auf ihn der Grundsatz, daß die Zahlung an dem Wohnorte des Gläubigers geschehen müsse, nicht angewendet werden, weil nicht selten Zahlungen dieser Art so gar über den dritten und vierten Ort, zum Beispiel: Zahlungen in Cadiz, über Amsterdam, Hamburg, London und mehrere Orte, je nachdem der Kurs dahin konvenirt, geschehen; und es ist eine ganz unrichtige Aeufserung des Appellationsrichters:

daß die Kläger bis zur Einhändigung der Wechsel ihre Bezahlung in Lyon ruhig hätten abwarten können.

So wenig der Beklagte die richtige Ablieferung der Waaren an dem Bestimmungsorte, wohin sie ihm überliefert werden sollten, ruhig erwarten konnte, sondern von dem Augenblicke der Versendung an die Gefahr auf ihn überging, indem die Kläger nur die Rolle eines Geschäfts-

trägers übernahmen; eben so wenig konnten die Kläger die Zahlung ruhig erwarten, sondern der Transport der Remessen, die eigentlich in domicilio debitoris in Empfang genommen werden mußten, geschah auf deren Gefahr und Risiko. Die Vorschrift des Landrechts Th. I. Tit. II. §. 770. nach welcher, wenn der Schuldner an einem andern Orte wohnt, und die Gelder versendet werden müssen, der Schuldner so lange die Gefahr trägt, bis dieselben in dem Hause des Gläubigers abgegeben sind, leidet daher unter Kaufleuten, nach der Natur des Handelsverkehrs, keine Anwendung, weil die angezogene Gesetzstelle nur von Darlehenen aber nicht von kaufmännischen Geschäften spricht. Revident hatte daher alles gethan, wozu er von seiner Seite verbunden war, indem er gute Pariser Wechsel ankaufte, und diese den Revisen übersendete. Er war nun von

seiner Verbindlichkeit befreit; und es konnte ihm nun gleichgültig sein, was für Zufälle diese Wechsel trafen, sobald sie mit seinem Verhalten oder mit dem Wechselgeschäfte selbst in keiner Verbindung standen.

Es würde auch um allen Verkehr mit auswärtigen Handlungen geschehen sein, wenn der Trassant oder Indossant eines gezogenen Wechsels von der Zahlung nicht befreit wäre, sobald Umstände vorkommen und Zufälle sich ereignen, die zwar die Zahlung hindern, nicht aber aus dem Wechselgeschäfte selbst entspringen, oder in Rücksicht derer der Remittent nicht genau die gesetzlichen Vorschriften beobachtet hat. Hierzu kommt, daß mit der Versendung der Wechsel in Ansehung der ursprünglichen Schuld eine wirkliche Novation vorgegangen ist: sie wurde nun wirkliche Wechselschuld, es traten alle hieraus folgende Verhältnisse eines Wech-

selbsterkehrs ein, und folglich müssen nun auch die Grundsätze vom Wechselrechte Anwendung finden. Von dieser Seite betrachtet, folgt es schon aus der Natur der Wechselverhältnisse, daß der Beklagte mit dem Augenblicke der Versendung der Wechsel befreit war, und nun alles Risiko auf den Remittenten überging; wie denn auch der Appellationsrichter selbst annimmt, daß, wenn von trassirten Wechseln die Rede ist, die Kläger den Zufall über sich ergehen lassen müssen. Nach meiner vorhergehenden Ausführung ist es aber klar, daß, man betrachte die Sache von welcher Seite man wolle, der Beklagte nie die Folgen des Zufalls, der außer dem Wechselgeschäfte selbst liegt, zu tragen hat. Der Umstand daß, während dieser Reise der Wechsel nach ihrem Bestimmungsorte Lyon, diese Stadt in Belagerungsstand gesetzt; und dadurch (die noch bezweifelte Richtigkeit voraus-

gesetzt) der Empfang der Remessen, vor deren Verfallzeit gehindert wurde, ist ein Zufall der ganz auſser aller Verbindung mit dem Wechselverkehr ſteht, und von dem Beklagten nicht vorher geſehen werden konnte. Kläger allein müſſen alſo die Folgen davon tragen, und dies um ſo mehr, da ſie Unterthanen deſſenigen Staats ſind, deſſen innerliche Unruhen dieſe Unglücksfälle verurſacht haben.

Angenommen aber auch, daß der Beklagte wirklich Eigenthümer der verſandten traſſirten Wechſel geblieben wäre, und der Grundsatz deſ §. 770. Tit. II. Th. I. deſ Allg. Landrechts keine Einſchränkung unter Kaufleuten litte, ſo würde doch im vorliegenden Fall eine Ausnahme davon gemacht werden müſſen. Der §. 771. ſagt ausdrücklich:

„der Schuldner trägt die Gefahr

„der verſendeten Gelder nicht, wenn

„der Gläubiger die Art der Versendung selbst vorgeschrieben hat.“

Dies ist hier der Fall. Die Kläger verlangen ausdrücklich in ihrem Schreiben vom 1sten August 1793, daß der Beklagte ihnen schleunig seine Schuld in Wechseln schicken solle; der Beklagte befolgte diese Anweisung sogleich, kaufte, da kein anderer Kurs obwaltete, Pariser Wechsel, und übersendete sie. Die Kläger müssen daher auch die Folgen der Unglücksfälle tragen, die auf diese Art entstehen konnten. Sie kannten die Gefahr, die der Stadt Lyon drohte, sie äußerten selbst, daß sie einer Plünderung entgegensähen, und nichts destoweniger verlangten sie, daß die Remessen nach Lyon gesendet würden. Hiedurch setzten sie sich einer offenbaren Gefahr aus, und sie haben es sich auch selbst zuzuschreiben, daß sie dadurch Schaden litten. Es würde allen vernünftigen Grundsätzen von Recht und

Billigkeit geradehin widersprechen, wenn man von dem Beklagten, der die Aufforderung seines Gläubigers, welchem er als Schuldner Folge leisten mußte, wörtlich befolgte, den Ersatz des Schadens, den die Kläger sich durch ihre unvorsichtige Aufforderung zugezogen hatten, verlangen wollte.

Schon hieraus leuchtet die Nichtbefugniß der Kläger, von dem Beklagten nochmals die Zahlung der 17000 Livr. zu verlangen, hinlänglich ein: sie wird aber noch mehr außer Zweifel gesetzt, wenn man

B,

im gegenwärtigen Falle auf das Verhalten der Kläger nach dem Empfange der Remessen, sein Augenmerk richtet. Der Appellationsrichter meint zwar, daß man den Klägern nicht Schuld geben könne, in dem Zeitraume von der Mitte des Monats Oktober, wo sie die Remessen erhielt-

ten, bis zum 4ten Nivose oder 28sten Dezember; wo Rougemont in Paris die dem Hause Boydcker nun erst präsentirten Wechsel protestiren liefs, irgend etwas versäumt zu haben, weil nach den damals in Paris emanirten Gesetzen aller Verkehr mit Lyon und jede Zahlung an Lyoner Kaufleute oder Einwohner verboten war. Diese angenommene Meinung beruht aber auf der ganz falschen Voraussetzung, daß die Kläger nun gar nichts zu thun nöthig gehabt haben. Der durchaus nothwendig einzuschlagende gesetzlich vorgeschriebene Weg in allen Fällen, wo bei trassirten Wechseln irgend ein Bedenken aufstößt, ist der des aufzunehmenden Protestes. Es war Pflicht der Kläger, bei Empfange der Remessen

1) wegen des aus dem Grunde der Blockade von Lyon zu spät erfolgten Empfanges, und

2) wegen Unmöglichkeit, die Wechsel

vor dem 25sten Dezember nach
Paris zu schicken,
sofort protestiren zu lassen, und diesen
Protest entweder an den Beklagten, oder
an einen seiner Vormänner zu Hamburg
sofort einzuschicken. Wäre dieses ge-
schehen, oder hätten die Kläger wenig-
stens von dem Vorfalle nur die mindeste
Nachricht gegeben, so hätte man noch
Gelegenheit haben können, die Einkassi-
rung der Wechsel, deren Prima bei der
Wittwe Tassin und Sohn in Paris ge-
legen, mittelst einer zu machenden Ab-
schrift der Wechsel noch zu bewirken,
oder den Protest wegen Mangels der Zah-
lung aufnehmen zu lassen. Diese Nach-
richt konnten doch die Kläger ohne allen
Zweifel entweder vor der Sperrung
Lyons, oder gleich nachher, geben.
Statt dessen ließen sie den Revidenten ohne
alle Nachricht bis in den Monat Januar
1795 und brachten ihn dadurch in den

größten Schaden: denn jetzt ist für den Beklagten alle Hoffnung verlohren, sich an seine Vormänner Halle und Sohn und für diese, sich an Martin Dorner zu halten, indem diese als Trassanten nur dann verhaftet blieben, wenn binnen der gehörigen Zeit protestirt wurde. Warum soll der Beklagte nun die unmittelbaren Folgen dieser unvorsichtigen Verabsäumung der unumgänglich nothwendigen Form tragen? Unbedenklich muß sie derjenige tragen, der gesetzwidrig handelte, und das waren die Kläger selbst. Wozu können nun Untersuchungen über den Umstand: ob die Wechsel bereits zur Empfangzeit verfallen waren, und über die Möglichkeit, die Wechsel nach Paris zu schicken, nützen? Dies mag richtig oder nicht richtig sein, so bleiben die Kläger immer gleich verhaftet, da sie nicht die gesetzliche Vorschrift beobachteten. Und dann, wer hieß ihnen denn,

verfallene Wechsel weiter zu giriren? Hiedurch geben sie zu erkennen, daß sie mit den Wechseln, bei welchen sie auf den bezogenen Boydcker und Kompagnie gesehen hatten, vollkommen zufrieden waren, und eben dadurch wurde der Beklagte von aller Verbindlichkeit, für die Sicherheit zu haften, befreit; wie denn auch das Gesetz selbst sagt, daß, wenn ein Kaufmann von dem andern eine Assignment statt Zahlung ohne Vorbehalt annimmt, alsdann der Anweisende nicht für die Sicherheit des Assignaten haftet:

Allg. L. R. Th. II. Tit. 8. §. 1262. seq:

Eine nicht erfolgte Protestation bei Wechseln ist aber unbedenklich eine Annahme der darin enthaltenen Anweisung.

Der Appellationsrichter meint, da die Wechsel bereits beim Empfange verfallen waren, so wäre auch jeder Protest unnütz gewesen. Aber in welchen Handlungsgesetzen ist das gegründet? Unmöglichkeit-

ten können niemand verbinden. Wenn also die Kläger über die Unmöglichkeit, die Remessen nach Paris zu senden, protestirt hätten, was würde alsdann den Beklagten gehindert haben, auf Martin Dorner zurückzugehen? Von diesem wären die Wechsel gewiss eingelöst worden, da er, nach der Natur des Geschäftes, gewiss Fonds von Boydcker und Compagnie in Händen gehabt haben muß. Aber diese Aussicht ist nun durch den unterbliebenen Protest verschwunden.

Ferner sagt das Appellationserkenntnis: die Kläger hätten eben so klug als rechtlich gehandelt, daß sie die Remessen nicht von Lyon aus, nach Paris zur Präsentation übersendeten, indem sie sonst der Gefahr der Konfiskation ausgesetzt gewesen wären. Aber war es denn klüger und vernünftiger, daß sie die Remessen Monate lang bei sich herumtrugen, ohne sie einzukassiren? Welcher Kaufmann

handelt so, und besonders zur Zeit einer Revolution? Hätten die Kläger die Wechsel früher präsentirt, so hätten sie Zahlung bekommen, indem Boydker und Kompagnie noch kurz vorher zahlten, und erst zu der Zeit auswanderten, da ihr Vermögen unter Siegel genommen wurde. Hatten sie auch gegründete Furcht, die Wechsel nicht unmittelbar von Lyon nach Paris zu schicken, so blieb ihnen der Weg offen, den sie selbst nachher wählten, dieselben von Yverdun aus abzusenden. Sie durften nur, statt dafs sie den mühsamen Weg des eignen Transports wählten, den weit leichtern einer Uebersendung nach Yverdun nehmen; und die Remessen wären gewifs zu der Zeit nach Paris gekommen, wo Boydker, der die Prima bereits acceptirt hatte, gezahlt haben würde. Man sieht aber, dafs das ganze Betragen der Kläger eine Spekulation war. Sie wufsten, dafs Boydker

und Kompagnie das größte Handlungshaus in Paris machten, und daß Martin Dornier nicht minder beträchtlich in Hamburg war. Sie wollten sich also einen Fonds bei diesen Häusern erhalten. Hätten sie muthmaßen können, daß Boydker emigriren, und die Zahlungen einstellen würde; so hätten sie gewiß sogleich jedes mögliche Mittel angewendet, um die zeitige Präsentation zu bewirken. Dies muthmaßten sie aber nicht, und als sie späterhin durch Rougemont präsentiren ließen, war das Unglück bereits geschehen. Soll denn nun aber der Beklagte das Risiko der Handlungs-Spekulationen, oder die Folgen der Nachlässigkeit der Kläger tragen? Die Beantwortung dieser Frage ergiebt sich so leicht, daß ich nicht ein Wort weiter darüber zu sagen nöthig habe; und mit der vollkommensten Ueberzeugung trage ich daher darauf an:

daß der Revident von aller Zah-

lungsverbindlichkeit losgesprochen werde.

Unter diesen Umständen kann es demselben sehr gleichgültig sein, ob die Kläger in einem annoch gegen Boydker und Kompagnie anzustellenden Prozeß etwas erstreiten werden oder nicht; und es folgt aus der allgemeinen Nichtzahlungsverbindlichkeit von selbst, daß diese sich durch den Ausgang des Prozesses gegen Boydker nicht ändern kann. Ich könnte also hiermit schliessen; da es indessen dem Appellationsrichter gefallen hat, den Klägern ein Separatum gegen den Beklagten vorzubehalten, im Fall sie bei Boydker einen Ausfall erleiden sollten; so sei es mir erlaubt, hierüber noch etwas zu sagen.

Man betrachte, das im Streite befangene Geschäft als ein Wechselgeschäft oder als eine bloße Assignment: in beiden Fällen müssen die rechtlichen Grundsätze an-

gewendet werden. Der Appellationsrichter ist mit mir darüber einig, daß, wenn es ein Wechselgeschäft ist, die Kläger den Schaden, der durch die zufällig verhinderte Zahlung entstand, allein tragen müssen. Er ist aber mit sich selbst nicht einig wofür er es halten soll. Als Wechselgeschäft nimmt er es, indem er meint, daß Boydker und Kompagnie, als Acceptanten, den Klägern verhaftet bleiben. Dann aber behält er diesen das Separatum gegen den Beklagten vor, weil er glaubt, es sei bloß eine Bezahlung der Kaufsumme, eine bloße Assignment. Wozu aber der Vorbehalt, wenn es eine bloße Assignment ist? In diesem Falle würden die Kläger die Remessen unmittelbar zurückschicken, und bessere Zahlung verlangen können, da sie auf diese Assignmenten keine Befriedigung erhalten haben. Daß dies aber nicht der Fall sein kann, ergibt sich aus meiner obigen Ausführung.

Es bleibt daher nichts übrig, als das Geschäft als Wechselgeschäft zu betrachten, und dann ist der Vorbehalt unstatthaft, da, nach des Appellationsrichters eigenen Grundsätzen, in diesem Falle die Kläger allen durch Zufall entstandenen Schaden allein tragen müssen. Für keinen von beiden Fällen läßt sich also die Entscheidung mit Gründen rechtfertigen: der Vorbehalt des Separati wegen des Ausfalles ist entweder unstatthaft oder überflüssig. Unstatthaft, wenn von trassirten Wechseln die Rede ist: überflüssig, wenn man eine Assignment annimmt. Im letztern Falle würde es lediglich die Sache des Beklagten sein, den Klägern bessere Zahlung zu leisten, und dahin zu sehen, daß er von den Acceptanten Befriedigung erhalte. Ein Verhältniß zwischen dem Empfänger und dem Assignaten ist nicht vorhanden, nach welchem jener diesen in Anspruch nehmen müßte. Gesetzt

aber auch, man betrachtete die Sache streng nach den Grundsätzen von Assignmenten, so gelten bei diesen in Ansehung der Protestation eben die Vorschriften wie bei Wechseln.

Allg. Landrecht Th. II. Tit. 8. §. 1268.

„Hat der Empfänger die gehörige
 „Protestationszeit verabsäumt, so
 „trifft ihn aller Schaden; und er ist
 „nur befugt, seinen Regress gegen den
 „zu nehmen, der sich durch seinen
 „Schaden bereichern würde.“

Da dies nun in Ansehung des Beklagten nicht der Fall ist, indem er die Wechsel gekauft hat; so fällt auch aller Grund eines Regresses gegen ihn weg.

Mein allerunterthänigster Antrag geht unter diesen Umständen dahin:

daß das Erkenntniß erster Instanz wieder hergestellt, der Beklagte

und Revident von aller Zahlungs-
verbindlichkeit sowohl principa-
liter als in subsidium befreit
werde etc.

Berlin, am 24sten Februar 1797.

Deklarationsgesuch des Beklagten.

Allerdurchlauchtigster etc.

In dem Tribunalserkenntniss, in Sachen
Pillichody, Reboul und Kompagnie,
gegen mich, heisst es unter andern:

„dafs, wenn Kläger die vom Bekl.
„erhaltenen beiden Dornerschen
„Wechsel auf den Bekl. zurück gi-
„rirt, sodann Bekl. gehalten, den
„Kl. 17000 Livres Tournois nach
„dem Kurs zur Zahlungszeit
„nebst Zinsen zu 5 Prozent vom
„28sten Januar 1794 an gerechnet,
„ingleichen die von den Klägern
„zu bescheinigenden Wechselver-
„sendungs- und Protestkosten bin-
„nen vier Wochen zu bezahlen.“

Der hier gebrauchte Ausdruck: Kurs
zur Zahlzeit, bedarf offenbar einer De-

klaration, weil er sehr vieldeutig ist, und diese Deklaration will ich hiermit allerunterthänigst nachsuchen.

Um dieses Gesuch vorläufig zu motiviren, führe ich folgendes an:

I.

Zahlungszeit kann diejenige Zeit sein, wo ich durch Ankauf von Wechseln meine Schuld bezahlte. Dies war der 22ste Jul. 1793. In diesen Wechseln heisst es:

dass dieselben, au cours de ce jour, also nach dem Kurs vom 22sten Jul. 1793 bezahlt werden sollten.

Damals stand der Kurs von Paris auf Hamburg auf 860, wie dies die Kläger in ihrem in erster Instanz zu den Akten gegebenen Schreiben vom 1sten August 1793 selbst anführen. Hiernach betragen 17000 Livres Tournois 1021 Rthlr. Für

diese Summe habe ich die Wechsel zu Hamburg gekauft, und gerade eben so viel hätten die Kläger auch bekommen, wenn die Wechsel bezahlt worden wären.

Es ist also wohl ganz gewiss, daß unter

Zahlungszeit

diejenige Zeit verstanden werden müsse (und von den erleuchteten Urteilsverfassern auch wirklich verstanden worden ist)

zu welcher ich durch den Wechselankauf Zahlung leistete.

Denn

1) haben die Kläger nur auf diejenige Summe ein Recht, welche sie erhalten haben würden,

wenn sie die Wechsel hätten inkassiren können, also nach dem Kurs vom 22sten Jul. 1793 auf 1021 Rthlr.

Mehr können sie schlechterdings nicht verlangen, weil der Werth der Waaren nach dem damaligen Kurs be-

stimmt worden, und die Kläger, wenn sie einen höhern, als den damaligen Kurs erhielten, offenbar eine, um eben so viel, als der Kurs höher ist, den vertragsmäßigen Werth der Waaren übersteigende, Summe empfangen, und sich also zu meinem offenbaren Schaden bereichern würden. Dies wird mir kein Gericht zumuthen können, da ich bei dieser Sache den Gesetzen gemäß gehandelt habe, und ohnehin schon so sehr leide. Auch soll sich, nach den klaren Vorschriften der Gesetze, niemand durch den Schaden des andern bereichern. Man würde also, wenn von dem Verhältnisse eines Preussischen Unterthanen zu Ausländern die Rede ist, um so weniger von dieser Regel eine Ausnahme machen können, da ich

2) von meinen Vormännern auf keinen Fall eine höhere Summe zurückfordern kann, als sie von mir wirklich erhalten haben, nemlich die Summe von 1021

Rthlr., als für welche ich die Wechsel auf 17000 Livres Tournois (nach dem Kurs vom 22sten Jul. 1793) kaufte.

II.

Der Kurs zur Verfallzeit der Wechsel, nemlich am 24sten August 1793, wo er, nach dem Kurszettel 300 à 24, 1360 Rthlr. betrug, kann aus den ad I. angeführten Gründen nicht statt finden, weil ich nemlich nach diesen Kurs 339 Rthl. Kapital mehr bezahlen würde, als ich schuldig bin, und an meine Vormänner bezahlt habe.

III.

Die Kommissionairs der Kläger, die Kaufleute A. und W. verlangen aber von mir die Bezahlung sogar nach dem jetzigen Kurs mit 4646 Rthlr. 16 Gr. Hier-

nach würde ich an Kapital 3625 Rthlr. 16 gr. mehr bezahlen, als ich schuldig bin. Diese Forderung ist nun zwar offenbar übertrieben; indessen giebt sie doch zu erkennen:

dafs der Ausdruck des Revisionserkenntnisses „Kurs zur Zahlungszeit“ wirklich vieldeutig, und also das Deklarationsgesuch gegründet ist.

Gegen den zu diesem Behuf anzusetzenden Termin werde ich die Richtigkeit meiner Auslegungsart ad I. näher auseinandersetzen, und sie durch klare Gesetzstellen rechtfertigen etc.

Berlin,

am 10ten Jun.

1797.

A. J. Aschard.

5.

Nähere Rechtfertigung des Dekla-
rationsgesuchs.

Allerdurchlauchtigster etc.

A. J. Aschard war dem Handlungshause Pillichody, Reboul und Komp. zu Lyon für gelieferte Waaren 17000 Livres Tournois zu zahlen schuldig. Diese zu bezahlen, kaufte er — dem in dem Schreiben des Handlungshauses geäußerten Wunsche gemäß — zwei Wechsel, resp. über 9500 und 7500 Livr. Tourn., bei Martin Dörner zu Hamburg, beide vom 22sten Jul. 1793, nach welchen die 17000 Livres von dem bezogenen Hause Boydker und Komp. zu Paris

nach dem Kurse, der an dem Tage der Wechselausstellung, den 22sten Jul. 1793 galt („au cours de ce jour“)

bezahlt werden sollten. Dieser stand damals, nach dem eignen Vermerk der Kläger unter dem oben angeführten, von ihnen für richtig anerkannten, Schreiben,

von Hamburg auf Paris 860, also auf 1021 Thaler, und für diese Summe hat A. J. Aschard auch die beiden Wechsel zu Hamburg gekauft.

Diese Wechsel kamen aber — aus Ursachen deren nähere Auseinandersetzung hier zwecklos sein würde, da der A. J. Aschard sich bei der Verurtheilung durch ein Revisionserkenntniß leider beruhigen muß — jedoch anerkanntermaassen ohne alle Schuld oder Versehen des A. J. Aschard — unbezahlt zurück, und wurden ihm

unterm 28sten Januar 1794 zur Zahlung präsentirt, die er aber mit den Worten verweigerte:

„Ich kann die Wechselbriefe aus

„dem Grunde nicht bezahlen, weil
„der Protest zu Paris zu spät auf-
„genommen worden.“

worauf dem Handlungshause seine Rechte
wegen Wechsels etc. durch Protest
vorbehalten wurden.

Nunmehr stellte der K** S**
für das Handlungshaus die Klage:

auf Bezahlung der 17000 Livres
Tournois nebst Zinsen zu 5 Pro-
zent seit dem 28sten Januar 1794
(als dem Tage des aufgenommenen
Protests) etc.

gegen den A. J. Aschard an. Durch das
Erkenntniß erster Instanz wurde das
Handlungshaus lediglich abgewiesen. Die
Appellationssentenz legt demselben auf:

zuvörderst die Acceptanten der
Wechsel, Boydker und Komp.
in Anspruch zu nehmen,
und behält ihm

bei etwannigem Ausfalle Competentia gegen A. J. Aschard vor.

In allen dreien Instanzen ist
blos die Präjudizialfrage:

o b. bezahlt werden müsse?
nicht die Frage:

wie und unter welcher
Bedingung bezahlt
werden müsse?

zur Sprache gekommen.

Gleichwohl erfolgte durch das
Revisionserkenntniss die Entscheidung nicht nur der instruirten
Präjudizialfrage: o b? sondern
auch die Entscheidung der nicht
instruirten Frage:

Wie und unter welcher
Bedingung? Es wurden nemlich die
beiden vorigen Erkenntnisse dahin geändert:

dass Kl. nicht an das Handlungs-
haus Boydker und Komp. zu

verweisen, vielmehr, wenn Kl. die vom Bekl. erhaltenen beiden Dornerschen Wechsel auf den Bekl. zurück girirt, sodann Bekl. gehalten, den Kl. 17000 Livres Tournois nach dem Kurs zur Zahlungszeit, nebst Zinsen vom 28sten Januar 1794 etc. zu bezahlen.

Die hierinn enthaltene Entscheidung der Frage:

Wie und unter welcher Bedingung bezahlt werden müsse?

zerfällt in zwei Theile, deren erster das Rückgiro, der zweite den Kurs,

nach welchem bezahlt werden soll, zum Gegenstande hat. Beide Punkte bedürfen augenscheinlich einer Deklaration.

I.

Das Rückgiro kann keinen andern

Zweck haben, als den A. J. Aschard dadurch in den Stand zu setzen,

seinen Regress entweder an seine Vormänner oder an die Masse von Boydker und Komp. nehmen zu können.

Bei dem Regress an seine Vormänner werden ihm diese immer entgegen setzen, daß der Protest nicht zu rechter Zeit erfolgt sei, und die Inhaber durch das Weiterirren der Wechsel sich als Eigenthümer derselben anerkannt haben. — Meldet mein Mandant sich bei der Masse Boydker und Komp., an welche Martin Dorner zu Hamburg bereits bezahlt hat; so steht ihm die Emigration der Kläger, deren einer sich jetzt zu Yverdun in der Schweiz, der andere in Amerika aufhält, entgegen. Hierzu kommt, daß die Emigranten, deren Vermögen konfisziert ist, unfähig sind, Zahlung anzunehmen, und daß die Regierung solche zu

fordern berechtigt ist. Der A. J. Aschard ist unter diesen Umständen der Meinung: daß — da er sich mit einem Handlungshause zu Lyon und mit französischen Bürgern, nicht mit Emigrirten eingelassen habe, und mit diesen nie eingelassen haben würde — jedes andere Rückgiro, als das von dem Handlungshause Pillichody, Reboul und Komp. zu Lyon, also von actu Französischen Bürgern, durchaus zwecklos sei, und daher von ihm nicht angenommen werden könne, daß also die Kl. das Rückgiro nicht eher auszustellen berechtigt seien, als nachdem sie wiederum in ihre vorige Qualität zu Lyon zurückgetreten sein, und, daß dieses geschehen, hinlänglich bescheinigt haben würden.

Er bittet daher allerunterthänigst, zu bestimmen:

daß die Kl. verbunden seien, das Rückgiro in der Qualität als wiederum aufgenommene Französische Bürger zu Lyon zu leisten.

II.

Was den Kurs betrifft, nach welchem die Zahlung, wenn das Giro in der eben gedachten Art erfolgt sein wird, zu leisten ist; so ist es zweifelhaft, ob der erleuchtete Urteilsverfasser unter dem Ausdrucke „Kurs zur Zahlungszeit“ denjenigen Kurs:

nach welchem die Kläger die Zahlung hätten annehmen müssen, wenn sie zu der von dem Urteilsverfasser — dem Antrage der Kläger gemäß — bestimmten Zeit der Zahlungs-Verbindlichkeit (am 28. Januar 1794) erfolgt wäre,

oder ob er darunter denjenigen Kurs verstanden wissen wolle:

welcher in dem sehr zufälligen Zeitpunkte der wirklich erfolgenden Zahlung statt finden wird.

Dafs er das letztere gemeint haben solle, dafür spricht kein einziger die logische und rechtliche Probe aushaltender Grund. Dagegen spricht Folgendes für die erstere Auslegungsart:

Livres Tournois

ist in Frankreich eine fingirte oder Rechnungsmünze. Während der Revolution gingen deren Anfangs 1000, in der Folge 2000 und zuletzt 4000 in Assignaten auf den Schildlouis d'or. Nach Assignaten, welche als Zahlung anzunehmen sich niemand weigern durfte, wurden die Preise der Waaren und Wechsel bestimmt. Dieses ist eine notorische Thatsache. Sollte indessen der erleuchtete Urteilsverfasser

darüber noch einiges Bedenken haben; so
kompromittirt mein Mandant:

auf das Gutachten der Königl.
Banke und Seehandlungssozietät.

Während dieser Zeit nun, nemlich im
Jahre 1793, kaufte A. J. Aschard von
den Klägern eine Quantität Waare,
welche nach dem Einkaufspreise
1021 Rthlr. werth war.

Dafs der Werth der empfangenen
Waaren nach der Faktura sich wirklich
nicht höher belief, dies könnte — wenn
die Behauptung meines Mandanten dieses
Beweises noch bedürfte —

durch das Zeugniß von Sachver-
ständigen

vollständig erwiesen werden. Allein es
bedarf dieses Beweises nicht, da die Kl.
in ihrem, oben bereits erwähnten, Schrei-
ben den Kurs von Hamburg auf Paris
selbst auf 860 bestimmt haben, welches
1021 Rthlr. für 17000 L. Tournois beträgt.

Für diese Summe der 1021 Rthl. hat denn auch A. J. Aschard die beiden Wechsel auf 9500 und 7500 Liv. Tournois von M. Dörner zu Hamburg gekauft; und, damit über die auf diese Wechsel zurück zu zahlende Valute kein Zweifel entstehe, wurde in den Wechseln bestimmt;

dafs sie nach dem Kurse des Tages der Ausstellung, den 22sten Jul. 1793, („an cours de ce jour“) bezahlt werden sollten.

Wären diese Wechsel nun wirklich in Paris einkassirt worden, so hätten die Kläger natürlich weiter nichts als die darin bestimmte Valute, nemlich 17000 L. Tournois nach dem Kurs vom 22sten Jul. 1793, also 1021 Rthlr. erhalten. Augenscheinlich können aber Kl. durch die Klage an Kapital nicht mehr erstreiten, als diejenige Summe, durch deren Empfang vor angestellter Klage der von ihnen selbst angeführte einzige

Grund der Klage (die nicht geschehene Auszahlung der Wechsel) gehoben worden wäre.

Dafs es ihnen selbst noch nie eingefallen ist, mehr zu fordern, geben sie ganz deutlich durch den in der Klage bestimmten Zeitpunkt der Verzinsung aus dem Verzuge, den 28sten Januar 1794, zu erkennen. An diesem Tage nemlich wurden die beiden mit Protest zurück gekommenen Wechsel dem A. J. Aschard zur Zahlung präsentirt. Nun hätte er sich doch damals ganz offenbar

durch die Bezahlung der in den Wechseln bestimmten 17000 L. Tournois nach dem Kurs vom Tage der Ausstellung der Wechsel mit 1021 Rthlr.

von seiner angeblichen Verbindlichkeit befreit. Dieser Satz steht fest. Wenn also die Kläger von demjenigen Tage an:

wo der Bekl. ihrer Meinung nach,

hätte bezahlen sollen, und nicht bezahlte, die Verzögerung der Bezahlung datiren; so fordern sie eben dadurch jetzt nur diejenige Summe an Kapital, mit welcher mein Mandant — ihrer Meinung nach — seit dem 28. Jan. 1794 in mora versirt.

Sie können auch — nach dem oben Angeführten — nicht mehr fordern.

Hierzu kommt noch folgendes: Es würde auf ein in die Augen springendes Absurdum hinauslaufen,

wenn der Bekl. für eine höhere Summe als diejenige ist, die er, nach der Meinung der Kläger, am 28sten Januar 1794 hätte bezahlen müssen, vom 28sten Januar 1794 an Verzögerungszinsen bezahlen sollte. Denn wie wäre in diesem Falle in Ansehnng des Ueber-

schusses der Summe ein Verzug denkbar?

Dies in sein volles Licht zu setzen, wiederhole ich folgendes aus dem Deklarationsgesuche vom 10ten Jun. d. J.

Diejenige Summe, durch deren Bezahlung am 28sten Januar 1794 der A. J. Aschard die Kläger klaglos gestellt haben würde, beträgt nach dem in den Wechseln bestimmten Kurs 1021 thl.

Der jetzige Kurs von
17000 L. Tourn. — — 4646 thl. 16 gr.

Der A. J. Aschard würde

also 3625 thl. 16 gr. /

seit dem 28sten Januar 1794 mehr ex mora verzinsen müssen, als er am 28sten Januar 1794 schuldig war!!
wenn er

17000 L. Tournois nach dem jetzigen Kurse seit dem 28sten Jan. 1794 verzinsen müßte.

Wäre auch diejenige Summe, welche die Kl. zu erwarten haben, nachdem der A. J. Aschard zu deren Bezahlung verurtheilt worden ist, im gegenwärtigen Falle dem Kurse nach nicht so genau bestimmt, als wirklich geschehen ist: so würden selbst die gesetzlichen Vorschriften, die Behauptung des A. J. Aschard zu begründen, vollkommen zureichen. Das allgemeine Landrecht entscheidet nemlich, durch die §§. 785. u. d. f. Tit. II. Th. I. und durch die analogisch anwendbaren Dispositionen der §§. 794. 795. a. a. O.

„Sind Papiere von der gegebenen
 „Art zur Zeit der Rückzahlung gar
 „nicht mehr vorhanden, so muß
 „zwar die Zahlung in baarem Gel-
 „de geschehen.“

„Die zu zahlende Summe muß
 „aber nach demjenigen Kurs be-
 „stimmt werden, wie die gegebe-
 „nen Papiere, zur Zeit des Kon-

„trakts gegen baares Geld gestan-
den haben“

den gegenwärtigen Fall ganz' deutlich zum Vortheil des A. J. Aschard. Der Kontrakt desselben mit den Klägern wurde in Assignaten geschlossen; diese sind nicht mehr vorhanden, folglich muß die zu zahlende Summe nach demjenigen Kurse bestimmt werden, in welchem die Assignaten zu der Zeit, als der Kontrakt geschlossen wurde, gegen baares Geld standen. Dieser war in Wechseln von Hamburg auf Paris 860, also 17000 L. Tournois 1021 Thaler.

Im achten Titel des zweiten Theils, §. 877 wird ganz bestimmt von Wechseln geredet:

„Lautet der Wechsel auf — — ei-
ne Rechnungsmünze: so wird
das Verhältniß derselben gegen

„die zu zahlende, nach dem Kurs
„des Zahlungsortes am Verfalltage
„berechnet.“

Das wäre der 22ste August 1793;
und damals stand der Kurs von Ham-
burg auf Paris ebenfalls nicht höher
als 860, wie gerade das oben ange-
führte Schreiben des Handlungshauses er-
giebt.

Unter den angeführten Umständen
trägt der A. J. Aschard mit vollem
Grunde darauf an:

dass auch der Kurs, nach wel-
chem er Zahlung leisten soll, sei-
ner Erklärungsart gemäß bestimmt
werde.

Sollte das Hohe Obertribunal aber —
wider alles Vermuthen — Bedenken tra-
gen, das Revisionserkenntniß seinen An-
trägen gemäß zu deklariren; so muß
er gegen jede ihm nachtheilige Bestim-
mung der bei der Instruktion gar

nicht zur Sprache gekommenen
Frage:

nach welchem Kurs und unter
welcher Bedingung mein Mandant
Zahlung leisten solle?

insofern diese ihm nachtheilige
Bestimmung durch bloße Deklara-
tion des Revisionserkenntnisses er-
folgen möchte, ausdrücklich protesti-
ren, und nach der klaren Vorschrift des
§. 9. Tit. 15. Th. I. der Gerichtsordnung
darauf antragen:

daß über diesen Punkt in erster
Instanz erkannt werde etc.

Berlin,
am 10ten Jul.

1797.

Stengel.

Die hierauf erfolgte Resolution des geheimen Ober-
tribunnals ist S. 71 im 7ten Bande meiner Beiträge
abgedruckt. St.

nicht in Betracht genommen

und:

noch weiteren Kurs und unter

weilher Bedingung kein Mandat

Einlage leisten sollen

ansehen, dass ihm nachtheilige

Bestimmung durch diese Deklaration

von dem Herrn Anwalt dieses

in dem Punkte, hinsichtlich

der und nach der Klausel 7. des

§ 2. Th. 1. der Gerichtsordnung

ausgesprochen:

dass aber diesen Punkt in erster

Instanz erkannt werde

Beilage

im roten Jah.

Stempel

Die in dem oben angegebenen Obert
tribunal ist in dem Punkte nach der
Spezialgesetz

III.

*VERTHEIDIGUNGS-
SCHRIFT*

FÜR DIE

KASSENBEUTELVERFÄLSCHERIN

HINDCHEN MEIER.

III

NEW-YORK

1840

WILLIAM L. GAY

PRINTED

III.

Vertheidigungsschrift für die Kassenbeutelverfälscherin Hindchen Meier.

Man entdeckte im Jahre 1798 bei öffentlichen und Privatkassen mehrere verfälschte Kassenbeutel, die etwas baares Geld, grösstentheils aber Zahlpfennige Bleiplatten und Schrot, oder andere dergleichen Ingredienzien enthielten.

Der geheime Justizrath von Warsing, der einen geheimen Auftrag vom Generalkontrollleur der Finanzen und von dem Chef der Justiz erhalten hatte, dem Urheber dieser Verfälschungen nachzuspüren, brachte in Erfahrung, dass die Hindchen

Meier in verstellter Kleidung eine ziemliche Quantität Schrot eingekauft, durch Dienstboten eine Quantität Kupferpfennige eingewechselt, auch sonst sich verdächtig benommen hatte.

Derselbe verfügte hierauf eine Visitation in der Behausung der Inquisitin, wo man noch vier verfälschte Beutel vorfand, zog sie hierauf nebst dem Koinquisiten, ihrem Sohne, Abraham Kaspar zur Haft, und, vermöge besondern Auftrages des Chefs der Justiz, unter Assistenz des Konkommissarius Kriminalrathes Otto zur peinlichen Untersuchung.

Im generellen und artikulirten Verhöre hat sie sich, wie folgt, vernehmen lassen:

Sie heiße Hindchen Meier, sei sieben und dreißig Jahr alt, und die Tochter eines vor fünf Jahren allhier verstorbenen Schutzjuden Meier Abraham Salomon. Im 16ten Jahre habe sie den

Schutzjuden Kaspar Jakob zu Prenzlau geheirathet. Ihr Ehemann sei aber wegen eines Verbrechens in Untersuchung gerathen, habe siebenjährigen Arrest erlitten; und aus dem hiernächst über dessen Vermögen entstandenen Konkurse habe sie von ihrem Vermögen nur 2200 Rthlr. gerettet, und damit allhier in Berlin eine Wechselhandlung errichtet.

Bis zum Jun. 1797 habe sie durch dieses Gewerbe und eine Lotterieeeinnahme sich hinreichend ernährt; von dieser Zeit an aber ansehnliche Defekte in ihrer Kasse verspürt, die wahrscheinlich durch Diebereien entstanden wären. Hierdurch und durch Krankheiten sei sie sehr zurückgekommen, und solchergestalt zuerst bei ihr der Gedanke entstanden, sich durch Kasenbeutelyverfälschungen etwas zu helfen.

Sie habe zuerst bei einem ihrer Handlungsassistenten, der jetzt schon verstorben sei, gesehen, daß derselbe, um sich bei

den häufigen Nachfragen nach Kassenbeuteln zu helfen, Beutel, welche er selbst, jedoch richtig, eingezählt hatte, mit alten Kassenbeuteletiquetten versehen, und so für ächte Kassenbeutel ausgegeben habe.

Im Jun. 1797 habe sie zuerst, gemeinschaftlich mit ihrem ältesten Sohne, vier bis sechs Kassenbeutel dergestalt verfälscht, daß sie 90 Thaler Kurrant herausgenommen, und dagegen 50 Thaler Münze hineingeschüttet habe.

Man habe aber die Verfälschung bemerkt, die Beutel wären an sie zurückgekommen, und sie habe den Schaden ersetzen müssen.

Im Oktober 1797 habe sie hierauf zuerst wieder eine Verfälschung mit vier Kassenbeuteln und zwar in der Art vorgenommen, daß sie den Bindfaden, womit die Beutel zugebunden gewesen, neben dem Etiquet aufgeschnitten, statt des herausgenommenen Geldes Kupferpfennige,

Münze und Schrot hineingeschüttet, den Bindfaden wieder zusammengeknüpft, und dergestalt unter das mit einer glühenden Packnadel erweichte Siegel geschoben habe, daß der Knoten durch das Siegel bedeckt worden sei.

Auf gleiche Weise habe sie in der Folge mehrere Verfälschungen vorgenommen. —

Die Inquirenten veranlaßten eine Aufforderung der Damnifikaten in den öffentlichen Blättern, wodurch ihnen denn 47 Stück mit Kupferpfennigen, sechspfennigstücken, Zahlpfennigen, Bleiplatten und Schrot, verfälschte Beutel zukamen.

Die Summe des Defekts beläuft sich auf 8342 Rthlr. 16 Gr. 4 Pf.

Inquisitin hat indessen die Verfälschung dieser sämtlichen Beutel nicht zugestehn wollen, sondern die Verfälschung nur auf 4308 Rthlr. 3 Gr. eingeräumt.

Sie gesteht zu:

a) 28 Beutel verfälscht,

b) 25 davon verbreitet, und

c) 8 von diesen mit falschen Etiquetten und

Siegeln versehen zu haben, wobei sie

sich eines Amalgams bedient habe.

Sie leugnet, von den Verfälschungen der übrigen einige Wissenschaft zu haben, und ein Anderes hat ihr nicht bewiesen werden können.

Nach vorgängig von mir geführter Vertheidigung erkannte die Kriminaldeputation des Kammergerichts unterm 23. Jul. d. J.;

Dafs die geschiedene Ehefrau des Schutzjuden Kaspar Jakob geborne Hindchen Meier, wegen Verfälschung mehrerer Kassenbeutel, mit zwanzigjähriger Zuchthausstrafe nebst einer, ihrer körperlichen Leibesbeschaffenheit angemessenen Züchtigung am Anfang und Ende ihrer Strafzeit salva Fama zu belegen,

des Schutzprivilegii für unwürdig und verlustig zu erklären, und nach ausgestandener Strafe des Landes auf immer zu verweisen.

Inquisitin hat dagegen binnen Ordnungsfrist sich auf das Rechtsmittel der weitem Vertheidigung berufen, und ihre Beschwerden darin gesetzt:

- 1) dafs sie mit zwanzigjähriger Zuchthausstrafe belegt,
- 2) diese durch Willkommen und Abschied geschärft,
- 3) sie des Schutzprivilegii für verlustig erklärt, und
- 4) nach ausgestandener Strafe des Landes verwiesen werden soll.

Sie hat, weder wegen Vervollständigung der Untersuchung, noch wegen Instruktion eines Defensionalbeweises Anträge zu machen; und ich als ihr anderweit erbetener Defensor werde mich daher in gegenwärtiger Schrift blofs darauf ein-

„dem Grunde nicht bezahlen, weil
„der Protest zu Paris zu spät auf-
„genommen worden.“

worauf dem Handlungshause seine Rechte
wegen Wechsels etc. durch Protest
vorbehalten wurden.

Nunmehr stellte der K** S**
für das Handlungshaus die Klage:

auf Bezahlung der 17000 Livres
Tournois nebst Zinsen zu 5 Pro-
zent seit dem 28sten Januar 1794
(als dem Tage des aufgenommenen
Protests) etc.

gegen den A. J. Aschard an. Durch das
Erkenntniß erster Instanz wurde das
Handlungshaus lediglich abgewiesen. Die
Appellationssentenz legt demselben auf:

zuvörderst die Acceptanten der
Wechsel, Boydker und Komp.
in Anspruch zu nehmen,
und behält ihm

bei etwannigem Ausfalle Competentia gegen A. J. Aschard vor.

In allen dreien Instanzen ist
blos die Präjudizialfrage:

o b bezahlt werden müsse?
nicht die Frage:

wie und unter welcher
Bedingung bezahlt
werden müsse?

zur Sprache gekommen.

Gleichwohl erfolgte durch das
Revisionserkenntniss die Entscheidung nicht nur der instruirten
Präjudizialfrage: o b? sondern
auch die Entscheidung der nicht
instruirten Frage:

Wie und unter welcher
Bedingung? Es wurden nemlich die
beiden vorigen Erkenntnisse dahin geändert:

dafs Kl. nicht an das Handlungs-
haus Boydker und Komp. zu

verweisen, vielmehr, wenn Kl. die vom Bekl. erhaltenen beiden Dornerschen Wechsel auf den Bekl. zurück girirt, sodann Bekl. gehalten, den Kl. 17000 Livres Tournois nach dem Kurs zur Zahlungszeit, nebst Zinsen vom 28sten Januar 1794 etc. zu bezahlen.

Die hierinn enthaltene Entscheidung der Frage:

Wie und unter welcher Bedingung bezahlt werden müsse?

zerfällt in zwei Theile, deren erster das Rückgiro, der zweite den Kurs,

nach welchem bezahlt werden soll, zum Gegenstande hat. Beide Punkte bedürfen augenscheinlich einer Deklaration.

I.

Das Rückgiro kann keinen andern

Zweck haben, als den A. J. Aschard dadurch in den Stand zu setzen,

seinen Regrefs entweder an seine Vormänner oder an die Masse von Boydker und Komp. nehmen zu können.

Bei dem Regrefs an seine Vormänner werden ihm diese immer entgegen setzen, daß der Protest nicht zu rechter Zeit erfolgt sei, und die Inhaber durch das Weitergiren der Wechsel sich als Eigenthümer derselben anerkannt haben. — Meldet mein Mandant sich bei der Masse Boydker und Komp., an welche Martin Dorner zu Hamburg bereits bezahlt hat; so steht ihm die Emigration der Kläger, deren einer sich jetzt zu Yverdun in der Schweiz, der andere in Amerika aufhält, entgegen. Hierzu kommt, daß die Emigranten, deren Vermögen konfiszirt ist, unfähig sind, Zahlung anzunehmen, und daß die Regierung solche zu

fordern berechtigt ist. Der A. J. Aschard ist unter diesen Umständen der Meinung: daß — da er sich mit einem Handlungshause zu Lyon und mit französischen Bürgern, nicht mit Emigrirten eingelassen habe, und mit diesen nie eingelassen haben würde — jedes andere Rückgiro, als das von dem Handlungshause Pillichody, Reboul und Komp. zu Lyon, also von actu Französischen Bürgern, durchaus zwecklos sei, und daher von ihm nicht angenommen werden könne, daß also die Kl. das Rückgiro nicht eher auszustellen berechtigt seien, als nachdem sie wiederum in ihre vorige Qualität zu Lyon zurückgetreten sein, und, daß dieses geschehen, hinlänglich bescheinigt haben würden.

Er bittet daher allerunterthänigst, zu bestimmen:

dafs die Kl. verbunden seien, das Rückgiro in der Qualität als wiederum aufgenommene Französische Bürger zu Lyon zu leisten.

II.

Was den Kurs betrifft, nach welchem die Zahlung, wenn das Giro in der eben gedachten Art erfolgt sein wird, zu leisten ist; so ist es zweifelhaft, ob der erleuchtete Urteilsverfasser unter dem Ausdrucke „Kurs zur Zahlungszeit“ denjenigen Kurs:

nach welchem die Kläger die Zahlung hätten annehmen müssen, wenn sie zu der von dem Urteilsverfasser — dem Antrage der Kläger gemäß — bestimmten Zeit der Zahlungs-Verbindlichkeit (am 28. Januar 1794) erfolgt wäre,

oder ob er darunter denjenigen Kurs verstanden wissen wolle:

welcher in dem sehr zufälligen Zeitpunkte der wirklich erfolgenden Zahlung statt finden wird.

Dafs er das letztere gemeint haben solle, dafür spricht kein einziger die logische und rechtliche Probe aushaltender Grund. Dagegen spricht Folgendes für die erstere Auslegungsart:

Livres Tournois

ist in Frankreich eine fingirte oder Rechnungsmünze. Während der Revolution gingen deren Anfangs 1000, in der Folge 2000 und zuletzt 4000 in Assignaten auf den Schildlouis d'or. Nach Assignaten, welche als Zahlung anzunehmen sich niemand weigern durfte, wurden die Preise der Waaren und Wechsel bestimmt. Dieses ist eine notorische Thatsache. Sollte indessen der erleuchtete Urteilsverfasser

darüber noch einiges Bedenken haben; so
kompromittirt mein Mandant:

auf das Gutachten der Königl.
Banke und Seehandlungssozietät.

Während dieser Zeit nun, nemlich im
Jahre 1793, kaufte A. J. Aschard von
den Klägern eine Quantität Waare,
welche nach dem Einkaufspreise
1021 Rthlr. werth war.

Dafs der Werth der empfangenen
Waaren nach der Faktura sich wirklich
nicht höher belief, dies könnte — wenn
die Behauptung meines Mandanten dieses
Beweises noch bedürfte —

durch das Zeugniß von Sachver-
ständigen

vollständig erwiesen werden. Allein es
bedarf dieses Beweises nicht, da die Kl.
in ihrem, oben bereits erwähnten, Schrei-
ben den Kurs von Hamburg auf Paris
selbst auf 860 bestimmt haben, welches
1021 Rthlr. für 17000 L. Tournois beträgt.

Für diese Summe der 1021 Rthl. hat denn auch A. J. Aschard die beiden Wechsel auf 9500 und 7500 Liv. Tournois von M. Dorner zu Hamburg gekauft; und, damit über die auf diese Wechsel zurück zu zahlende Valute kein Zweifel entstehe, wurde in den Wechseln bestimmt;

daß sie nach dem Kurse des Tages der Ausstellung, den 22sten Jul. 1793, („an cours de ce „jour“) bezahlt werden sollten.

Wären diese Wechsel nun wirklich in Paris einkassirt worden, so hätten die Kläger natürlich weiter nichts als die darin bestimmte Valute, nemlich 17000 L. Tournois nach dem Kurs vom 22sten Jul. 1793, also 1021 Rthlr. erhalten. Augenscheinlich können aber Kl. durch die Klage an Kapital nicht mehr erstreiten, als

diejenige Summe, durch deren Empfang vor angestellter Klage der von ihnen selbst angeführte einzige

Grund der Klage (die nicht geschehene Auszahlung der Wechsel) gehoben worden wäre.

Dafs es ihnen selbst noch nie eingefallen ist, mehr zu fordern, geben sie ganz deutlich durch den in der Klage bestimmten Zeitpunkt der Verzinsung aus dem Verzuge, den 28sten Januar 1794, zu erkennen. An diesem Tage nemlich wurden die beiden mit Protest zurück gekommenen Wechsel dem A. J. Aschard zur Zahlung präsentirt. Nun hätte er sich doch damals ganz offenbar

durch die Bezahlung der in den Wechseln bestimmten 17000 L. Tournois nach dem Kurs vom Tage der Ausstellung der Wechsel mit 1021 Rthlr.

von seiner angeblichen Verbindlichkeit befreit. Dieser Satz steht fest. Wenn also die Kläger von demjenigen Tage an:

wo der Bekl. ihrer Meinung nach,

hätte bezahlen sollen, und nicht bezahlte, die Verzögerung der Bezahlung datiren; so fordern sie eben dadurch jetzt nur diejenige Summe an Kapital, mit welcher mein Mandant — ihrer Meinung nach — seit dem 28. Jan. 1794 in mora versirt.

Sie können auch — nach dem oben Angeführten — nicht mehr fordern.

Hierzu kommt noch folgendes: Es würde auf ein in die Augen springendes Absurdum hinauslaufen,

wenn der Bekl. für eine höhere Summe als diejenige ist, die er, nach der Meinung der Kläger, am 28sten Januar 1794 hätte bezahlen müssen, vom 28sten Januar 1794 an Verzögerungszinsen bezahlen sollte. Denn wie wäre in diesem Falle in Ansehnng des Ueber-

schusses der Summe ein Verzug denkbar?

Dies in sein volles Licht zu setzen, wiederhole ich folgendes aus dem Deklarationsgesuche vom 10ten Jun. d. J.

Diejenige Summe, durch deren Bezahlung am 28sten Januar 1794 der A. J. Aschard die Kläger klaglos gestellt haben würde, beträgt nach dem in den Wechseln bestimmten Kurs 1021 thl.

Der jetzige Kurs von
17000 L. Tourn. — — 4646 thl. 16 gr.

Der A. J. Aschard würde

also 3625 thl. 16 gr. /

seit dem 28sten Januar 1794 mehr ex mora verzinsen müssen, als er am 28sten Januar 1794 schuldig war!!
wenn er

17000 L. Tournois nach dem jetzigen Kurse seit dem 28sten Jan. 1794 verzinsen müßte.

Wäre auch diejenige Summe, welche die Kl. zu erwarten haben, nachdem der A. J. Aschard zu deren Bezahlung verurtheilt worden ist, im gegenwärtigen Falle dem Kurse nach nicht so genau bestimmt, als wirklich geschehen ist: so würden selbst die gesetzlichen Vorschriften, die Behauptung des A. J. Aschard zu begründen, vollkommen zureichen. Das allgemeine Landrecht entscheidet nemlich, durch die §§. 785. u. d. f. Tit. II. Th. I. und durch die analogisch anwendbaren Dispositionen der §§. 794. 795. a. a. O.

„Sind Papiere von der gegebenen
 „Art zur Zeit der Rückzahlung gar
 „nicht mehr vorhanden, so muß
 „zwar die Zahlung in baarem Gel-
 „de geschehen.“

„Die zu zahlende Summe muß
 „aber nach demjenigen Kurs be-
 „stimmt werden, wie die gegebe-
 „nen Papiere, zur Zeit des Kon-

„trakts gegen baares Geld gestanden haben“

den gegenwärtigen Fall ganz' deutlich zum Vortheil des A. J. Aschard. Der Kontrakt desselben mit den Klägern wurde in Assignaten geschlossen; diese sind nicht mehr vorhanden, folglich muß die zu zahlende Summe nach demjenigen Kurse bestimmt werden, in welchem die Assignaten zu der Zeit, als der Kontrakt geschlossen wurde, gegen baares Geld standen. Dieser war in Wechseln von Hamburg auf Paris 860, also 17000 L. Tournois 1021 Thaler.

Im achten Titel des zweiten Theils, §. 877 wird ganz bestimmt von Wechseln geredet:

„Lautet der Wechsel auf — — eine Rechnungsmünze: so wird
„das Verhältniß derselben gegen

„die zu zahlende, nach dem Kurs
 „des Zahlungsortes am Verfalltage
 „berechnet.“

Das wäre der 22ste August 1793;
 und damals stand der Kurs von Ham-
 burg auf Paris ebenfalls nicht höher
 als 860, wie gerade das oben ange-
 führte Schreiben des Handlungshauses er-
 giebt.

Unter den angeführten Umständen
 trägt der A. J. Aschard mit vollem
 Grunde darauf an:

dafs auch der Kurs, nach wel-
 chem er Zahlung leisten soll, sei-
 ner Erklärungsart gemäß bestimmt
 werde.

Sollte das Hohe Obertribunal aber —
 wider alles Vermuthen — Bedenken tra-
 gen, das Revisionserkenntniß seinen An-
 trägen gemäß zu deklariren; so muß
 er gegen jede ihm nachtheilige Bestim-
 mung der bei der Instruktion gar

nicht zur Sprache gekommenen
Frage:

nach welchem Kurs und unter
welcher Bedingung mein Mandant
Zahlung leisten solle?

insofern diese ihm nachtheilige
Bestimmung durch bloße Deklara-
tion des Revisionserkenntnisses er-
folgen möchte, ausdrücklich protesti-
ren, und nach der klaren Vorschrift des
§. 9. Tit. 15. Th. I. der Gerichtsordnung
darauf antragen:

daß über diesen Punkt in erster
Instanz erkannt werde etc.

Berlin,
am 10ten Jul.

1797.

Stengel.

Die hierauf erfolgte Resolution des geheimen Ober-
tribunals ist S. 71 im 7ten Bande meiner Beiträge
abgedruckt. St.

nicht mit Sprache genommen

zuges:

noch, welchen Kurs und unter

welcher Bedingung sein Mann

zu führen beabsichtigt

zu führen, diese ist nachtheilige

Bestimmung durch dieses Dekret

und das Recht eines Mannes zu

seinem eigenen, gesetzlich protest

zu machen, und nach dem Tode des

2. Th. 13. Th. I. der Gerichtsbarkeit

darüber antragen:

dass über diesen Punkt in erster

Instanz erkannt werde etc

Beilage

am roten Jal.

Stempel

Die... die... die...

... im... die...

III.

*VERTHEIDIGUNGS-
SCHRIFT*

FÜR DIE

KASSENBEUTELVERFÄLSCHERIN

HINDCHEN MEIER.

III

NEW ENGLAND

COLLEGE

LIBRARY

DOVER

III.

Vertheidigungsschrift für die Kassenbeutelverfälscherin Hindchen Meier.

Man entdeckte im Jahre 1798 bei öffentlichen und Privatkassen mehrere verfälschte Kassenbeutel, die etwas baares Geld, grösstentheils aber Zahlpfennige Bleiplatten und Schrot, oder andere dergleichen Ingredienzien enthielten.

Der geheime Justizrath von Warsing, der einen geheimen Auftrag vom Generalkontrollleur der Finanzen und von dem Chef der Justiz erhalten hatte, dem Urheber dieser Verfälschungen nachzuspüren, brachte in Erfahrung, daß die Hindchen

Meier in verstellter Kleidung eine ziemliche Quantität Schrot eingekauft, durch Dienstboten eine Quantität Kupferpfennige eingewechselt, auch sonst sich verdächtig benommen hatte.

Derselbe verfügte hierauf eine Visitation in der Behausung der Inquisitin, wo man noch vier verfälschte Beutel vorfand, zog sie hierauf nebst dem Koinquisiten, ihrem Sohne, Abraham Kaspar zur Haft, und, vermöge besondern Auftrages des Chefs der Justiz, unter Assistenz des Konkommissarius Kriminalrathes Otto zur peinlichen Untersuchung.

Im generellen und artikulirten Verhöre hat sie sich, wie folgt, vernehmen lassen:

Sie heiße Hindchen Meier, sei sieben und dreißig Jahr alt, und die Tochter eines vor fünf Jahren allhier verstorbenen Schutzjuden Meier Abraham Salomon. Im 16ten Jahre habe sie den

Schutzjuden Kaspar Jakob zu Prenzlau geheirathet. Ihr Ehemann sei aber wegen eines Verbrechens in Untersuchung gerathen, habe siebenjährigen Arrest erlitten; und aus dem hiernächst über dessen Vermögen entstandenen Konkurse habe sie von ihrem Vermögen nur 2200 Rthlr. gerettet, und damit allhier in Berlin eine Wechselhandlung errichtet.

Bis zum Jun. 1797 habe sie durch dieses Gewerbe und eine Lotterieeeinnahme sich hinreichend ernährt; von dieser Zeit an aber ansehnliche Defekte in ihrer Kasse verspürt, die wahrscheinlich durch Diebereien entstanden wären. Hierdurch und durch Krankheiten sei sie sehr zurückgekommen, und solchergestalt zuerst bei ihr der Gedanke entstanden, sich durch Kasenbeutelverfälschungen etwas zu helfen.

Sie habe zuerst bei einem ihrer Handlungsassistenten, der jetzt schon verstorben sei, gesehen, daß derselbe, um sich bei

den häufigen Nachfragen nach Kassenbeuteln zu helfen, Beutel, welche er selbst, jedoch richtig, eingezählt hatte, mit alten Kassenbeuteletiquetten versehen, und so für ächte Kassenbeutel ausgegeben habe.

Im Jun. 1797 habe sie zuerst, gemeinschaftlich mit ihrem ältesten Sohne, vier bis sechs Kassenbeutel dergestalt verfälscht, daß sie 90 Thaler Kurrant herausgenommen, und dagegen 50 Thaler Münze hineingeschüttet habe.

Man habe aber die Verfälschung bemerkt, die Beutel wären an sie zurückgekommen, und sie habe den Schaden ersetzen müssen.

Im Oktober 1797 habe sie hierauf zuerst wieder eine Verfälschung mit vier Kassenbeuteln und zwar in der Art vorgenommen, daß sie den Bindfaden, womit die Beutel zugebunden gewesen, neben dem Etiquet aufgeschnitten, statt des herausgenommenen Geldes Kupferpfennige,

Münze und Schrot hineingeschüttet, den Bindfaden wieder zusammengeknüpft, und dergestalt unter das mit einer glühenden Packnadel erweichte Siegel geschoben habe, daß der Knoten durch das Siegel bedeckt worden sei.

Auf gleiche Weise habe sie in der Folge mehrere Verfälschungen vorgenommen. —

Die Inquirenten veranlaßten eine Aufforderung der Damnifikaten in den öffentlichen Blättern, wodurch ihnen denn 47 Stück mit Kupferpfennigen, sechspfennigstücken, Zahlpfennigen, Bleiplatten und Schrot, verfälschte Beutel zukamen.

Die Summe des Defekts beläuft sich auf 8342 Rthlr. 16 Gr. 4 Pf.

Inquisitin hat indessen die Verfälschung dieser sämtlichen Beutel nicht zugestehn wollen, sondern die Verfälschung nur auf 4308 Rthlr. 3 Gr. eingeräumt.

Sie gesteht zu:

- a) 28 Beutel verfälscht,
- b) 25 davon verbreitet, und
- c) 8 von diesen mit falschen Etiquetten und Siegeln versehen zu haben, wobei sie sich eines Amalgams bedient habe.

Sie leugnet, von den Verfälschungen der übrigen einige Wissenschaft zu haben, und ein Anderes hat ihr nicht bewiesen werden können.

Nach vorgängig von mir geführter Vertheidigung erkannte die Kriminaldeputation des Kammergerichts unterm 23. Jul. d. J.;

Dafs die geschiedene Ehefrau des Schutzjuden Kaspar Jakob geborne Hindchen Meier, wegen Verfälschung mehrerer Kassenbeutel, mit zwanzigjähriger Zuchthausstrafe nebst einer, ihrer körperlichen Leibesbeschaffenheit angemessenen Züchtigung am Anfang und Ende ihrer Strafzeit salva Fama zu belegen,

des Schutzprivilegii für unwürdig und verlustig zu erklären, und nach ausgestandener Strafe des Landes auf immer zu verweisen.

Inquisitin hat dagegen binnen Ordnungsfrist sich auf das Rechtsmittel der weitem Vertheidigung berufen, und ihre Beschwerden darin gesetzt:

- 1) dafs sie mit zwanzigjähriger Zuchthausstrafe belegt,
- 2) diese durch Willkommen und Abschied geschärft,
- 3) sie des Schutzprivilegii für verlustig erklärt, und
- 4) nach ausgestandener Strafe des Landes verwiesen werden soll.

Sie hat, weder wegen Vervollständigung der Untersuchung, noch wegen Instruktion eines Defensionalbeweises Anträge zu machen; und ich als ihr anderweit erbetener Defensor werde mich daher in gegenwärtiger Schrift blofs darauf ein-

schränken müssen, die Rechtfertigung ihrer Beschwerden in jure zu übernehmen.

Das Erkenntniß voriger Instanz nimmt den Defekt auf 4699 Rthlr. 3 Gr. 11 Pf. an, indem es noch einen Beutel zur Berechnung bringt, welchen die Inquisitin bereits wieder zurückerhalten hatte. Hiernach berechnet es die von der Inquisitin (nach den Grundsätzen vom qualifizirten Betrüge) zu erlegende Geldstrafe auf 9398 Rthlr. 7 Gr. 10 Pf., und substituirt dieser, bei ihrem Unvermögen diese Summe zu erlegen, eine Gefängnißstrafe, deren Grenzen nach dem A. L. R. Th. II. T. XX. §§. 88. 89. von $4\frac{1}{2}$ bis auf $36\frac{1}{2}$ Jahr zu stehen kommen. Bei der Bestimmung des gesetzlichen Strafmaasses berücksichtigt das vorige Erkenntniß:

- a) den Betrug des Publikums und die Schwächung des Kredits,
- b) die Umstände, daß die Beutel in Königl. Kassen eingezahlt, und mit

deren Siegel bedruckt worden, weshalb gleichsam eine Art von Münzverfälschung vorhanden sei,

c) dafs eine Verfälschung der Siegel hinzugekommen, und Inquisitin

d) endlich der Verfälschung der übrigen Beutel verdächtig sei.

Aus diesen Gründen wird die Strafe von zwanzig Jahren angenommen, und die Schärfung des Willkommens und Abschiedes hinzugefügt.

Die Kassation des Schutzprivilegii und die Verbannung gründen sich übrigens auf den Umstand, dafs, während der Untersuchung, über das Vermögen der Inquisitin Konkurs ausgebrochen ist, und man sie für eine fahrlässige Bankerotmacherin geachtet hat, in welchem Falle denn auch nach den Gesetzen deutlich jene Folge, die Kassation des Schutzprivilegii nothwendig eintreten mußte.

Da die Feststellung des Corporis

delicti und die Qualifikation des Geständnisses mir keine Materialien zur Defension gewähren, so muß ich mich auf die Beurtheilung der Gründe einschränken, die das vorige Erkenntniß motivirten. Hiebei kommt es nun ad Gray. I. hauptsächlich darauf an:

A) zu welcher Klasse von Vergehungen das Verbrechen der Inquisitin zu rechnen sei?

B) wie weit die vom Richter erster Instanz in Anschlag gebrachten Verschärfungsgründe diesen Namen verdienen? und

C) endlich, ob die erkannte zwanzigjährige Beraubung der Freiheit, bei der gegenwärtigen Lage der Sache, als ein angemessenes Strafübel betrachtet werden könne?

Ad A.

Schon in meiner, in erster Instanz

für die Inquisitin beigebrachten Vertheidigungsschrift habe ich auszuführen gesucht, daß das Vergehen der Inquisitin bloß nach den Grundsätzen vom qualifizirten Betrüge beurtheilt werden könne; (§. 1328. Th. II. Tit. XX. des A. L. R.) daß der doppelte Betrag des gesuchten Gewinns die Strafe abgebe, welche die Inquisitin zu fürchten habe, und daß der Erlegung dieses doppelten Gewinns, bei ihrem Unvermögen, eine verhältnißmäßige Gefängnisstrafe zu substituiren sei (§. 85.) Der Richter erster Instanz hat dieses Prinzip angenommen, und berechnet, daß die Grenzen des die Inquisitin treffenden Straf-übels zwischen $4\frac{1}{2}$ und $36\frac{1}{2}$ jährigem Gefängnisse mitten inne liegen. Ich habe hierbei in Thesi nichts zu erinnern, da ich diese Sätze für völlig gesetzmäßig halte: allein

Ad B.

der Richter erster Instanz scheint mir

aber zu weit gegangen zu sein, wenn er den im vorliegenden Rechtsfalle eintretenden Umständen ein solches Gewicht beilegte.

I.

Dafs die Inquisitin einen Betrug des Publikums beabsichtigte, kann freilich an sich so wenig geleugnet werden, als dafs dieser Umstand, nach Vorschrift des A. L. R., eine Verschärfung der Strafe nach sich ziehen müsse. Allein dieser Betrug des Publikums ist keinesweges von so grossem Umfange, als es bei dem ersten Anblicke scheint. Nicht alle, durch deren Hände solche Beutel gingen, waren wirklich bevorthellt, sondern nur die wenigen, welche diese Beutel empfangen, und keinen Ersatz wiedererhalten konnten. Der öffentliche Kredit hat im Grunde gar nichts gelitten. Der Schaden, der durch die Beutelverfälschung demselben zugefügt worden ist, besteht nicht in einem wirklichen Verlust,

sondern bloß in der Entstehung der Unbequemlichkeit, daß jeder Empfänger einer Zahlung aufgezählte Münze, nicht Kassenbeutel verlangt. Hiezu kommt nun aber noch der Umstand, daß Inquisitin die sämmtlichen in Kurs gekommenen Kassenbeutel nicht allein verfälscht hat, sondern noch andre Personen dazu mitgewirkt haben, mit deren Verbrechen sie keine Gemeinschaft hatte.

Keinesweges kann man also, nach den Gründen des vorigen Erkenntnisses, eine Verschärfung von gleichem Grade eintreten lassen, als es nach §. 1442 bei Vermengung oder Versetzung der zum Verkauf bestimmten Lebensmittel und Waaren der Fall sein soll. Hier spricht das Gesetz ausdrücklich nur von Waaren, deren Begriff bei dem Mangel einer legalen Bestimmung doch nur dahin festgesetzt werden kann, daß solche Sachen darunter zu verstehen seien, welche von Kaufleu-

ten oder Handeltreibenden Personen gegen
 baares Geld umgesetzt zu werden pflegen.
 Nun ist aber der Gehalt eines Kassenbeu-
 tels nicht Waare, sondern wirkliches
 baares Geld, wobei nur das Besondere
 stattfindet, daß der Empfänger sich Statt
 des Aufzählens auf die Bezeichnung des
 Etiketts verläßt.

Hiezu ist er indessen keinesweges ge-
 nöthigt, sondern er kann allemal darauf
 bestehen, daß der Beutel geöffnet, und
 dessen Inhalt ihm vorgezählt werde. Der
 Empfänger muß hier in der Regel auf
 Treue und Glauben handeln, und da dies
 bei Kassenbeuteln anders ist, so fällt auch,
 meines Erachtens, der Grund weg, vermit-
 telst einer extensiven Analogie jenes Ge-
 setz auf den vorliegenden Fall anzu-
 wenden.

2.

Es ist anscheinend sehr erheblich,
 daß die verfälschten Beutel in Königlichen

Landeskassen eingezählt, mit deren Siegel bedruckt, und von der Inquisitin verfälscht sind, aber auch hierauf kann bei genauer Erwägung wenig einkommen.

Es ist gleichgültig, welche Form, durch das Reskript vom 19ten April 1774, den Kassenbeuteln beigelegt worden sei, da dasselbe nur als eine Instruktion für Königliche Kassen, keineswegs aber als ein öffentliches Landesgesetz anzusehn ist; und es ist eine irrige Voraussetzung, daß Kassenbeutel mit baar aufgezählten Geldern gleichen Werth haben sollten.

Zwar sagt die Depositalordnung vom 15ten September 1783 Tit. II. §. 65.

„Wenn baare Gelder, welche in
 „Münz- oder andern Kassenbeuteln,
 „die mit einem Kassensiegel und
 „Kassenmäßigem Etiket versehen,
 „und an den Siegeln und Näthen
 „nicht verletzt sind, deponirt wer-
 „den sollen; so werden sie bloß

„nach dem Gewichte übernommen,
„und es bedarf keiner Zuzählung.“

Ich übergehe aber die Auslegung dieser Gesetzstelle, woraus sich noch allenfalls ableiten liesse, daß die unbedingte Annahme keinesweges Statt finden, sondern die Zuzählung nur alsdann ausgesetzt werden solle, wenn die Beutel nach gehörig angestellter Prüfung richtig befunden worden. Gesetzt indessen auch, diese Vorschrift legte den Kassenbeuteln unbedingt den Werth des baaren Geldes bei: so kann die Inquisitin doch nicht darnach beurtheilt werden, da sie dieses Gesetz nach der Einleitung der gedachten Depositatordnung

nur dann zu kennen schuldig war, wenn sie bei einem Gerichte etwas suchen, oder betreiben wollte. War dies nun aber nicht der Fall, so kann auch hierauf nichts weiter ankommen, besonders da die Depositatordnung in dem angeführten Pa-

ragraphen nur eine Anweisung für die Gerichte enthält.

Desto auffallender ist es aber, wenn, nach dem vorigen Erkenntnisse, die Vorschriften des A. L. R. Th. II. T. XX. §. 1381 und 267 wegen Falschmünzens auf die Inquisitin Anwendung finden sollen.

Ein Kassenbeutel ist so wenig eine Münze, als ein Geldgleiches Papier, sondern blos ein Mittel, eine Summe Geldes aufzubewahren, deren Quantum auf dem angehängten Etiket vermerkt ist. Dieses Etiket kann öffentlichen au porteur lautenden Papieren um so weniger gleichgeachtet werden, als bei einem Kassenbeutel der Empfänger sich auf der Stelle von dessen Richtigkeit durch Eröffnung überzeugen, bei au porteur lautenden Papieren aber dieses erst mit Sicherheit durch Präsentation bei der angewiesenen Behörde geschehen kann.

3.

Es kann auch allenfalls die Moralität der Inquisitin zwar im schlimmern Lichte darstellen, nicht aber als ein wirkliches eignes Verbrechen oder als ein merklicher Verschärfungsgrund angesehen werden, wenn sie die Etiketten verfälschte, und falsche Siegel anlegte.

Das einzige hieher gehörige Gesetz, der §. 1387, spricht nur von Urkunden, und dahin kann man doch ein bloßes Etiket niemals rechnen. Hier ist nemlich die Aufklebung des falschen Etikets auf einen verfälschten Beutel nur ein (nicht außerordentlich) sträfliches Mittel zu einem verhrecherischen Zwecke gewesen, und man thut gewiß nicht zu wenig, wenn man der Inquisitin den bisher erlittenen Arrest um deswillen zur Strafe anrechnet.

4.

Im härtesten Falle läßt sich aber we-

nigstens der Grund des vorigen Erkenntnisses nicht rechtfertigen;

dass Inquisitin eine besonders harte Strafe zu erwarten habe, weil sie auch der übrigen Verfälschungen verdächtig sei.

Inquisitin hat nirgends eingeräumt, an den von ihr nicht rekognoszirten Beuteln Verfälschungen vorgenommen zu haben, und es bleibt mir daher in der That unerklärbar, wie man aus diesem Umstande ein Argument hernehmen konnte, die Strafe der Inquisitin zu verschärfen, da es an allen Anzeigen fehlt, die sie dieser Verfälschungen verdächtig machten. Der einzige Umstand, der hier in Anschlag kommen könnte — dass sie ähnliche Verfälschungen vornahm — ist augenscheinlich hiezu nicht hinreichend; und es scheint, wenigstens mir, einleuchtend, dass die Inquisitin in Ansehung der von ihr nicht rekognoszirten Beutel im härte-

sten Falle von der gegenwärtigen Untersuchung freizusprechen sei. —

Ad C.

Gesetzt nun aber, man wollte nach den in dem Erkenntnisse erster Instanz angenommenen Gründen, auch in dieser Instanz der Meinung sein, daß die Inquisitin nach den Grundsätzen vom qualifizirten Betrüge, mit Rücksicht auf die so eben beleuchteten Umstände, besonders hart zu bestrafen sei, so getraue ich mich dennoch auszuführen:

daß sie ein weit gelinderes, als das in dem Erkenntnisse erster Instanz festgesetzte, Strafübel verwirkt habe.

Es ist unstreitig ein Grundsatz jeder soliden Gesetzgebung, Verbrechen / von gleicher Strafbarkeit möglichst gleiche Strafen zuzumessen, und dieser Grundsatz muß dem Richter nicht minder heilig sein.

Neben dem Betrüge steht der Diebstahl als ein verwandtes Verbrechen; und hier nehme man einen Diebstahl, — einen Raub, wodurch Millionen verlohren gingen, setze ihn mit der Beutelverfälschung in eine Parallele, und man wird das Resultat finden: das Inquisitin bei einem solchen Verbrechen weit besser gefahren sein würde.

Einem erleuchteten Richter überlasse ich es, die weitere Vergleichung beider so verwandten Verbrechen, (die so ungleiche Folgen haben,) auszuführen, und bemerke nur beiläufig, das sie, meines Erachtens, bei Bestimmung der Strafe allerdings Rücksicht verdient.

Allein abgesehen hievon, so ist doch das Verhältniß, nach welchem der vorige Richter Zuchthausstrafe der Geldstrafe substituirt, gewiß nicht passend. Das A. L. R. setzt §. 88. eine Geldstrafe von 5. Thalern mit achttägiger Gefangenschaft in:

Gleichgewicht, aber diese Bestimmung kann in einem Falle nicht angewendet werden, wo von einer so langwierigen Beraubung der Freiheit die Rede ist. Das Gesetz hat nur den Fall vor Augen, wo Gefängnißstrafe in Geldbusse verwandelt wird. Umgekehrt schreitet man auf der Leiter der Strafen von einer gelindern zu einer härtern, und ist also härter, als das Gesetz es voraussetzt.

Welch eine niederschlagende Bemerkung muß es für einen Verbrecher sein, wenn er seine Freiheit wohlfeiler angeschlagen sieht, als die eines andern, und welche Härte liegt in der Bestimmung jenes Erkenntnisses!

Der Urteilsverfasser vergaß aber bei dem §. 88. und 89., daß diese Gesetze nur von einer Vergleichung zwischen Geldbusse und Gefängnißstrafe handeln, zwischen Gefängniß- und Zuchthausstrafe aber ein außerordentlicher Unterschied

stattfindet. Hier muß jenes Verhältniß zum Besten der Inquisitin geändert werden, und ihr allerdings eine erhebliche Milderung zu Statten kommen.

Nimmt man nun noch hinzu, daß ihre individuelle Lage, die Verschwendung ihrer Söhne, und ihre dadurch vermehrten Bedürfnisse einen großen Reiz zu dem jetzt vollführten Verbrechen enthielten, so glaube ich rechtlich dahin antragen zu können,

daß ihre Strafe um ein Beträchtliches gemildert werde,

Ad Grav. II.

sind meines Erachtens keine Gründe vorhanden, die Inquisitin mit Willkommen und Abschied zu belegen, da keines von den Gesetzen, die, nach meiner bisherigen Ausführung, die Entscheidung motiviren können, diese Züchtigung vorschreibt. Wäre dies aber wirklich der Fall, so muß

Inquisitin schon um desswillen mit dieser Züchtigung verschont werden, weil ihre schwächliche Gesundheit sie nicht verstat-
tet. Schon in dem zur Unterredung mit
der Inquisitin angesetzten Termine habe
ich deshalb die nöthigen Anträge gemacht,
und ich muß nochmals hiebei dahin an-
tragen:

dafs vorläufig eine Untersuchung
ihrer Gesundheitsumstände durch
den Physikus verfügt werde,
wenn nicht schon ohnehin jene Züchti-
gung für unstatthaft erachtet werden
sollte.

Ad Grav. III.

Wenn Inquisitin nun des Schutzpri-
vilegii für verlustig erklärt werden soll,
so läßt sich hiezu kein andrer Grund an-
geben, als der, dafs sie für eine sträfliche
Bankerotmacherin zu erachten wäre.

Die Strafe des Bankerots setzt aber allemal doch die Untersuchung, daß ein Bankerót vorhanden sei, voraus, und eine solche Untersuchung ist noch nicht verhängt. Aus der bloßen Konkursöffnung folgt sie um so weniger, als die Inquisitin durch ihre Kassenbeutelverfälschungen ihren Vermögensverfall nicht verursacht haben kann, mithin sich noch nicht absehen läßt, ob sie des *beneficii Cessionis bonorum*, wenn sie darauf antragen wollte, für verlustig erachtet werden könnte.

Ad Grav. IV.

Findet man mein *Raisonnement* bei dem vorigen Punkte gegründet, so folgt von selbst, daß die Verbannung der Inquisitin, als eines Landeskindes, unstatthaft ist; und ich kann also auch hier, so wie bei den vorigen Beschwerden, dahin antragen:

dass die Punkte des Erkenntnisses,
wogegen sie gerichtet sind, gänzlich
aufgehoben werden etc.

M**

Der Oberappellationssenat des Kammergerichts hat das
Erkenntnis erster Instanz bestätigt.

St.

IV.

DEDUKTION

FÜR DAS FELDKRIEGSKOMMISSARIAT
DER RHEINARMEE

A P P E L L A N T E N

IN SACHEN

GEGEN

VIETSCH UND JAKOB

APPELLATEN.

IV.

Deduktion für das Feldkriegskommissariat der Rheinarmee Appellanten in Sachen gegen Vietsch und Jakob Appellaten.

Die Entscheidung der Frage:

sind die Appellaten und Kl. berechtigt, von dem appellantischen Feldkriegskommissariat den Ersatz des Schadens zu verlangen, den sie durch den Landtransport der 3000 Wispel Mehl, deren Lieferung von ihnen durch den Entreprisekontrakt vom 24sten November 1794 übernommen worden, angeblich erlitten haben?

macht die Untersuchung der Präjudizialfrage:

nach welchen Gesetzen müssen die Verbindlichkeiten und Befugnisse beider Theile beurtheilt werden?

nothwendig. Die Kl. und Appellanten gründen ihre Befugnisse auf den Lieferungsvertrag vom 24sten Nov. 1794. Weil dieser zu Offenburg geschlossen ist, und dort das *Jus commune Romanum* gilt, so glauben sie, daß die Vorschriften des gemeinen Römischen Rechts hier zur Anwendung kommen müssen; denn sie unterscheiden nicht; ob ein Landesherr, *qualis*, oder ob er als *privatus* kontrahirt? ob er einen *Contractum publicum* über Landes- und seiner Armeebedürfnisse schließt, oder ob er für sich eine Uhr kauft? Einen solchen bekannten Unterschied kennen sie nicht, und darin liegt die erste Quelle ihres Irrthums.

Es ist einleuchtend, daß des Königs

Majestät nicht in der Person eines privati, sondern als ein souverainer Landesherr mit ihnen kontrahiren lassen. Denn der Gegenstand des Vertrages betrifft nicht seine Privat- und persöhnlichen Bedürfnisse, sondern die Verpflegung seiner Armee, die vor dem Feinde stand, mit dem er einen öffentlich erklärten Krieg führte. Der Vertrag ward auch mit den Kl. von einem landesherrlich angeordneten Institut, nemlich dem Feldkriegskommissariat der Rheinarmee geschlossen, mithin kann es gar nicht bezweifelt werden, daß sich die Kl. mit des Königs Majestät als König auf das Lieferungsgeschäft eingelassen haben. Haben sie in dieser Eigenschaft mit ihm kontrahirt, so folgt auch eo ipso daraus, daß der qu: Kontrakt nach den Grundsätzen des Preussischen Rechts beurtheilt werden muß. Denn

[1.]

wird kein regierender Fürst dadurch, daß

er sich in das Gebiet eines andern Landes-
herrn begiebt, diesem unterworfen; viel-
mehr behält er nach wie vor, sowohl
nach dem teutschen Staats - als nach dem
allgemeinen Völkerrechte, alle seine Prä-
rogativen und Independenz bei, dafern er
sich nicht ausdrücklich der Landeshoheit
und Gerichtsbarkeit des fremden Fürsten
unterwirft. Dies gilt besonders dann,
wenn er mit Vorwissen und Genehmigung
des fremden Fürsten in dessen Landesge-
biet eintritt. Gleiche Vorzüge mit ihm
geniessen auch seine Gesandten und sein
ganzes Gefolge. Zu dem Gefolge eines
Kriegführenden Fürsten gehören aber un-
streitig auch dessen Armee und die zu
deren Verpflegung gehörigen Anstalten:

„Princeps coram domino territorii a-
„lienī stare jusque ab eo accipere non te-
„netur, quia pari in parem nulla competit
„jurisdictio, nisi se eidem submiserit; et etsi
„princeps auctoritatem non habeat, digni-

„tatem tamen retinet extra territorium.
 „Sed et circa distinctos casus distincte nos
 „expediamus, interesse credimus: an prin-
 „ceps in alienum territorium se conferat
 „volente domino, an eo ignorante, an de-
 „mum eo invito? Primo casu facile om-
 „nium jurium exercitium principi advenae
 „relictum videtur, quod cum jure domini
 „territorii unquam compatibile esse potest,
 „cum certe non praesumendum, quod do-
 „minus territorii omnem ipsi auctori-
 „tem potestatemque voluerit detractam qui
 „bona ipsius pace illud intravit; immo
 „quod potius amicabiliter eum excipiendo,
 „favorabili quadam interpretatione, ut ple-
 „nissima dignitate instructus veniret, conces-
 „sisse praesumatur. Regulariter ei, cui
 „transitus per certum territorium patet,
 „quoque ius angariarum et perungariarum
 „ad usum belli spectans competit.“

Stryk. D. Vol. II. D. I. c. I.

Cramer Opusc. T. 10. Obs. 24. u. 25.

Moerl. de jure principum. Ex. 22.

p. 212 — 13.

Fritsch de transit. milit. §. 12.

„Tacita concessa esse videtur jurisdic-
 „tio extra territorium, si quando princeps
 „alium principem ad se invitaverit, vel
 „suum territorium ingredi passus fuerit,
 „tunc enim ei omnem potestatem in suos
 „tutam et illibatam reliquisse videtur.
 „Huc pertinent exempla legatorum ac prin-
 „cipum, qui in alieno regno commorati
 „sunt et tamen jurisdictionem in suos exer-
 „cuerunt.“

Stavinsky in D. de jurisdic. ex-
 tra territ. § 10.

Seger de vilegum et decret. alieno. §. 4.

Kommt der auswärtige Souverain als
 Bundesgenosse zu uns, so werden seine
 Rechte durch Bündnisse oder Herkommen
 bestimmt. In zweifelhaften Fällen wird
 seine Unabhängigkeit vermuthet, besonders

wenn er an der Spitze seines Kriegsheeres steht.

Scheidemantel allgem. Staatsrecht §. 228.

Dadurch, daß der Oberherr eines Staats das Gebiet eines andern betritt, wird er keinesweges dessen obrigkeitlicher Gewalt unterworfen, sondern er bleibt independent.

v. Grape Untersuchung der Frage: ob der Souverain eines Staats der Souverainität desjenigen unterworfen sei, in dessen Staat er sich befindet? §. 18. 32.

Nach allgemeinem Völkerrechte genießt also der Landesherr, auch außer seinem Lande, das *jus plenae extraterritorialitatis* und dies steht auch sogar seinen Werbern zu.

v. Steck Ausführungen politischer und rechtlicher Meinungen B. IX.

Auch das teutsche Staatsrecht begünstigt den Rechtssatz:

„Status imperii hoc iure inter se uti,
 „ut in hospites et diversantes inter se ob
 „parem eminentiam, in eorum personas,
 „familiam, famulitium et bona, quicquid
 „eorum secum habent, nullum sibi arro-
 „gent jus, nisi hostium personam induerint.“

Cramer opusc. T. IV. obs. 24. 25.

Horn de iure publ. §. 57.

Cocceji introd. ad Grot. D. 12.

L. 7. c. 8. S. 1.

Da nun des Königs Maj. als Mitstand des teutschen Reichs den Krieg gegen Frankreich geführt hat, er als Bundesgenosse in die mitständischen Lande gekommen ist, und diese ihn als solchen, praevia requisitione dem Reichsherkommen und der Kaiserl. Wahlkapitulation Art. IV. §. 15. gemäß, aufgenommen haben, so waren sie auch verpflichtet, ihn als einen

independenten Souverain zu behandeln, und eine solche Behandlung ist ihm auch von ihnen widerfahren; denn sie erlaubten ihm nicht allein den Durchmarsch und die Winterquartiere in ihren Landen, sondern sie ließen auch alle Bedürfnisse seiner Armee als Fürstengut zollfrei passiren, und verstatteten ihm, nach den von ihm vorgeschriebenen Kriegsartikeln seine in ihrem Gebiete stehenden Truppen zu behandeln. Er übte also über alles dies und über alles, was zu seiner Armee gehörte, auch in fremden Landen seine Hoheitsrechte aus; die fremden Staaten betrachteten ihn als einen unabhängigen Fürsten, und da sie sich keine Jurisdiktion über ihn angemast haben, und anmassen durften, so blieb er, auch in ihren Landen, nur seinen eignen Gerichten und Gesetzen unterworfen; mithin kann er auch nur in seinen Gerichten belangt, und nach seinen Gesetzen, nemlich nach Vor-

schrift des A. L. R., welches schon vor Schließung des Kontrakts vom 24. Nov. 1794 durch das Patent vom 5. Febr. 1794 im Lande eingeführt war, gerichtet werden, und dem müssen sich die Kl. um so mehr unterwerfen, weil sich das Appellantische Kommissariat den fremden Gesetzen nicht submittirt hat, auch dazu gar nicht auktorisirt war; weil ferner die Kl. dadurch, daß sie Preussische Entrepreneurs wurden, auf die Dauer ihres Kontrakts in Preussische Dienste traten, und als Offizianten des Kommissariats betrachtet werden müssen, die nach keinen andern, als den Preussischen Gesetzen behandelt werden können, besonders da der Hauptentrepreneur Vietsch ein Preussischer Unterthan und auf ihn vorzüglich reflektirt ist, weil er als Unterthan durch die Landesgesetze gezwungen werden konnte, den Kontrakt in allen Stücken zu erfüllen. Mit Gewissheit kann man also unter die-

sen Umständen annehmen, daß beide Theile keine andere als die Absicht gehabt haben, sich in ihrer Kontraktsangelegenheit den Preussischen Gesetzen zu unterwerfen: und wenn auch hieran noch zu zweifeln wäre, so muß doch dies de Jure präsumirt, und der Kontrakt nach unsern Landesgesetzen beurtheilt werden.

Stryk de cant. contr. S. r. c. 4. §. 2.

Menoch, consil. 744. §. 11.

Die Appellanten beziehen sich zwar auf die Vorschriften der A. G. O. und des A. L. R. und wollen selbst aus diesen beweisen, daß die Verpflichtungen des Fiskus nach den zu Offenbach geltenden Gesetzen beurtheilt werden müssen; allein jene reden bloß von dem Foro Contractus; dieses findet aber nur dann Statt, wenn der zu belangende Kontrahent da, wo der Kontrakt geschlossen ist, sich aufhält.

A. G. O. 1 Th. 2 T. §. 150.

und dies ist auch dem Juri communi
gemäfs.

L. 19. ff. §. 2. de jud.

Von dem Foro ist hier aber gar nicht
die Rede. Das A. L. R. rechtfertigt aber
den Wahn der Appellanten nicht; denn
da der Landesherr keiner fremden Hoheit
unterworfen war, ob er gleich im Auslan-
de stand und kontrahiren liefs, so mufs
Respectu seiner, weil er auch im Aus-
lande den Fürsten in seinen Staaten vor-
stellte, der Kontrakt als solcher angesehen
werden, der in seinen eignen Landen ge-
schlossen ist.

Es kommt aber gar nicht auf die
Frage an, nach welches Ortes Gesetzen
die Befugnisse und Verbindlichkeiten bei-
der Theile beurtheilt werden müssen?
indem die Appellaten weder durch das
Jus commune, noch durch das Pr. A.
L. R. ihren eigennützigen Zweck errei-
chen können. Denn

1) haben sie in Term. den. 30. Mai d. J. selbst gestanden, dass mit ihnen über den Transport des Mehls gar nicht kontrahirt worden. Sie sagen nemlich darinn;

der etc. habe ihnen geantwortet, das Kommissariat wolle und könne sich mit dem Transport nicht befassen.

Auch ist im Kontrakt selbst des Transports mit keinem Buchstaben erwähnt, und über diesen mit ihnen gar nicht, sondern nur allein über das Mehl selbst, und über die Pack- und Verpackungskosten zum Behuf eines weiten Transports von Frankfurth kontrahirt worden.

Aus dem Kontrakte können sie also kein Recht zum Ersatz der grössern Transportkosten herleiten: und da sie kein anderes Fundamentum agendi angegeben haben, das appellantische Kommissariat ihnen auch, nach Schliessung des qu. Vertrages, die grössern Kosten weder zugesagt

hat, noch zusagen durfte; so fällt schon deshalb nicht nur ihre ganze Forderung weg, sondern auch der Streit über die Anwendung der Römischen oder Preussischen Gesetze, gewinnt dadurch auf einmal sein Ende. Denn ist im Kontrakt über die Transportkosten nicht paciszirt, so kann aus diesem natürlicher Weise auch keine Entscheidung genommen werden; mithin ist es ein ganz unnützes Geschäft, darüber zu grübeln und zu hadern; nach welches Ortes Gesetzen der Kontrakt zu beurtheilen sei?

2) Eben so unbedeutend ist auch der Streit darüber; ob beide Theile beim Kontrahiren einen Land- oder Wassertransport vorausgesetzt haben? Das Kommissariat mag immerhin geglaubt haben, daß die Kl. das Mehl aus der Ferne holen, und zu Wasser nach Frankfurth bringen wollen; daraus folgt aber keinesweges seine Verbindlichkeit, die Kosten des nachher et-

wann vorgenommenen Landtransports zu tragen; denn über die Transportkosten war gar nicht kontrahirt, folglich sind die Voraussetzungen über die Art des Transports für die Kontrahenten ohne alle Folgen und an sich ohne Einfluss; besonders da selbst dann, wenn über den Transport mit kontrahirt worden wäre, doch nur die Kl. allein die mehrern Kosten tragen müssten; denn jeder Entreprisekontrakt ist ein Vertrag auf Gewinn und Verlust, ein wahrer *Contractus Aleae*; dergleichen Verträge lassen aber den Einwand der Verletzung über die Hälfte — den die Kl. selbst nicht einmal angebracht haben, ob er gleich nur der einzige scheinbare Klagegrund sein könnte — nicht zu.

L. 2. Cod. de rescind. emt. vendit.

Struve Gemeines teutsches Privatrecht 1. B. 2. Abs. §. 210.

A. L. R. 1. Th. XI. T. §. 69. u. 987.

Ist das Zufrieren der Ströme an sich eine ganz gewöhnliche Naturbegebenheit und die Appellaten können theils dieserhalb, theils, weil sie erst zur Wintersonnezeit, nemlich am 24sten Nov. 1794, den Kontrakt geschlossen, und die Entreprise übernommen haben, sie mithin nicht mit Gewissheit auf die Vortheile der Wasserfahrt rechnen konnten, vielmehr mit eben so vieler und noch mehrerer Wahrscheinlichkeit das Gegentheil zu vermuthen Ursache hatten — den eingetretenen veränderten Zustand der Dinge nicht als solchen anführen und benutzen, der ihnen den Zurücktritt vom Kontrakt erlaubt hätte; denn soll die *Mutatio Rerum* diesen Effekt bewirken, so muß sie sowohl nach Preussischem als nach Römischen Rechte so beschaffen sein, daß sie *Tempore Contractus* gar nicht gemuthmasset werden konnte, sondern sie muß durch

einen nachher unvermuthet eingetretenen
Zufall herbeigeführt sein.

A. L. R. 1. Th. 5. T. §. 369. 373.

3. T. §. 6.

Hellfeld Jurispr. for. L. II. T. XIV.

§. 316.

l. 8 et 10 C. de revoc. donat. —

l. 3 C. loc.

Leyser spec. 40 m. 4.

Nettelbl. Jurispr. pos. gen. L. 1.

S. 4. §. 388.

Cocceji de claus. reb. sic stant.

T. II. n. 15. 3.

Ueberdem aber machte das Gefrieren
des Maynstroms die Mehllieferung
selbst nicht, sondern nur den Wasser-
transport, worüber nicht kontrahirt war,
unmöglich, und durch den Zugang des
Mayn ward bloß die Ausführung der
Entreprise erschwert: dadurch kann
aber kein Vertrag aufgehoben werden,

A. L. R. I. Th. 5. T. §. 374. II. T. §. 982.

und diese Vorschrift ist selbst dem *Juri communi* gemäß, da auch dieses nur dann den Rücktritt zuläßt, wenn die Erfüllung eines Versprechens durch die Veränderung des nemlichen Zustandes unmöglich geworden ist: denn dasselbe vertheidigt bloß den Satz:

ad impossibilia nemo obligatur

Kopp. D. de claus. reb. sic. stant. §. 16.

4.

Wäre aber endlich auch wirklich über den Transport von beiden Theilen kontrahirt; wäre wirklich das Zufrieren der Ströme *Tempore Contractus* nicht zu vermuthen gewesen, und durch diese Naturbegebenheit der *Status Rerum* wider jedes Erwarten verändert worden; so würden Appellaten allerdings befugt gewesen sein, von dem geschlossenen Vertrage wieder abzugehen, und denselben nicht zu erfüllen; ein solcher Rücktritt setzt aber, seiner Natur nach, einen noch

nicht erfüllten Vertrag voraus, und der Fall ist hier nicht vorhanden; denn beide Theile streiten nicht über die Befugniß, von einem noch nicht erfüllten Vertrag abzugehen, sondern die Appellanten fordern

für einen schon vollständig erfüllten Vertrag,

bei dem sie mehr zugesetzt haben, als sie vermuthet hatten, eine Entschädigung, und diese gebührt ihnen *de jure* nicht; denn das Wesen der *Clausulae Reb. sic stant.* bringt es schon mit sich, daß der Kontrakt, der durch sie aufgehoben werden soll, noch nicht erfüllt sein muß, und ihre Wirkung besteht bloß darin, daß durch sie der eine Kontrahent von der noch schuldigen Erfüllung befreiet werden soll.

l. 6. C. de C. E.

Westphal von Kauf- und Pachtverträgen, I. Th. 1. H. II. C. 7. S. §. 810.

Struben rechtl. Bedenken, II. Th.

80. B. §. 4.

v. d. Muehlen de except. stat.
rei mul.

Nettelbladt l. 4. §. 358.

Claproth jurispr. heuremat. §. 60.

„Vis clausulae reb. sic. stant. in eo
„consistit, ut ab obligatione liberet.

„Sequitur, ut ei locus non sit, si haec jam-

„jam extincta est, quemadmodum aleae

„obligatio exstinguitur, quamdiu id quod

„debeatur, praestitum, seu quod perinde

„est, quamprimum negotium consummatum

„est; ita patet, fieri non posse, ut ejus-

„modi negotia clausulam nostram ad-

„mittant: Cum igitur conventionem admit-

„tant clausulam reb. sic. stant. porro dis-

„quirendum est, qualis ejus sit effectus in

„pactis bilateralibus? Tres vero hic di-

„stinguendi sunt casus, prout pactiones vel

„impletae sunt vel minus. Aut enim ab

„utraq. parte jure impletae sunt, aut

„ab alterutra, aut a neutra. Si primum;
 „clausula quae ad negotia consum-
 „mata non extenditur, nullo modo
 „fundari potest.“

Kopp in D. de claus. reb. sic
 stant. sec. jus civ. §. 33. 38.

Und auch hiemit stimmen die Grundsätze
 des A. L. R. I. Th. 5. T. §. 360. 64. II. Th.
 §. 987. überein.

Da nun

1) die Appellaten die Erfüllung des
 Kontrakts nie verweigert, sie
 vielmehr nach dem Zugange des
 Maynstroms, durch ihre Vorstellung
 vom 8. Jan. 1795, ausdrücklich er-
 klärt haben, dafs sie den Kon-
 trakt pünktlich erfüllen
 wollten;

2) sie dazu auch durch die ihnen er-
 theilte abschlägliche Resolution vom
 11. Jan. 1795, und in Gemäfsheit
 des Kontrakts §. 7. angehalten sind;

- 3) sie ferner nach der erhaltenen abschläglichen Resolution vom 11. Jan. die Erfüllung des Kontrakts fortgesetzt;
- 4) sie ferner die Landfracht bezahlt, ja sogar die dazu von dem Appell. Kommissariat gegebenen Vorschüsse durch Abrechnung erstattet, und ohne allen Vorbehalt über das ihnen bezahlte Entreprisequantum quittirt haben;
- 5) der Kontrakt von beiden Theilen vollständig erfüllt und konsumirt;
- 6) die Vorschrift des A. L. R. I. Th. 5. T. §. 375. vom *judice a quo* ganz unpassend hier zur Anwendung gebracht ist, weil im Kontrakt eine Erfüllungsart weder bestimmt, und noch weit weniger von dem Kommissariat der Wassertransport nach eingetretenem Frost verlangt ist;

so muß ich aus Pflicht und Ueberzeugung darauf antragen:

die Kl. mit ihrer Klage gänzlich abzuweisen, die Kosten beider Instanzen zu kompensiren und in dieser Art das erste Erkenntniß abzuändern. Berlin, den 20sten Dezember 1798.

C**

Hierauf ergieng nachstehendes Appellationserkenntniß, welches ich deshalb mittheile, weil die den Entscheidungsgründen vorangeschickte Geschichtserzählung der vorstehenden Deduktion noch größeres Licht giebt.

St.

In Appellationssachen der Kaufleute Johann Christoph Vietsch und Joel Jakob Kläger, wider das Feldkriegskommissariat der Rheinarmee Verklagte beiderseits Appellanten und Appellaten

Erkennen Wir Friedrich Wilhelm
König von Preussen etc. den ver-
handelten Akten gemäß hiermit für
Recht:

dafs, auf die Beschwerde der Kläger, das
Erkenntniß des Generalauditoriums vom 10.
Apr. v. J. dahin zu verändern:

dafs den Klägern auch die Verzö-
gerungszinsen zu 5 pro Cent vom
23. Mai 1796, als dem Tage der
eingehändigten ersten Klage, zuzu-
sprechen, und das verklagte Kom-
missariat verbunden, diese Zinsen
von der erkannten Entschädigungs-
summe der 95499 Rthlr. 9 Gr.
6 Pf. den Klägern zu bezahlen;
die von dem Kommissariat erhobene Be-
schwerden aber für unerheblich zu ach-
ten, und in Absicht derselben das gedach-
te Erkenntniß lediglich zu bestätigen; das
Kommissariat auch gehalten, die durch
seine Appellation verursachten Kosten den

Klägern nach geschehener Festsetzung zu erstatten, die Kosten der von den Klägern erhobenen Appellation *) aber zu vergleichen.

V. R. W.

Geschichtserzählung und Gründe.

Die Kauflente Vietsch aus Oels und Joel Jakob aus Kaiserslautern schlossen am 21. Nov. 1795 zu Offenbach mit dem Feldkriegskommissariat einen schriftlichen Kontrakt, durch welchen sie sich anheischig machten, 1200 Wspl. Roggeumehl für einen bestimmten Preis an das Mehldepot in Frankfurth am Mayn abzuliefern, und zwar die eine Hälfte binnen 4 Wochen vom Tage des Kontrakts. Zugleich ward festgesetzt, daß, im Fall das Kommissariat gegen Ende des Monats Dezember noch 1800 Wspl. Roggenmehl verlangen würde, diese in dem darauf fol-

*) Welche die Verzögerungszinsen zum Gegenstande hatte.

genden Januar auf gleiche Art geliefert werden sollten,

Es beruhet außer Streit, daß beide Quantitäten Mehl kontraktmäßig geliefert sind, und dafür von dem Kommissariat der bestimmte Preis bezahlt ist. Der Transport dieses Mehls hat indess nicht zu Wasser geschehen können, weil schon in der Mitte des Dezembers die Schiffarth bei Mainz durch den Frost unterbrochen gewesen ist.

Es mußten, da die Unterhaltung der Armee davon abhing, mit beträchtlichem Kostenaufwande Fuhren verdungen werden, und selbst das Kommissariat traf dazu Veranstaltungen. So entstand gleich damals die Frage:

wer muß die Differenz der Kosten zwischen dem Wasser- und dem Landtransport tragen?

Die Lieferanten baten schon unterm 8ten Januar 1795 bei dem Kommissariat

um den Ersatz jener Differenz; sie wurden zwar abschriftlich beschieden, beschwerten sich aber bei dem Generallieutenant v. Geusau, welcher von dem Kommissariat darüber Bericht erforderte: ob die Lieferanten, der Billigkeit nach, eine Entschädigung verlangen könnten, und auf wie hoch dieselbe zu bestimmen sei. Das Kommissariat gab nun den Lieferanten auf, eine vollständige Berechnung ihres angeblich erlittenen Schadens mit den Beweisen darüber einzureichen. Dies geschah. Der Schade ward auf 127472 Rthlr. 17 Gr. angegeben; das Kommissariat prüfte die Berechnung, machte mehrere Ausstellungen dagegen, und setzte nach eingekommener Beantwortung unterm 18. September 1795 die den Lieferanten zukommende Vergütung auf 95499 Rthlr. 9 Gr. 6 Pf. fest.

Das Kommissariat berichtete zugleich an den etc. Geusau und gab sein Gutachten dahin ab:

dass, in Rücksicht der billigen Preise, wofür die Kaufleute Vietsch und Jakob geliefert, und bei dem ausserordentlichen Zufalle, dass der Mayn zugefroren gewesen, ihnen eine Entschädigung wohl zustehe.

Es bemerkte zugleich:

1) dass, bei den Preisen des Mehls, auf den eingetretenen ausserordentlichen Fall, dass der Maynstrom, welcher mehrere Jahre hindurch nicht zugefroren gewesen, so frühzeitig gefrieren und unschiffbar werden würde, nicht die mindeste Rücksicht genommen werden können;

2) dass die Lieferanten, bei dem sie betroffenen Missgeschicke, durch Anstrengung und Aufopferung sich alle mögliche Mühe gegeben hätten, ihrem Engagement möglichst nachzukommen, und einen, den

Königl. Truppen durch Mangel der Wassertransporte beinahe unvermeidlich bevorgestandenen, Mangel zu verhüten;

- 3) dafs schon der blofse Landtransport, ohne die übrigen Nebenkosten, nach einer mit den Attesten der Bankiers Willmer und Metzler belegten Nachweisung, 156946 Rthlr. 6 Gr. 9 Pf. betragen haben würde, und dafs, nach der pflichtmäßigen Uezeugung des Kommissariats, die Lieferanten bei der nachgesuchten Entschädigung nicht den mindesten Gewinn haben können.

Aus diesen Gründen trug auch der etc. v. Geusau, in seinem Berichte vom 28. Okt. 1795, bei des verstorbenen Königs Maj. dahin an, den Lieferanten die vom Kommissariat auf 95499 Rthlr. 9 Gr. 6 Pf. ermäßigte Entschädigung zu bewilligen.

Die Lieferanten hatten nachher unterm

13. Febr. 1796 bei dem Generalauditoriat

a) die eben gedachten 95499 Rthlr. 9 Gr. 6 Pf. und

b) von dem Ueberrest der 31973 Rthlr. 17 Gr. 4 Pf. die Summe von 16261 Rthlr. 16 Gr. 9 Pf.

beides mit Verzögerungszinsen zu 5 pro Cent eingeklagt.

Von der letzten Summe ist gegenwärtig nicht mehr die Rede. Das vorige Urteil hat die Kl. damit zur besonderen Ausführung verwiesen, und sie haben sich dabei beruhigt; die dagegen vom Commissariat erhobene Beschwerde aber verdient keine rechtliche Rücksicht, weil dem Commissariat durch die Verweisung ad separatum noch nichts aberkannt ist:

Die jetzige Entscheidung hat daher nur die Frage zum Gegenstande:

ob das Commissariat, wie im vorigen Urteil erkannt worden, gesetzmäfsig verbunden sei, den Kln. die

25499 Rthlr. 9 Gr. 6 Pf. zu bezahlen?

Diese muß nach pflichtmäßiger Erwägung des ganzen Zusammenhanges bejahet werden. Es hat auf die Entscheidung wenig Einfluß, ob dabei das gemeine Recht in Teutschland oder die Vorschriften des Pr. A. L. R. zum Grunde gelegt werden; denn auch nach den letztern kann den Kln. die verlangte Entschädigung nicht versagt werden. Doch ist im vorigen Urtheil ganz richtig angenommen, daß im gegenwärtigen Falle das gemeine Recht in Teutschland zur Richtschnur dienen müsse. Der Kontrakt zwischen dem Kommissariat und den Kl. ward am 24. Nov. 1795 zu Offenbach geschlossen, und der eine von den Kontrahenten, der Kaufmann Joel Jakob, war kein Preussischer Unterthan, sondern in Kaiserslautern ansässig. Auf ihn können die Preussischen Gesetze, bei einem außerhalb des Preussischen Staates geschlossenen Geschäfte, durchaus nicht an-

gewendet werden; dies findet aber auch in Absicht des Kaufmanns Vietsch Statt, wenn er gleich ein Preussischer Unterthan war. Ohne auf seine Sozietätsverbindung mit dem Joel Jakob Rücksicht zu nehmen, ist es schon ein allgemeiner Grundsatz des Rechts, daß die Form und Gültigkeit eines Geschäfts nach den Gesetzen des Ortes zu beurtheilen ist, wo das Geschäft geschlossen worden.

A. L. R. Th. I. Tit. 5. §. 111.

Dagegen macht es keinen Einwurf, daß des Königs Maj. damals als Souverain mit der ganzen Armee sich auf dem Kriegstheater befanden, und daß der Kontrakt von dem Kommissariat Behufs der Armee geschlossen ist. War gleich in dieser Lage, sowohl nach dem Völkerrechte als nach dem teutschen Staatsrechte, die Armee und das ganze Gefolge derselben Sr. Maj. eben so unterworfen, als wenn sie sich innerhalb der Gränzen des Preuss.

Staats befunden hätten; konnten gleich einzelne Personen der Armee und des ganzen Gefolges vor keine fremde Gerichtsbarkeit gezogen werden:

Vatel Droits des gens l. 14. Chap. 6.

§. 75. *Einzelne Personen der Armee*

Scheidemantel allg. Staatsrecht. S. 225.

v. Steck Ausführungen politischer und

rechtl. Materien S. 164.

so folgt doch daraus nicht, daß die bürgerlichen Geschäfte der zur Armee gehörenden Personen, wenn sie auf fremdem Gebiete geschlossen sind, dennoch nach Preussischen Gesetzen beurtheilt werden müssen; am wenigsten kann dies alsdann gelten, wenn, wie im gegenwärtigen Falle, der Eine Kontrahent ein fremder Unterthan ist. Für ihn haben die Preussischen Gesetze keine verbindende Kraft; er ist nur verbunden, die zur Armee gehörenden Personen bei ihrem Souverain zu belangen und von dessen Gerichten Recht

zu nehmen; es kann ihm aber nicht zugemuthet werden, bei Bestimmung der rechtlichen Folgen des Geschäfts, Gesetze anzuerkennen, die bei Schließung des Kontrakts für ihn nicht verbindlich waren, und die er vielleicht nicht einmal gekannt hat.

Indessen kommt auf diesen Punkt wenig an, weil das Pr. A. L. R. bei dieser Materie von dem gemeinen Rechte in Teutschland nicht abweicht. Das letzte stellt den Grundsatz auf: bei jedem Vertrage werde stillschweigend vorausgesetzt, daß in der Folge keine erhebliche Veränderungen der Umstände vorgehen; trete aber eine solche Veränderung durch Zufall ein, und sei sie von der Beschaffenheit, daß der Eine Kontrahent, wenn er sie vorausgesehen hätte, den Kontrakt nicht geschlossen haben würde, so sei er an den Kontrakt nicht gebunden, oder wenigstens befugt, Entschädigung zu fordern.

l. 30. pr. ff. de solutionibus.

Wernher P. III. obs. 234.

Hommel Rhaps. obs. 589.

Leyser Sp. 4. m. 4. Sp. 520. m. 5.

Richter dec. 23. n. 2.

Dieser Satz beruht im Grunde auf der allgemeinen Rechtsregel: daß niemand mit dem Schaden eines andern sich bereichern darf. Er setzt auch nicht voraus, daß durch die eingetretene Veränderung die Erfüllung des Vertrags unmöglich geworden sei, wie der Sachwalter des Commissariats dies unrichtig behauptet; sondern die zufällig eingetretene Veränderung der Umstände, wenn sie nur von der Erheblichkeit ist, daß der Eine Kontrahent, hätte er sie vorhergesehen, den Vertrag nicht geschlossen haben würde, macht für sich allein ein gültiges Fundament.

Hellfeld Jurispr. for. §. 316.

Wernher l. c.

Damit stimmt auch das Pr. A. L. R. überein:

„Entsteht die Unmöglichkeit, den geschlossenen Vertrag zu erfüllen, durch einen Zufall oder durch unabwendbare Gewalt und Uebermacht; so wird der Vertrag für aufgehoben angesehen.

„Alsdann muß jeder Theil dasjenige, was ihm von dem andern in Erwartung der gegenseitigen Erfolge gegeben oder geleistet worden, zurückgeben oder vergüten.

„Dabei ist der Zurückgebende als ein redlicher Besitzer anzusehen. Doch kann kein Theil durch einen Zufall mit dem Schaden des andern etwas gewinnen.

„Entsteht die Unmöglichkeit der im Vertrage bestimmten Erfüllungsart durch einen bloßen Zufall: so finden die auf den Fall einer Unmöglichkeit der Erfüllung gegebenen Vorschriften Statt.

„Ist die Erfüllungsart durch eingetretene Umstände nicht unmöglich gemacht, sondern blofs erschwert worden, so kann dieses den Verpflichteten von seiner Schuldigkeit nicht befreien.

„Ist aber, durch eine zufällige Veränderung der Umstände, die bestimmte Erfüllungsart mit einer unvorhergesehenen Gefahr verbunden worden, so muß der Berechtigte, wenn er dennoch auf diese Erfüllungsart besteht, die Gefahr übernehmen.“

A. L. R. Th. I. Tit. 5. §. 364. 67.

und §. 373. 74. 75.

Diese allgemeinen Grundsätze werden nachher bei der Materie von Lieferungen ausdrücklich wiederholt:

A. L. R. Th. I. Tit. 11. §. 983.

Wegen der Fälle, wenn die Lieferung überhaupt, oder die bestimmte

„Art derselben in Ansehung der Zeit
„oder des Ortes unmöglich, oder mit
„einer unvorhergesehenen Gefahr ver-
„knüpft wird, hat es bei den allge-
„meinen Vorschriften des Titels von
„Verträgen sein Bewenden.

Erwägt man diese Vorschriften genau, so ergibt sich, daß dabei eine Veränderung der Umstände vorausgesetzt, und die rechtliche Folge derselben, nach drei verschiedenen Fällen bestimmt wird; einmal, wenn die Erfüllung des Vertrages ganz unmöglich geworden ist; zweitens, wenn nur die im Verträge bestimmte Erfüllungsart nicht mehr Statt findet; drittens, wenn die Erfüllungsart bloß erschwert worden. In dem letzten Falle, welches der gegenwärtige ist, soll der Verpflichtete zwar den Vertrag erfüllen; der Berechtigte aber, wenn er dennoch die Erfüllung verlangt, die damit verbundene unvorhergesehene Gefahr übernehmen; oder — welches eben so viel

sagt — den Verpflichteten deshalb schadlos halten. Das Kommissariat hat wiederholt eingeräumt, dafs, nach den niedrigen Preisen des gelieferten Mehls, auf den eingetretenen ausserordentlichen Fall des kostbaren Landtransports nicht die mindeste Rücksicht genommen werden können, und dafs der Mayn mehrere Jahre hindurch nicht so frühzeitig zugefroren sei.

Es ist ferner durch die beigebrachten Atteste erwiesen, dafs schon am 18. Dez. 1794 die Schiffarth bei Maynz durch den Frost unterbrochen gewesen ist; und man kann hiernach annehmen, dafs in der Gegend von Fürth, Bamberg, Würzburg, Kitzingen, Markstadt und Wildenberg, schon einige Zeit vorher kein Wassertransport weiter Statt gefunden hat. Selbst das Kommissariat nimmt bei den monitis als ausgemacht an: dafs der Maynstrom bei Frankfurth schon zu Ende der ersten Hälfte des Dezember-Monats

gefroren, auch in dem Oberlande schon früher unschiffbar gewesen ist, und daß die Mehlquantitäten in einer Entfernung von 27 Meilen, als von Fürth nach Frankfurth, in Depot gelegen haben.

Zugleich muß nicht außer Acht gelassen werden, daß an dem mit 127413 Rthlr. 2 Gr. 6 Pf. berechneten Schaden schon für das in der ersten Hälfte des Monats Dezember abzuliefernde Mehl, 12747 Rthlr. 6 Gr. 6 Pf. gestrichen sind.

Die jetzt streitigen 95495 Rthlr. betreffen also bloß das in der letzten Hälfte des Dezembers und im Monat Januar, mithin zur Zeit des wirklich vorhandenen Frostes, abgelieferte Mehl. Setzt man hinzu, daß ein großer Theil desselben auf die eigne Veranstaltung des Kommissariats, welches dazu alle Fuhren in Beschlag nehmen liefs, herbeigeführt, und dadurch der beinah unvermeidliche Brodmangel der Armee abgewendet worden ist, so trifft al-

les zusammen, um die Rechtmäßigkeit der den Kln. gebührenden Entschädigung außer Zweifel zu setzen.

Der frühzeitig eingetretene Frost war ein Zufall, den weder das Kommissariat noch die Kl. vorhergesehen haben; die Lieferung des Mehls ward dadurch erschwert, und die Kl. wurden einer unvorhergesehenen Gefahr, nemlich den hohen Kosten des Landtransports ausgesetzt.

Mußten sie gleich, nach dem Verlangen des Kommissariats, den Lieferungskontrakt erfüllen: so war doch das Kommissariat dagegen verbunden, den unvorhergesehenen Nachtheil des Landtransports zu übernehmen, und die Lieferanten deshalb schadlos zu halten. Auch hatte das Kommissariat, ohne die Kl. zu fragen, den Landtransport selbst veranstaltet, um den Brodmangel bei der Armee abzuwenden. Das Beste der Armee ist also dadurch befördert, und wenn den Kln. die Entschädi-

gung versagt werden sollte, so würde das Kommissariat sich offenbar mit ihrem Schaden bereichern, welches den ersten Gründen des Rechts zuwider ist. Dafs die Kl. den vom Kommissariat veranstalteten Landtransport zuliefen, sogar das Fuhrlohn bezahlten, und nachher die kontraktmäßige Bezahlung für das gelieferte Mehl ohne Vorbehalt annahmen; dies beweiset ihre Folgsamkeit und ihr Zutrauen; kann aber keinen gesetzmässigen Grund an die Hand geben, sie ihres Rechts für verlustig zu erklären. Sollte auch ihre Behauptung, dafs ihnen die Entschädigung für den Landtransport gleich zu Anfang von dem Kommissariat mündlich versprochen worden, nicht gegründet sein, so haben sie doch schon unterm 8. Jan. 1795, also während der Lieferung, den Ersatz schriftlich verlangt, auf die erhaltene abschlägliche Antwort sich an den v. Geusau gewendet, eine vollständige Berechnung ein-

gereicht, und darauf eine Verfügung des Kommissariats erhalten, wonach der Schaden auf 95499 Rthlr. anerkannt und festgesetzt ward. Es ist daher nicht der geringste Anlaß vorhanden, eine stillschweigende Entsagung ihres Rechts anzunehmen. Die im vorigen Urtheil erkannte Entschädigung von 95491 Rthlr. bedarf übrigens nicht, wie der Sachwalter des Kommissariats verlangt, noch einer näheren Erörterung. Sie gründet sich auf die eigene Untersuchung des Kommissariats, welches die von den Kln. eingereichte Berechnung ihres Schadens genau geprüft, verschiedene Erinnerungen dagegen gemacht, und nach erfolgter Beantwortung derselben eine Decision darüber abgefaßt hat, durch welche die den Kln. zukommende Vergütung auf 95499 Rthlr. anerkannt und festgesetzt worden ist. Das Kommissariat kann und muß die beste Kenntniß von der Sache haben, und dessen Anerkenntniß macht um so

mehr für die Kl. einen gültigen Beweis, da weder behauptet noch erwiesen ist, daß dabei Irrthümer zum Nachtheile des Fiskus vorgefallen sind. Auch ist schon vorhin bemerkt, daß bei Festsetzung der 95499 Rthlr. für dasjenige Mehl, welches nach dem Kontrakt in der ersten Hälfte des Monats Dezember abgeliefert werden müssen, schon 12747 Rthlr. 6 Gr. 6 Pf. in Abzug gebracht sind.

Es fehlt daher in soweit aller gesetzmäßige Grund zu der verlangten nähern Erörterung, und die Kl. würden dadurch unnütz in neue verderbliche Weitläufigkeiten verwickelt werden.

Endlich ist es unrichtig, daß die Kl. verbunden sein sollten, den beim Ankauf des Mehls gehalten Vortheil sich in Abzug bringen zu lassen. Dies würde sichtbar den unbilligen Erfolg haben, daß sie die Gefahr und die Mühe bei der ganzen Lieferung umsonst tragen müßten. Oder

wollte man sie bloß als Bevollmächtigte des Kommissariats betrachten, so würde die ganze Berechnung nach andern Grundsätzen anzulegen und den Kln. als Kaufleuten, zu deren ordentlichem Gewerbe die Ausrichtung solcher Geschäfte gehört, eine verhältnißmäßige Berechnung oder Provision zu bewilligen sein,

A. L. R. Th. I. Tit. 11. §. 873.

Das Resultat könnte leicht zum Nachtheile des Kommissariats ausfallen. Doch ist kein hinreichender rechtlicher Grund vorhanden, der Sache diese künstliche Wendung zu geben. Die Kl. haben, vermöge des geschlossenen Vertrages, das Mehl für den gedungenen Preis geliefert, und das Kommissariat hat selbst eingeräumt, daß dieser Preis sehr billig gewesen sei.

Ihnen gebührt also der kontraktmäßige Preis, ohne daß sie schuldig sind, den dabei in Verhältniß gegen den Einkauf gehabt Vortheil dem Kommissariat zu über-

lassen. Die vorgegangene Veränderung, daß, wegen des frühzeitig eingetretenen Frostes, der Transport des Mehls zu Lande geschehen müssen, hat darauf nicht den geringsten Einfluß. Die Kl. haben nichts destoweniger, nach dem Verlangen des Kommissariats, den Kontrakt erfüllt, sind aber nun durch das Gesetz berechtigt, zu verlangen, daß die aus der unvorhergesehenen Gefahr entstandenen Nachtheile von dem Kommissariat übernommen werden. Hiebei kommt es nur auf die Differenz der Kosten des Wasser- und des Landtransports an; der Nachtheil beim Einkauf des Mehls hingegen gehört nicht zur Berechnung, und gebührt den Kln. auf jeden Fall vermöge des Kontrakts, der Transport mag zu Wasser oder zu Lande geschehen sein.

Aus diesen Gründen sind die vom Kommissariat erhobenen Beschwerden überall für unerheblich zu achten, und daraus folgt, nach Vorschrift der Prozessordnung

Tit. 23. §. 2. und 6., die Verurtheilung zu den Kosten. Dagegen ist die Beschwerde der Kl. darüber, daß ihnen nicht die Verzögerungszinsen zuerkannt sind, gegründet: das aus einer unrichtigen Erklärung des Römischen Rechts vormals angenommene Privilegium des Fiskus, wegen der Zinsen, zu welchen auch an sich keine vernünftigen Gründe vorhanden sind, ist durch das A. L. R. nicht bestätigt, und daher für aufgehoben zu achten:

Stengels Beiträge zur Kenntniß der
Justizverfassung in den Preussischen
Staaten 5. Band. S. 264.

Die Prozeßordnung schreibt vielmehr Tit. 7. §. 48. ohne Ausnahme vor, daß bei Verbindlichkeiten, zu deren Erfüllung keine gewisse Frist bestimmt war, die Verzögerungszinsen zu 5 pro Cent mit dem Tage der angehenden Klage eintreten. Im gegenwärtigen Falle war die den Kln. zukommende Vergütung schon unterm

18ten September 1795 auf 95499 Rthlr. vom Kommissariat anerkannt und festgesetzt; dennoch sind sie mit der Bezahlung bis jetzt aufgehalten, und haben durch Entbehrung einer so grossen Summe beträchtlichen Schaden erlitten.

Wäre Fiskus auch nach den Gesetzen von Bezahlung der Verzögerungszinsen frei: so würde er doch zum Ersatz des Schadens immer verbunden bleiben, und der Betrag desselben dürfte wahrscheinlich die Zinsen übersteigen.

v. Wykersloot.

Gegen dieses am 25sten April 1799 publizierte Appellationserkenntniss hat das Feldkriegskommissariat das Rechtsmittel der dritten Instanz ergriffen, und ist durch das geheime Obertribunal gänzlich von der Bezahlung, sowohl des eingeklagten Kapitals als der Zinsen, entbunden worden.

St.

V.
DEDUKTION

FÜR DIE

VON QUITZOW

KLÄGER UND APPELLANTEN,

IN SACHEN GEGEN DEN FISCUS

BEKLAGTEN UND APPELLATEN.

THE CITY OF

WINTHROP

AND THE TOWN OF

IN THE COUNTY OF

MASSACHUSETTS

V.

Deduktion für die von Quitzow,
Kläger und Appellanten, in Sa-
chen gegen den Fiskus, Beklag-
ten und Appellaten.

Erstes Hauptstück

G e s c h i c h t s e r z ä h l u n g.

Die alte adeliche Familie von Quitzow gehörte sonst zu den reichsten des Märki-
schen Adels. Sie besaß mehrere Land-
und Lehnngüter in der Mark Brandenburg,
und jede Linie derselben war, Inhalts der
Lehnbriefe, auf die Güter der andern zur
Gesammthand versammelt, die ihnen allen
das wechselseitige Successionsrecht zusi-
cherte. Zu ihren Besitzungen gehörte auch

das in der Priegnitz belegene Amt Kletzke, von dem aber die eine Hälfte, im vorigen Jahrhundert der Familie von Klinggräf auf bestimmte Jahre wiederkäuflich verkauft wurde, und von dieser an die Familie von Kamke gelangte, die solche erst im Jahre 1798 dem Landrathe von Knobelsdorf käuflich überlassen hat.

Die zweite Hälfte des Amts Kletzke blieb hingegen bei der Familie von Quitzow; sie besaß dieselbe seit beinahe 400 Jahren, vererbte sie unter sich als ein Familienlehn, leistete ihrem höchsten Landesherrn die gebührende und schuldige Lehns-pflicht, und so genossen ihre Nachkommen in ungestörter Ruhe das von ihren Voreltern durch ihre Verdienste um ihr Vaterland mit Ehren erworbene Vermögen.

Als ihre eine Linie, die Eldenburger, durch das Absterben des Dietrich und Achatz v. Quitzow im Jahre 1653 erlosch, hielt sich jede der beiden andern

Linien, nemlich die Stavenowische und Bullendorfische, — aus welcher letztern die Appellanten abstammen — für die nächsten Lehnfolger; beide Branchen geriethen darüber in einen gerichtlichen Erbfolgestreit, ~~der~~ von dem Christian Friedrich und Wedig Adam v. Quitzow, aus der Stavenowischen Linie, und von dem Viktor und Heinrich von Quitzow, aus der Bullendorfischen Linie, geführt, auch von ihren Söhnen bis gegen das Jahr 1690 fortgesetzt wurde.

Beide Linien meldeten sich gleich nach dem Absterben des Dietrich und Achatz v. Quitzow zur Lehnsnuthung; und obgleich die Stavenowische Linie per processum in possessorio geschützt wurde, so erhielten doch beide Branchen aufs neue die landesherrliche Belehnung, und in specie wurden die Gebrüder Viktor und Heinrich v. Quitzow

durch den Lehnbrief vom 30sten Mai 1654, worin es heisst:

„Auch haben Wir ferner ihren Ge-
 „vettern Viktor und Heinrich
 „v. Quitzow, Kaspars seel. Söh-
 „nen, und deren männlichen Leibes-
 „und Lehnserben die Gesamthand
 „an diesen Lehn und Gütern Kletz-
 „ke etc., wie ihre Vorfahren und
 „sie mit ihnen vor Alters versam-
 „melt gewesen, hiermit gnädiglich
 „verliehen,“

von neuem zur Gesamthand auf Kletz-
 ke zugelassen.

Während dieses Prozesses, und be-
 vor die Gebrüder v. Quitzow aus der
 Stavenowischen Linie eine Gütertheilung
 ausführen konnten, starben in den Jahren
 1656 und 1665 sowohl Christian Hein-
 rich und Wedig Adam, als auch des
 Letztern einer Sohn, Dietrich Achatz
 v. Quitzow, und verstammten ihre Lehn-

rechte auf ihre beiden sie überlebenden resp. Söhne und Brüder, Kunow Hartwich und Kunow Joachim v. Quitzow. Viktor und Heinrich v. Quitzow setzten gegen diese den im J. 1653 angefangenen Successions-Prozess weiter fort;

und weil dieser zur Zeit der i. J. 1656 und 1665 eingetretenen drei Sterbefälle noch in petitorio schwebte; weil sie die Verstorbenen nicht als *vasallos possessores* betrachteten, sie überdem nach Absterben des Dietrich und Achatz v. Quitzow, die sie für ihre eigentliche Lehnslasser hielten, die Belehnung wirklich empfangen hatten; weil sie ferner von den i. J. 1656 und 1665 verstorbenen Familiengliedern, die selbst noch lehnsfähige Descendenten hatten, nicht erben konnten; und end-

lich weil sie auf den Grund der Landtagsrezesse und Landesverordnungen glaubten, daß nur dann, wenn ein *vasallus possessor* stirbe, von dessen nächsten Lehnserben, nicht aber von allen Gesammthändlern gemuthet werden dürfe;

so mutheten sie nach diesen jüngsten drei Sterbefällen nicht, sondern hielten dies theils für nicht gesetzlich nothwendig, theils für sich präjudizirlich.

So lange hatten die von Quitzowischen Agnaten nur unter sich darüber gestritten, wem die Succession in Kletzke gebühre? im Jahre 1685 trat aber auch der Fiskus gegen die von Quitzow - Bullendorfische Linie auf, stellte beim Königl. Kammergerichte gegen sie eine förmliche Klage an, behauptete, daß sie nie ein Gesammthandsrecht an Kletzke gehabt, daß sie dasselbe nicht

gehörig verfolgt, und sich dadurch des Lehns verlustig und unwürdig gemacht hätte.

Die v. Quitzow wiesen aber in diesem Prozeß ihr wirkliches Gesammthandsrecht, und daß sie dasselbe von Fällen zu Fällen gehörig prosequirt hätten, vollständig nach, exkusirten auch die nach den letzten drei Sterbefällen unterlassenen Muthungen durch den über die Proximität der Agnaten mit diesen geführten vieljährigen Prozeß.

Das Kammergericht faßte hierauf eine Sentenz ab, reichte dasselbe mittelst Berichts vom 26sten Novbr. 1685 bei dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm des Großen Durchl. zur Konfirmation ein, und zeigte dabei an:

daß die verklagten v. Quitzow an Kletzke versammelt, daß sie aber durch den Streit, den sie ratione proximitatis mit ihren

Vettern gehabt, verhindert worden, die Gesammthand auf deren Sterbefall zu muthen, und dafs sie dieserhalb bei der Gesammthand zu schützen seyn würden.

Der gerechte und erhabene Kurfürst bestätigte hierauf in Gemäfsheit der höchsten Resolution vom 30sten April 1684, Mylius l. l. M. II. Th. 5te Abth. No. 23. durch welche derselbe seinen Unterthanen gnädigst verheifsen hatte:

dafs es mit den Gesammthändern, wenn sie legales excusationes beibringen können, und auch sonst in allen vorgegangenen Fällen so genau nicht genommen werden solle, sondern die Fehler gnädigst kondoniren wollten, —

durch die Kabinetsordre vom 21sten Dez. 1685 die abgefafste Kammergerichts - Sentenz, und erklärte.

dafs er es dabei bewenden lassen wolle,

befahl die Publikation, womit auch am
10ten Februar 1686 verfahren wurde, und
dadurch dieses Urtheil erkannt war:

dass die v. Quitzow an dem Gute
Kletzke bei der Gesamtenhand
geschützt werden sollten;

so erlangte dadurch dieser mit dem Fiskus
geführte Prozess nicht nur eine den von
Quitzow vortheilhafte Endschaft, sondern
es wurden auch den Verklagten eo ipso
durch diese Sentenz alle frühere Lehnsfeh-
ler ausdrücklich pardonirt.

Anfänglich war auch König Friedrich I.
gleich seinem grossen Vater, gegen die Fa-
milie von Quitzow gerecht. Er versi-
cherte nicht nur der gesammten Ritterschaft
gleich nach dem Antritt seiner Regierung
durch die Citation vom 8. Mai 1688,

Mylius l. l. M. II. Th. 5te Abth. No. 36.
durch welche er sie zur Erbhuldigung auf-
rufen liess, dass ihr ihre Lehne und Ge-
sammteland wirklich verliehen und die

Lehnsbriefe darüber ertheilt werden sollten; sondern er gab auch seiner getreuen Ritterschaft die landesherrliche Zusicherung:

daß alle Lehnsfehler, die auf einigen Lehnen haften möchten, und die vor dem 10ten Mai 1683 begangen und noch nicht geurtelt und exequirt worden, verziehen und vergeben, auch deshalb Niemand in fernern Anspruch genommen werden sollte.

Er bestätigte dies ferner durch die feierlichste Declaration vom 19/29. März 1789,

Mylius II. Th, 5te Abth. No. 38. S. 52. und rescribirte in specie wegen der Familie von Quitzow an die Lehnskanzlei unter dem 16/26. Juli 1689:

daß der Lehnbrief für die v. Quitzowische Agnaten aus dem Hause Grube, Kustorf und Bullendorf, wegen ihres Gesammthandsrechtes an

Kletzke, dem Kammergerichts-
Bescheide vom 10. Februar
1686 gemäß, ausgefertigt, und
ihnen die simultanea investi-
tura über Kletzke ertheilt werden
solle,

worauf auch die v. Quitzow den Lehns-
eid prätirten, und den 26sten Juni 1688
einen neuen Lehnsbrief über Kletzke er-
hielten.

Des Königs Friedrich I. Majestät hat-
ten also ebenfalls der Familie v. Quitzow
Bullendorfscher Linie alle bis dahin
vorgefallene Lehnsfehler huldreichst erlassen,
und sie durfte und konnte nun nichts an-
ders erwarten, als daß sie nach Ausgang
der Stavenowischen Linie — welche in
petitorio das Successionsrecht in Kletzke
erstritten hatte — und nach Absterben des
Kunow Hartwich v. Quitzow, der
daraus nur noch allein übrig war, und
keine Descendenz hatte, zur Lehnserbfolge

gelangen würde. Allein diese gerechte Hoffnung ward bald vereitelt. Schon im Jahre 1689 am 3ten Dezbr. befahlen des Königs Friedrich I. Majestät dem Kammergericht, daß die per sententiam vom 10ten Febr. 1686 entschiedene Streitsache, weil Kletzke auf den Fall stände, nochmals untersucht und zum Verhör gezogen werden sollte; die Sache blieb aber ruhen, und die v. Quitzow, welche nach 1656 und 1665 in verschiedenen Sterbefällen, und zwar 1679, 1680, 1683 und 1688 gemuthet hatten, continuirten damit noch in den Jahren 1700, 1704 und 1706.

Im J. 1707 erwachte aber Eiskus und der Haß gegen die Familie v. Quitzow aufs neue. Damals besaß Paul Anton von Kamke, — der, wie Samuel Buchholz in seiner Geschichte der Kurmark Brandenburg, 4. Theil 1. Buch p. 353, erzählt, „ein neuer Liebling des Königs geworden, „und der ein so beliebter Hofmann war,

„daß ihn der König zu seinem grand maitre de garderobe machte — der ihn ferner mit der Gräfin v. Schlieben vermählte, ihm die v. Schliebenschen und noch andere Güter verschaffte,“ und der, wie Gallus in seinem Handbuche der Brandenburgischen Geschichte 4. Band p. 468 anführt, „wegen seiner Geschicklichkeit im Schachspiel und wegen seiner Artigkeit, mit welcher er den König mehrentheils gutwillig gewinnen liefs, bei des Königs Majestät in grossen Gnaden stand“ — schon die eine Hälfte von Kletzke; es war daher ein der menschlichen Natur nicht fremdes Begehren, daß ihm auch nach der zweiten Hälfte gelüstete. Diese zu erlangen, fehlte es ihm nicht an Macht; er war selbst Liebling des Königs, und sein Bruder, Ernst Bogislav von Kamke, war es auch.

Der höchsten Wahrscheinlichkeit nach hatten beide Gebrüder von Kamke

Sr. Majestät selbst hinterbracht, daß Kletzke auf dem äußersten Fall stände, und Allerhöchstdieselben darüber disponiren könnten. In dieser Voraussetzung konferirten Se. Majestät schon im August 1707, bevor noch der Kunow Hartwich von Quitzow starb, dem Paul Anton von Kamke die 'Gesammthand an dem von Quitzowschen Antheile an Kletzke, und befahlen zugleich am 30sten August 1707 dem General-Fiskal Duhram, daß er gegen die Gevetter von Quitzow, weil diese sich noch immer um die Gesamthand meldeten, beim Kammergericht auf Nachweisung ihres Rechts, und zugleich auf dessen Privation wegen versäumter Lehnspflicht klagen solle.

Duhram stellte diese Klage am 7ten Oktober 1707 an, räumte in der Folge das Gesammthandsrecht des Verklagten ein, behauptete aber, daß sie per feloniam sich dessen verlustig gemacht,

weil ihre Väter und Großväter, Viktor und Heinrich von Quitzow, nach Absterben des Christian Friedrich, Wedig Adam und Achatz Dietrich v. Quitzow in den Jahren 1656 und 1665 nicht gemuthet, und ihr jus conjunctae manus nicht gehörig verfolgt hätten.

Ende des Jahres 1711 war die Instruktion dieses Prozesses geschlossen, und Acta sollten nun bei dem Königl. Kammergerichte zum Spruch vorgelegt werden: die von Quitzow hatten sich aber zu gut vertheidigt, und es war mit Gewißheit zu hoffen, daß sie, so wie 1686 geschehen war, auch diesmal obtiniren würden.

Diesen richterlichen Ausspruch fürchtete aber der Duhram — er, der als General-Fiskal für die Befolgung der Landesgesetze sorgen sollte — er, der unter der

nächstfolgenden Regierung seines Amts entsetzt wurde.

Leben und Thaten Königs Friedrich Wilhelm von Preussen de 1736, pag. 1038.

liefs sich vielmehr dazu gebrauchen, daß er selbst bei des Königs Majestät 'auf die Bestellung einer besondern Kommission zur Aburtelung dieser Sache antrug, und dieses konnte ihm nicht fehlschlagen: denn die beiden Gebrüdere von Kamcke waren zu der Zeit schon Minister geworden, und hatten die wichtigen Stellen, der durch ihre Mitwirkung gestürzten beiden Grafen von Witgenstein und Wartenberg eingenommen, und der Eine von ihnen hatte den Vortrag der Sachen, die an den König gelangen sollten.

Buchholz und Gallus l. a.

Pauli allgem. Preuss. Staatsgeschichte, 7 B. P. 425.

Se. Majestät bestellten nun die Geheime

Räthe von Prinz, von Katsch und von Heugel zu Kommissarien, ließen am 5. Januar 1712 die Acten vom Kammergericht abfordern, und befahlen, daß das abgefaßte Urtheil

noch vor der Publikation zu Ihrer Approbation eingereicht werden sollte.

Den 29sten Januar 1712 waren die Kommissarien mit der Sentenz schon fertig: der König bestätigte sie durch die Kabinettsresolution vom 5. Febr. ejusdem und befahl,

daß die Publikation wegen wichtigen dabei vorkommenden Umständen, von der Kommission loco parium curiae, in der Geheimen Rathsstube geschehen, die Interessenten dazu, Namens Sr. Majestät vorgeladen, und nächstdem die Akten dem Kammergerichte remittirt werden sollten.

Den 27sten Februar 1712 erfolgte auch die Publikation des Urteils, und durch dieses wurden die v. Quitzow, weil ihre Väter und Großväter ihr Gesamthandsrecht nach Ableben des Christian Friedrich — Wedig Adam und Viktor Adam — soll heißen, Achatz Dietrich nicht verfolgt hätten, ihres Gesamthandsrechts an halb Kletzke für verlustig, und ihr Recht selbst für erloschen erklärt!

Die v. Quitzow wandten gegen dieses Urteil schon am 3ten März 1712 die gesetzliche *remedia extraordinaria*, und eventualiter Appellation ein, und baten Terminum zum Verfahren darüber anzusetzen, und den Duhram dazu vorladen zu lassen.

Allein die bestellte Kommission verwarf durch ihre Resolution vom 8. März 1712 den gemachten Antrag, gab denen v. Quitzow und ihrem Consulanten einen nachdrücklichen Verweis darüber, nannte

die Appellation frivol, und bedeutete die Appellanten, daß in Lehnssachen, besonders, wenn darin eine eigene Kommission ernannt worden, keine Appellation zulässig sey. Auf ihr ferneres Gesuch erhielten die v. Quitzow am 10ten April 1712 eine ganz ähnliche abschlägliche Resolution, mit dem Zusatze, daß ihnen und ihrem Concipienten, ihr Unfug ausdrücklich verwiesen würde; es ward auch die Lehnskanzley am 9ten April 1712 befehligt,

zur Gesammtenhand an dem halben Antheil Kletzke fernerweit Niemand zu verstatten, sondern den v. Kamcke als den alleinigen Gesamthänder zu erkennen, und ihn hiernächst auf begebenden Fall einzig und allein mit der erledigten Hälfte zu beleihen.

Auch wurden Acta am 9ten April 1712 dem Kammergericht zur Reposition remittirt.

Gerechtigkeit erzwingen konnten und durften die v. Quitzow nicht, sie mußten also gezwungen ruhig seyn, denn Se. Majestät Schutz konnten sie nicht reklamiren, weil Allerhöchstdieselben 1712, nemlich in Ihrem letzten Lebensjahre beständig krank waren,

Buchholz, l. a.

Sie mußten daher günstigere Zeiten abwarten, und sich mit der Hoffnung trösten, daß ihnen unter einer neuen Landesregierung und noch vor dem Absterben des Cunow Hartwich von Quitzow Rechtsmittel zur Wiederaufhebung des kommissarischen Urteils verstattet, oder, daß doch die Appellation dagegen zugelassen werden würde.

Diese Hoffnung erhielt bald neues Leben, denn des Königs Friedrich Wilhelm I. Majestät liesen, gleich nach dem Antritt Ihrer Regierung, die General-Verordnung vom 21sten Junius 1713.

Mylius l. l. M. II. Th. 1 Abt. No. 151.
ergehen, und per §. 1. derselben seinem
Volke bekannt machen,
daß in allen Fällen und rechtli-
chen Handlungen zwischen dem Fisco
und den Vasallen und Unterthanen,
insonderheit wenn Unser In-
teresse auf einigerlei Weise
dabei waltet, Unsere Judicia und
Commissionen sich an dasselbe nicht
binden, sondern lediglich die Justiz
zum Augenmerk haben sollen, ohne
an dawider laufende Verordnungen,
als welche allezeit vor erschli-
chen, und mit unserer ernstlichen
Willensmeinung streitend zu hal-
ten, sich zu kehren, und ohne sich
dadurch vom Wege der Gerechtig-
keit ablenken zu lassen, maassen
ihnen solche Verordnungen so we-
nig, als Unser Interesse zu keiner
Entschuldigung dienen mag, und

rufen Wir den einzigen Herzenskündiger an, daß er die Thränen der Unschuldigen, welche solche abscheuliche Procedures auspressen möchten, allein auf der Urheber Kopf kommen lassen.

Allerhöchstdieselben verordnen ferner,

§. 6. daß alle Lehnstreitigkeiten, wie bisher, also auch ferner, anstatt der *parium curiae*, vordem Kammergerichte und den Regierungen erörtert und entschieden werden sollten. Ferner §. 9. und 22., daß die geheimen Räte in Streitsachen nichts verfügen und verhängen, und §. 20., daß in *regula* alle Appellationen, die nicht manifeste *frivolae* wären, zugelassen werden sollten.

Des Königs Majestät verordneten ferner durch das Rescript vom 3ten Febr. 1714:

Mylius II Th. 5te Abth. Nr. 58. P. 79.

Wir haben vernommen, daß ihr die von O. D. v. Wittstruck c. Fiscum eingewandte Appellation deshalb per majora rejicirt, weil ihr in Lehnssachen, welche zwischen dem Fisco und Unsern Märkschen Lehnsleuten an euch gedeihen, den Entwurf der Sentenz, nebst Eurem Gutachten, einzusenden gehalten, und ihr der Meinung gewesen, daß sodann, wann Wir die Sentenz ändern oder confirmiren, wider solches Urtel keine Appellation statt finde. Die Appellation ist aber ein auf die Landesverfassung sich gründendes Beneficium, das keinem Gravato zu versagen ist, es sey denn die Appellation manifeste frivola, worüber dennoch vorher erkannt werden muß, und wollen Wir dieses Beneficium keinesweges aufheben. Des Königs Majestät gelobten und verspra-

chen ferner durch die Erbhuldigungs - Citation vom 6ten März 1713:

Mylius I Th. 5te Abth. No. 55.

§. 1. dafs alle diejenigen Lehnleute, so unter vorigen Churfürstl. und Königl. Regierungen, in Verfolgung der Gesammtenhand auf der verstorbenen Vasallen Fälle, an den Lehngütern, woran sie oder ihre Vorfahren vorhin die Gesammtehand gehabt, auf eine oder die andere Weise bis zum Antritt Unserer Regierung etwas versehen oder versäumt haben, wegen solcher Fehler gänzlich frei und losgesprochen seyn und bleiben, und ihnen die Gesammtehand nach wie vor zugestanden werden sollte.

Eben dieses wiederholten Se. Majesät auch durch die Verordnung von 22. Jan. 1714,

Mylius VI Th. 2te Ahth. No. 80. P. 148. und setzten dabei fest:

dafs nur *dolus et contemptus* den Verlust des Lehns bewirken, andere Lehnsfehler aber mit einer Geldstrafe von 1 bis einigen Ducaten bestraft werden sollten,

Dem allem ohnerachtet bestätigten aber Se. Majestät die dem Paul Anton von Kamcke unter der vorigen Regierung verliehene Gesamnthand auf Kletzke, und die Lehnskanzlei wollte die v. Quitzow nicht zur Muthung admittiren. Endlich trat 1719 der Sterbefall des Cunow Hartwich von Quitzow ein. Die von Quitzow meldeten sich sofort unmittelbar bei des Königs Majestät, und baten den 5ten Februar 1719 um Schutz, Besitz und um eine unparteiische Commission. Der König dekretirte auch eigenhändig: v. Katsch! was Recht ist, die Lehne seyn von meinem Vater weggegeben und von mir confirmirt: doch was Recht ist.

Aber v. Katsch, der selbst das erste Urtel de 1712 gemacht hatte, und selbst Commissarius gewesen war, liefs denen von Quitzow den 25. Febr. 1719 zur Resolution ertheilen:

dafs da Fiscus bei der Sentenz de 1686 nicht acquiescirt, und sie die von Quitzow oder ihre Vorfahren anderweite Lehnsfehler (wovon in actis keine Sylbe vorkommt) begangen hätten, sie nach Untersuchung der Sache per Sententiam mit der Gesammthand gänzlich abgewiesen, und solche Sentenz von des Höchstseeligen und jetzt regierenden Königs Majestät confirmirt, auch der Lehnskanzley befohlen worden, den v. Kamcke mit Kletzke zu beleihen, so könnten und wollten Se. Majestät davon nicht abgehen, noch weitere Prozesse deshalb verstaten, sondern es wollen Dieselben

die v. Kamckeschen Erben dabei geschützt wissen.

Die v. Quitzow beruhigten sich aber bei dieser abschläglichen Resolution nicht, sie wiederholten durch ihre Immediatvorstellungen vom 9ten und 10ten März 1719 ihr erstes billiges Gesuch; weil jedoch des Königs Majestät darauf eigenhändig verfügt:

v. Katsch! bleibt bei der letzten Resolution,

so würden sie unterm 20sten ejusdem beschlossen:

daß es bei der Resolution vom 25sten Febr. 1719 ein für allemal sein Bewenden habe, und Se. Majestät diese rechtlich abgemachte Sache nicht wieder resuscitiren, vielmehr die von Kamckeschen Erben nachdrücklich geschützt wissen wollten.

Als die von Quitzow sich ferner beschwerten, erhielten sie, nachdem die Witt-

we von Kamcke zuvor gegen jede Kommission und nochmalige Untersuchung der Sache am 1sten und 5ten Jul. 1719 protestirt, und obgleich der Staatsminister v. Plothow den 20sten Jul. vorgeschlagen hatte:

dafs doch zwischen den v. Kamcke- und Quitzowschen Erben die Güte versucht werden möchte, damit alles in Güte niedergeschlagen würde, und die von Kamckens völlige Ruhe und Sicherheit erhielten,

dennoch am 27sten Jul. 1719 zur Resolution:

dafs es bei den früheren Verfügungen verbliebe, und Supplicanten, bei Vermeidung Königl. Ungnade acquiesciren, und Se. Majestät nicht weiter behelligen müfste.

Sie konnten aber den grossen Verlust ihres rechtmässigen Vermögens doch nicht verschmerzen, baten den 22sten Mai 1720 aufs neue um Untersuchung ihrer Gerech-

same, und dafs ihnen erlaubt werden möchte, sich an das Kammergericht zu wenden; sie wurden aber auch dieses mal am 3ten Jun. 1720 abschläglich und dahin beschieden: dafs sie sich, weil sie schon abgewiesen, und mit Königl. Ungnade bedrohet worden, beruhigen, und Se. Majestät nicht weiter fatigiren müßten.

Die von Kamckeschen Erben wurden daher in das fremde Eigenthum Kletzke eingesetzt; sie liessen sogleich die Creditoren citiren, und ob sich gleich die v. Quitzow auch bei dieser Gelegenheit meldeten, und gegen die v. Kamckeschen Erben protestirten, so wurden sie doch vom Kammergerichte ab- und auf die ihnen ertheilte Königl. Resolutionen verwiesen.

Unter der langen Regierung Königs Friedrich Wilhelm I. mußten daher die von Quitzow ihr Haab und Gut ent-

behren, und dessen Einkünfte Andern überlassen.

Im Jahre 1740 traten Se. Majestät Friedrich der Große die Landesregierung an. Gleich darauf meldeten sich die v. Quitzow mit ihren Ansprüchen an Kletzke; sie protestirten gegen das bisherige Verfahren, und baten, ihnen Kletzke wieder zu geben; Se. Majestät waren auch so gnädig, sie per resolutionem vom 5ten August ad forum ordinarium zu verweisen, verfügten jedoch die Reasumption und Fortsetzung des alten Prozesses nicht. Des Königs Majestät schienen vielmehr zu beabsichtigen, daß die v. Quitzow gegen die von Kamckesche Familie klagen sollten, und dies war nicht rathsam; denn diese konnte sich dagegen mit der Königl. Belehnung schützen, und nur des Königs Majestät allein konnten und durften das halbe Amt Kletzke von dem v. Kamcke zurückfordern, weil es ihm,

unter der Voraussetzung, daß es ein caduc gewordenes Lehn, und Keiner derer Quitzow dazu berechtigt sey, gegeben war, und diese Präsupposition, bei näher und rechtlicher Untersuchung der von Quitzowschen Ansprüche, falsch befunden seyn würde.

Uebêrdem brach gleich nach jener Resolution der erste Schlesische Krieg aus; der Senior familiae, Obristlieutenant v. Quitzow, mußte mit zur Kampagne; die Familiendocumente waren seit 1712 überall zerstreut; keiner aus der i. J. 1740 lebenden Descendenz derer v. Quitzow, die i. J. 1707 prozessirt hatte, kannte den wahren Zusammenhang der Sache, oder wufste, wo die Documente waren; die Kammergerichtsakten, welche nach Ausweis der geheimen Staatsarchivs-Akten i. J. 1721 vom Kammergerichte zurück gefordert worden, waren verschwunden;

sie stehen in keinem Repertorio eingetragen, und fehlen noch jetzt.

Es konnten daher die v. Quitzow sich der Königl. Gnade nicht sofort bedienen, sie mußten sich zur Sache erst vorbereiten, und sich den Weg zur Continuation des früheren Rechtstreits bahnen. Hierüber verstrichen mehrere Jahre. Erst 1757 konnten sie mit Effekt agiren. Jetzt stellten sich ihnen aber neue Hindernisse in den Weg. Sie hatten am 16ten Jul. 1757 bei einem hohen Staatsrathe darauf angetragen: daß sie zur Fortsetzung der i. J. 1712 interponirten *remediorum extraordinariorum* oder zur Appellation gelassen, allenfalls *brevi manu* in integrum restituirt werden möchten. Allein ihnen ward am 13ten August 1757 ohne alles vorheriges Gehör zur Resolution gegeben:

daß ihrem Gesuche nicht deferirt werden könne, weil ihnen prae-

scriptio obstire, und sie sich selbst zu imputiren hätten, daß sie, der Resolution de 1740 gemäß, die Sache in foro ordinario anhängig zu machen unterlassen.

Im Jahr 1775 supplicirten sie aber bei des Königs Majestät aufs neue und unmittelbar wegen Fortsetzung ihrer Appellation; Se. Majestät bewilligten jedoch diesen Antrag nicht, verwiesen sie hingegen abermals an das forum ordinarium. Seit 1757 waren wieder mehrere Familien - Glieder gestorben, und die unvollständig gesammelten Documente aufs neue zerstreut; sie mußten daher wieder unthätig bleiben, und die Jahre von 1775 bis 1787 zur Aufsuchung der Akten und verlornen Dokumente verwenden.

Im J. 1787 am 24sten Januar baten sie des Königs Friedrich Wilhelm II. Majestät, sie zur Fortsetzung des i. J. 1707 angefangenen Prozesses zu admittiren:

es ward aber durch die Cabinetsordre vom 13ten Februar 1787 resolvirt:

dafs ihre vermeintliche Gerechtsame keiner neuen Untersuchung und Erkenntnisse unterworfen werden könne,

und ihr zweites ähnliches Gesuch wurde ohne alle Verfügung ans Justizministerium remittirt, ihnen aber von diesem am 22sten Jun. 1787 bekannt gemacht:

dafs des Königs Majestät durch die Remission ihrer Vorstellung stillschweigend erklärt hätten, dafs es bei der ihnen schon bekannt gemachten Resolution verbleiben, und also ein weiteres Erkenntnifs und Untersuchung nicht Statt haben solle.

Nachdem aber des jetztregierenden Königs Majestät den Thron bestiegen hatten, hielten die v. Quitzow de novo um Zulassung zur Verfolgung ihrer Appellation an, und da Se. Majestät allergnädigst gera-

het haben, ihnen rechtliches Gehör zu verstatten, und hiernächst ihr bei dem Königl. Kammergerichte wegen Fortsetzung der Appellation angebrachtes Gesuch angenommen ist: so erwarten sie nun von der Güte ihrer Sache und der unpartheiischen Gerechtigkeit das Ende ihrer vieljährigen Sorgen, und die Restitution ihrer Güter, die ihnen gegen das offenbarste Recht und selbst gegen alle Billigkeit entrissen, und so lange vorenthalten sind.

Zweites Hauptstück

Die Förmlichkeit des Prozesses
betreffend.

Von dem Königl. Kammergerichte ist nun zwar in Gemäfsheit der Allerhöchsten Königlichen Kabinetsordre auf das Gesuch der Appellanten die Fortsetzung des alten Processes verfügt; jedoch sind von ihm ex

officio die Fragen aufgeworfen worden :

1) Ob die Appellanten des Rechtsmittels der Appellation gegen das Urteil de 1712 nicht dadurch verlustig geworden, daß sie sich nicht gleich nach den Kabinettsverfügungen de 1740 und 1775 um Fortsetzung des Processes gemeldet, sondern damit mehrere Jahre gewartet haben?

2) ob ihnen restitutio in integrum contra lapsum fatalis zustehe? und

3) ob die angeführte Restitutionsgründe zureichend sind?

Des Königs Majestät haben aber Allerdurchselbst durch die Kabinettsordre vom 24sten Mai 1798 auf das Gesuch der Appellanten,

daß ihnen die Fortsetzung der im Jahr 1712 angemeldeten Appellation erlaubt werden möchte,

allergnädigst und unbedingt zu befehlen geruhet:

dafs ihnen rechtliches Gehör gegeben werden solle.

Sie haben also nicht verlangt, dafs sich die Appellanten noch erst dazu näher qualificiren sollen; mithin müssen sie, besonders da von ihnen in ihrer unmittelbar eingereichten Vorstellung ihre bisherigen Hindernisse treulich angezeigt sind, ohne weitere Untersuchung ihrer persönlichen Qualification und der Statthaftigkeit ihres Antrages, zur Fortsetzung der Appellation zugelassen werden. Existirte dieser unbedingte und ausdrückliche Königl. Befehl aber auch nicht; so würden die Appellanten dennoch, ohne vorher moram purgiren zu dürfen, und ohne Provocation auf das Beneficium restitutionis in integrum zur Fortsetzung der angemeldeten Appellation admittirt werden müssen; denn sie haben

1) die Einlegung oder Justification des gesetzlichen Remedii keinesweges versäumt, sondern sie haben noch vor Ablauf der in der Kammergerichtsordnung vom 1sten März 1709 festgesetzten zehntägigen Frist, die nach derselben zulässigen remedia extraordinaria und eventualiter die Appellation wirklich und schon am 3ten März 1712 eingelegt, und Terminum zum Verfahren darüber nachgesucht; sie beobachteten also pünktlich die Vorschriften der

K. G. O. de 1709. Tit. 53. §. 9.

Das Judicium a quo, oder eigentlich die ernannte Königl. Commission, erklärte aber diese Interposition des Remedii für unstatthaft, präfigirte zur Untersuchung dessen Statthaftigkeit keinen Termin, und da die Appellanten durch alle ihre spätere Gesuche keine gesetzliche Behandlung bewirken konnten; so ist ohne ihre Schuld

die Justification ihrer Appellation etc. bis jetzt unterblieben. Hiervon fällt die Schuld dem Fisko und den Landeskollegien allein zur Last; denn der Generalfiskal Duhram handelte gegen seine Pflicht und gegen die Landesgesetze, daß er zur Aburtelung des Rechtsstreites eine besondere Kommission extrahirte, und dadurch die Sache zu dem nachherigen irregulairen Verfahren einleitete. Die Kommission verfuhr noch illegaler, daß sie die Appellation, und zwar ohne alles Verhör, verwarf; denn

a. hat der höchste Landesherr durch den Landtagsrezess von 1572

Mylius P. VI. 1. Abth. No. 36. p. 107.

sich per modum pacti verpflichtet, daß Er jederzeit den Gerichten und Rechten ihren ungehinderten Gang lassen, alle Supplicationen gegen gesprochene Urtel annehmen und aller Gebühr nach erzeugen wolle.

b. Hat Er sich hierzu durch den Landesrevers vom 11ten März 1602.

Mylius P. VI. 1. Abth. No. 58. p. 157.
de novo verpflichtet.

c. Ist im Landtagsrezesse vom 6ten Jul.
1653

Mylius P. VI. 1. Abth. No. 118. p. 455.
ad art. 18.

festgesetzt; es soll Keinem das beneficium appellationis verweigert, auch keine Appellation, sie sey denn manifeste frivola — darüber doch auch Erkenntniß ergehen muß — verworfen, sondern in dubio angenommen werden.

d. Ferner ist eben dieses, den Landesverträgen gemäß, durch das Rescript vom 21sten Januar 1689,

Mylius P. II. 1. Abth. No. 70. p. 191.

e. durch die K. G. O. de 1709. Tit. 12.
§. 11. Tit. 52. §. 8.

Mylius P. II. 1. Abth. p. 550.

f. durch die Generalverordnung vom
21sten Jul. 1713. §. 20.

Mylius P. II. 1. Abth. p. 383. und 461.

g. in specie wegen Lehnssachen, durch
die Verordnung vom 3ten Februar 1714.

Mylius P. II. 5. Abth. No. 58. p. 79.

pro norma festgesetzt, und

h. ist durch die Generalverordnung vom
21sten Jun. 1713. §. 22.

Mylius P. II. Abth. 1. p. 531.

geboten, daß der Geheimerath keine
rechtsanhängige Sache annehmen, am
wenigsten aber etwas darauf verfügen,
und daß, wenn gleich Jemand durch
unverschämtes Anhalten, zum Nach-
theil seines Gegenparts, wider die
Rechte etwas auswirkt, ein solches
Dekret von keiner Kraft, und nur so
weit bestehen soll, als es mit der Ju-
stiz übereinkömmt.

In den Jahren 1740 und 1775 ward nun

zwar den Appellanten die Anweisung gegeben, daß sie bei dem foro ordinario Recht suchen sollten; es war aber nicht ihre Schuld, daß in diesen Jahren der Prozeß nicht seinen Fortgang nahm. Die Appellanten thaten das Ihrige dadurch, daß sie bei des Königs Majestät die Bewilligung zur Fortsetzung extrahirten; die Fortsetzung selbst konnten sie nicht bewirken, sondern es mußte — wie auch jetzt geschehen ist — von der höheren Behörde dem Kammergerichte die Kabinetsordre communicirt, dieses zur Einleitung der Appellation angewiesen und sie wirklich eingeleitet werden. Dies lehrt die Vorschrift der K. G. O. vom 11ten Decbr. 1700,

Mylius P. II. 1, Abth. No. 94. e. 21.
p. 238.

worin es heißt: So lange auf die Appellation nicht resolvirt ist, sind die Appellanten weder protestationem de non labendis fatalibus noch apostolos zu

suchen schuldig, weil ihnen pendente deliberatione, an appellatio deferendum sit, vel non? ex impedimento iudicis kein Präjudicium zuwachsen kann, und hiermit stimmen auch die K. G. O. de 1709 Tit. 30. §. 11. und die Verordnungen vom 13ten Jul. 1746, 2ten September 1747

Mylius Cont. III. No. 15. p. 82. und
No. 27. §. 6. p. 189.

und die Vorschrift des Cod. Fried. de 1748. P. III. T. 4. §. 28. im Wesentlichen überein. Bevor der Appellation und dem interponirten Remedio nicht deferirt und dem Gegentheile nicht communicirt war, liefs sich eine Justification der Beschwerden nicht möglich machen, und Appellanten waren dazu um so weniger befugt oder verbunden, weil Inhalts der Generalverordnung vom 21sten Jun. 1713.

Mylius P. II. Abth. 1. No. 131.
p. 544. 548.

nur allein eine deferirte Appellation justificirt, gegen eine abgeschlagene Appellation aber keine weitere Ausführung zugelassen werden, auch nach Vorschrift der K. G. O. de 1709. T. 53. §. 4.

Mylius P. II. Abth. 1. p. 463.

derjenige, welcher auf ein *remedium extraordinarium* provocirt, nur um einen Termin zur Erkennung darüber anhalten soll, er mithin dessen Ansetzung und die Bewilligung des Remedii abwarten muß. Dies mußte auch i. J. 1740 geschehen, als die Appellanten ihre bis dahin obgewaltete *Impedimenta* anzeigten,

K. G. O. de 1709. T. 30. §. 11.

und selbst dem Cod. Fried. de 1748 der i. J. 1775 galt, jedoch aber auf diesen Fall nicht angewandt werden kann, weil im Publikationspatent vom 3ten April 1748 nicht vorgeschrieben ist, daß die ältern noch schwebenden Prozesse nach seinen Vorschriften behandelt werden sollen, war dies gemäß.

2) Kann das von den Appellanten interponirte *remedium extraordinarium et appellationis* nicht für desert geachtet werden; denn

a. in der K. G. O. de 1709. T. 53. §. 4. steht geschrieben: dafern der Implo- rant diese dreimonatliche Zeit, durch seine Schuld, ungehörter Sache verstreichen läß, sollen die gesuchten *Remedia* alsdann desert seyn,

b. und hat der Gegner weder i. J. 1712, noch 1740 oder 1775 einen Termin zum Contumacialverfahren über das *Remedium* extrahirt, und es ist bis jetzt kein Erkenntnis *super desertione remedii* von ihm verlangt, oder vom *Judice a quo* gegeben worden. Beides war aber wesentlich nothwendig:

K. G. O. de 1709. T. 12. §. 37. T. 30.

§. 10. T. 52. §. 19.

Verordnung vom 2ten Mai 1736. art. 21.

Mylius P. II. 1. Abth. No. 274.

Verordnung vom 13ten Jul. 1746. §. 2.

Mylius cont. III. No. 15. p. 82.

Circulare vom 26sten Dec. 1766. §. 24.

Anhang z. Codex. p. 169.

und der alltäglichen Praxis conform.

Es ist also *res adhuc integra*, und

es muß den Appellanten noch jetzt

die Justification ihrer Appellation er-

laubt seyn: unde si iudex offici-

um neglexerit nec spatium

praefixerit, id appellanti ne-

quaquam fraudi esse, praesen-

tim cum fatalium materia odio-

sa, adeoque omnibus modis re-

stringenda sit.

Wernher P. 1. Obf. 13.

c. Haben alle Appellanten, als sie sich

im Jahr 1740 meldeten, gegen alles

Präjudiz, welches die Vorenthaltung

ihres Vermögens bewirkt, feierlichst

protestirt, und sich dadurch ihre Rechte

bis zum Ablauf der gewöhnlichen Verjährungsfrist konservirt: protestationis enim ea vis est, ut agentis jus illaesium conservet, atque in tuto collocet, efficiatque ne ex actu illo, cui adjicitur, aliquod damnum ad protestantem redundet.

Wernher P. I. Obs. 78.

1) Ist das Erkenntniß von 1712 und die Verwerfung der Appellation an sich null und nichtig: denn

a. hat der höchste Landesherr per. verba des Landtagsrezesses de 1525. art. 5.: dafs Se. Churfürstl. Gnaden Niemanden von den Ständen seiner Lehn und andern Güter-Besitz und Gerechtigkeit ohne Recht nicht entsetzen soll oder spoliiren, hat Se. Churfürstl. Gnaden zugesaget, und sich erboten, also zu leben, und gegen jedermänniglich zu gebahren,

Mylius P. VI. 1. Abth. No. 13. p. 18.
 sich verbindlich gemacht, seinen Ständen und jedem einzelnen Unterthanen in vorschriftsmässiger Form Justiz zu prästiren;

b. hat er ihnen durch den Landtagsrevers von 1540

Myl. P. VI. Abt. 1. No. 22. p. 61.
 die Zusicherung gegeben, daß jeder von seinem ordentlichen Richter gerichtet werden solle,

c. hat er dies durch den Landtagsrezess von 1572 bestätigt,

Myl. 1. c. p. 107.

d. sollen nach Vorschrift der

K. G. O. de 1709. T. 12. §. 6. T. 4.

§. 6. T. 48. §. 2. T. 55. §. 6.

die Lehnssachen vor dem Kammergerichte erörtert, wichtige Sachen in pleno vorgetragen, was wider die Statuta und Gebräuche der Kurmark erkannt worden, auf eines Theils Vor-

stellen, ab Actis removirt, bei Abfassung der Urtel, nach der K. G. O. verfahren, und wann dawider erkannt wird, solches ungültig sein und nicht attendirt werden.

e. Ist in der Allgemeinen Ordnung vom 21. Juni 1713

Myl. P. II. Abt. I. §. 6. p. 524.

wiederholt: das die Lehnstreitigkeiten vor den Landes-Justiz-Kollegien, anstatt der parium curiae entschieden und eröffnet werden, und ibid. §. 22. p. 531. das Hofreskripte, in anhängigen Justizsachen ungültig sein sollen.

Auch ist den Ständen sowohl durch die ihnen ertheilte Resolution vom 1sten Mai 1652

Myl. P. VI. I. Abth. §. 16. p. 405.

als bei jeder nachherigen Erbhuldigung, die landesherrliche Versicherung gegeben,

daß die Landesrezesse heilig gehalten werden sollen.

Hiernach ist also der, denen v. Prinz, v. Katsch und v. Heugel, zur Aburtelung der qu. Streitsache gegebene Auftrag, die Avokation der Akten, das von der Kommission abgefaßte Urtel selbst, und die Exekution desselben, weil alle diese Actus sich auf Machtsprüche gründen, den Landesverträgen und Landesgesetzen zuwiderlaufen, weil die Urteilsverfasser mit keiner Jurisdiktion versehen waren, auch damit nicht versehen werden durften, und weil ferner ihre Sentenz quoad materialia — wie in capite 3. ausgeführt werden soll — wider die klaren Landesgesetze abgefaßt ist, nach dem gemeinen und vaterländischen Rechte, und selbst nach den Grundsätzen der jetzt geltenden

K. G. O. P. I. 17 T. §. 2. N. 2. 3.
und §. 5.

null und nichtig; und da ein solches Er-

kenntniß niemals zu einer Rechtskraft ge-
 deihen kann, so hat auch das fatale ju-
 stificandi noch nicht seinen Anfang
 nehmen können, und das am 3ten März
 1712 angemeldete, und nach der K. G. O.
 de 1709. T. 53. §. 2. zulässige remedium
 extraordinarium, nemlich die quere-
 la nullitatis, kann noch jetzt und ohne
 Hülfe des beneficii restitutionis in
 integrum fortgesetzt werden, besonders
 da eine solche Klage binnen 30 Jahren
 statthaft ist,

K. G. O. P. I. 17 T. §. 10.

und diese bis jetzt noch nicht abgelaufen
 sind; denn bis 1740 konnte und durfte,
 ohne die Königl. Ungnade zu befürchten,
 gar nicht agirt werden, und die seit 1740
 angefangene Präskriptionsfrist ist 1757,
 1775 und 1787, also stets zur rechten
 Zeit, interrumpirt.

Bedürften Appellanten aber wirklich
 der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung

in den vorigen Stand, so sind sie doch auch hierzu qualifizirt; denn die Gesetze haben keine bestimmte *causas restitutionis contra lapsum fatalis* vorge-schrieben, sondern die Beurtheilung der Verspätungsgründe nur allein dem Gewissen und der Pflicht des Richters überlassen,

Edikt vom 2ten Mai 1736. My-

lius P. II. I. Abth. No. 284. art.

17. p. 829.

und ein gewissenhafter und billiger Richter findet hier Veranlassung genug, die Appellanten zu diesem Beneficio zuzulassen; denn der Mangel der ältern Gerichtsakten, die schon seit 1721 gefehlt haben müssen, ist durch die Kammergerichts-Repertoria und durch das Attest des Registrators Sprögel hinreichend bescheiniget; daß Hans Ulrich v. Quitzow i. J. 1740 Senior der Familie war, daß er den ersten Schlesischen Feldzug als Obrist-

lieutenant mitgemacht hat, und daß seit 1740 mehrere von Quitzowische Familienmitglieder gestorben sind, ist durch die Atteste des Generals von Bismarck und der Priegnitzischen Ritterschafts - Registratur dokumentirt; und die Zerstreuung und der Verlust der Familiendokumente ist in einem Zeitraume von 50 Jahren eine gar nicht ungewöhnliche Sache, vielmehr ein so wahrscheinlicher und unverschuldeter Fall, daß Fiscus sich wohl nicht getrauen möchte, den ihm darüber angetragenen Eid abzuleisten.

Ohne Akten und Dokumente konnte aber die Descendenz der von Quitzow sich unmöglich von der Beschaffenheit ihrer Gerechtsame unterrichten, sie konnten auch den Richter und Sachwalter nicht informiren, mithin sind hier mehrere und erhebliche Abhaltungsgründe vorhanden, und das beneficium restitutionis zu-

reichend fundirt. Ueberdem ist es ein unbestrittener praktischer Rechtssatz: Wenn durch eine rechtlich ansehbar gemeldete, aber widerrechtlich abgeschlagne Appellation, die Fortsetzung eines Prozesses gehemmt wird, geht das Erkenntniß in Ansehung des Appellanten, erst nach 30 Jahren in Rechtskraft über, weil die Gesetze keine kürzere Verjährungsfrist dazu festgesetzt haben.

Und dieses dokumentiren Appellanten durch das von dem Königl. Kammergerichte an das hiesige Stadtgericht in Causa des Barons v. Keith wider die Wegelyschen Creditors erlassene Reskript vom 27. Dezember 1791.

Formalia remedii interpositi sind also richtig, und die Appellanten zur Fortsetzung des Prozesses völlig befugt.

Drittes Hauptstück

Materialia processus.

Himmelschreiend und unvergeßlich ist die Ungerechtigkeit, welche im Anfange dieses Jahrhunderts gegen die Vorfahren der Appellanten, und unmittelbar wider sie selbst, ausgeübt worden ist. Sie haben zwar mit gezwungenem und leidendem Gehorsam den Druck derselben lange ertragen, aber die Sehnsucht nach Gerechtigkeit ist nie in ihnen erloschen, sondern hat sich von Kind auf Kindeskind verstatmt. Heil ihnen! daß sie das Ende des 18ten Jahrhunderts, den Zeitpunkt, in welchem keine Kabinetsjustiz mehr gilt! den Zeitpunkt, da ihnen von dem gerechtesten Landesherrn die Leiden ihres ausdauernden und vieljährigen Gehorsams werden vergolten werden, erlebt haben! Nun werden sie den ausgestandenen Kummer, mit welchen ihre Großväter und

Väter zu Grabe gegangen sind, vergessen, sie werden aufhören, ihren Kindern die Geschichte ihres Unglücks zu erzählen, und sie dagegen mit den edlen und gerechten Handlungen Königs Friedrich Wilhelm des Dritten dort in Kletzke zu beschäftigen und zu erfreuen, von wo ihre Voreltern i. J. mit nassen Augen auswandern mußten.

Diese frohe Aussichten dürfen die Appellanten und ihre Kinder erwarten; denn sie haben den Verlust ihrer Güter durch nichts verschuldet, sondern sind ohne Recht und auf eine gesetzwidrige Weise entsetzt worden.

In sententia a qua ist ihnen nun zwar zur Last gelegt, daß sie in den Jahren 1656 und 1665 nach dem Tode ihrer Vettern, der Gebrüdere Christian Friedrich, Wedig Adam und dessen Sohnes Achatz Dietrich, aus dem Hause Stavenow, nicht gemuthet, und die Ge-

sammtehand gehörig verfolgt hätten; allein unter diesem Vorwande, der blos zur Bemäntelung der Absichten fremder Gutsliebhaber hervorgesucht, und um den Unschuldigen in scheinbarer Form einer gesetzmässigen Justizverwaltung zu drücken und zu unterdrücken gebraucht wurde, konnte und durfte man ihnen ihr Vermögen nicht entziehen; denn

- 1) war die Lehnserneuerung in jenen 3 Sterbefällen gar nicht nöthig. Schon in dem Landesrevers, Churfürst Joachims vom 11ten März 1602.

Myl. P. 81. Abth. No. 58. P. 162.

der durch den Landtagsrezess von 1653 bestätigt wurde, war festgesetzt:

Wenn aber ein Lehnmann verstirbt, sollen allein der, oder diejenigen, die Lehen zu suchen schuldig sein, welche des Verstorbenen nächste Anwarter gewesen, und

durch den Fall zum wirklichen Besitz der Lehen kommen sind.

Eben diese Versicherung ward auch in dem Lehnseidikt vom 1sten Dezember 1602 und 10ten Mai 1683.

Myl. P. II. Abth. 5. No. 9 und 18. wörtlich aufgenommen. Appellanten sind aber nie die nächsten Lehnsanwärter jener 3 Gevettere v. Quitzow gewesen, und nach ihnen nicht zum wirklichen Besitz gelangt. Denn Erstere Beide hinterliessen Söhne, und waren unter sich auch näher, als mit den Appellantischen Großvätern verwandt; und der Achatz Dietrich hatte Brüder, und war noch nie zum Besitz der väterlichen Lehngüter gelangt, starb wahrscheinlich noch vor seinem Vater.

Zwar ist durch die spätern Verordnungen vom 31sten Dezember 1683 und 23sten April 1684 das Edikt vom 1sten

Dezember 1602 wieder aufgehoben und behauptet worden, daß dasselbe nie zur Observanz gekommen, und daß daher der bisherigen Gewohnheit gemäß, von Fällen zu Fällen, wenn ein vasallus possessor stirbt, von den Gesammthändern gemüthet werden solle: allein diese Gesetze können die Appellanten nicht verpflichten,

a) weil solche nach jenen, schon Anno 1636 und 1665 eingetretenen Sterbefällen emanirt sind, Appellanten mithin nach den damals bestanden den Gesetzen von 1603 und dem Reces von 1653 beurtheilt werden mußten.

b) weil, wenn auch das Edikt von 1602 aufgehoben ist, doch der Landesrevers von 1602, und der Landtagsrezess von 1653 seine Kraft behalten hat: denn diese sind beständig in Observanz geblieben, und nach

der Kurfürstl. den Ständen am
1sten Mai 1652.

Myl. P. VI. Abth. 1, No. 115. P. 405. §. 6.

ertheilten Resolution,

sollen die Landesreverse in judi-
cando et sententionando ge-
halten werden, und soll die Excep-
tion, daß sie nicht zur Observanz
gekommen, dagegen nicht statt ha-
ben, weil sie praesumptionem
juris et de jure für sich haben.

c) ist durch die Verordnungen vom 31.
December 1683 und 23sten April
1684 das frühere Edikt vom 1oten
Mai 1683, welches auch der Re-
vers und das Edikt von 1602 be-
stätigt, nicht aufgehoben.

d) ist das Edikt von 1602, 16ten Mai
1683, und der Landesrevers von
1602 durch die nachfolgenden Ver-

ordnungen vom 19ten und 29sten
März 1689 und 20. Julius 1691.

Myl. P. II. Abth. 5. p. 51 und 54. No. 38
und 40.

ausdrücklich wieder hergestellt.

Ferner verlangen alle diese Verordnungen
und in specie die vom 31sten Dezem-
ber 1683 und 23sten April 1684 nur
dann die Lehnsmuthung der Gesammthän-
der, wenn der Lehnsherr, oder der va-
sallus possessor gestorben ist; Chri-
stian Friedrich, Wedig Adam und
Achatz Dietrich, waren aber, als sie
starben, nicht vasalli possessores,
sondern es schwebte damals noch der Pro-
zess zwischen ihnen und der Bullendorf-
schen Linie über die Proximität, in Pe-
titorio, und sie waren nur in posses-
sorio summariissimo geschützt.

2) Könnte man aber auch die Anno
1656 und 1665 unterlassenen Mu-
thungen als Lehnfehler betrachten;

so konnten sie doch den Appellanten nicht zugerechnet, sie auch nicht *de novo* deshalb in Anspruch genommen werden; weil

A) sie ihnen von den Landesherren ausdrücklich erlassen waren, und zwar

a) *praevia causae cognitione* durch die auf den Bericht des Königl. Kammergerichts vom 26sten November 1685 von dem Churfürsten Friedrich Wilhelm bestätigte und rechtskräftig gewordne Sentenz welche Fiskus respektiren muß.

b) durch die nach dieser Sentenz öfter reiterirte Investitur, und wirkliche Ertheilung neuer Lehnbriefe, durch welche sie in *plenissimam feudipossessionem* gesetzt wurden,

Rescript vom 6ten Junius 1701. Myl. P. 81. Abth. II. No. 7. P. 22.

c) durch die *ante sententiam* von 1712 ergangene landesherrliche Zu-

sicherungen und Verordnungen vom
23sten April 1684, vom 8ten Mai
1688, vom 19—29sten März 1689,
vom 20sten Julius 1691,

Myl. P. II. Abth. 5. N. 23. 36. 38. 40.

durch welche allen Vasallen, die
bis zum 10ten Mai 1683 be-
gangenen und noch nicht exequir-
ten Lehnsfehler völlig vergeben
sind, und ihnen verheissen ist, daß
sie dieserwegen nie wieder in An-
spruch genommen werden sollen.

d) Durch den post latam senten-
tiam am 6ten März 1713 emanir-
ten Königlichen Generalpardon.

Myl. II. Th. 5. Abth. P. 78. No. 55.

Inhalts dessen alle Vasallen von
den bis zum Regierungsantritt,
also bis zum Februar, Anno
1713 begangenen Lehnsfehler völ-
lig freigesprochen worden,

B) die angeblichen Lehnsfehler nicht

von denen Gevetteren und Gebrü-
deren v. Quitzow, welche i. J.
1707 in Anspruch genommen wor-
den, sondern von deren Vätern be-
gangen; diese aber, nicht noch vor
ihrem Ableben deshalb belangt
sind, und in solchem Falle den
Söhnen, die Facta ihrer Väter nicht
imputirt werden dürfen, und

C) sie legales excusationes haben,
welche sich theils auf die Vor-
schriften des Landtagsreverses von
1602 und des Edikts vom 1sten
Dezember 1602, theils aber auf
den mit ihren Vettern über die
Proximität und Succession geführte
Prozesse gründen. Solche Entschul-
digungen bewirken, sowohl nach
dem *jure communi*, als inson-
derheit nach Vorschriften unserer
Landesgesetze vom 23sten April
1684, 31. Dezember 1683,

Myl. II. Th. 5 Abth. No. 21. 33. und VI
Th. 1 Abth. 162.

eine unbedingte Absolution, und hier müssen sie um so mehr diesen Effekt produziren, weil dieselben Entschuldigungsgründe durch die Kurfürstl. Resolution vom 23sten März 1683 für zureichend angenommen, und Cunow Joachim, Albrecht Friedrich und Cunow Hartwich v. Quitzow darauf zur neuen Belehnung wirklich admittirt sind.

Den Appellanten können daher wirkliche Lehnsfehler nicht zur Last gelegt, noch weniger aber zugerechnet werden; sie haben sich ihres Gesammthandrechts durch nichts verlustig gemacht, und da sie dessen vollkommen würdig sind, so dürfen sie auch die Bewilligung ihres im Appellationsberichte formirten Antrags mit Zuverlässigkeit ruhig erwarten.

Fiskus hat ihnen jetzt zwar den neuen Einwand entgegen gesetzt: daß die von Kamckeschen Erben i. J. 1719 die Realprätendenten an Kletzke ediktaliter haben vorladen lassen, und daß sie sich damals auch gemeldet, aber nichts ausgerichtet hätten. Die Liquidationsakten von 1719 weisen aber nach, daß damals nicht sämtliche Realprätendenten vorgeladen, sondern durch das Gesuch vom 10. Februar 1719 nur die Citation der Creditoren, welche konsentirte Forderungen gehabt, extrahirt, daß nur diese Creditores citirt, daß sich aber dennoch die von Quitzow am 10ten März 1719 mit ihren Successionsansprüchen liquidando gemeldet haben, und daß sie damit nicht ab- und zur Ruhe, sondern nur auf die ergangenen Königl. Resolutionen verwiesen worden. Präklusion und ein neues Judikat steht ihnen also auch nicht entgegen; sie konnten nicht einmal präkludirt werden,

weil Präclusoria nur gegen unbekannte
 Prätendenten ergehen kann, sie und ihre
 gerechte Ansprüche aber dem Königl.
 Kammergerichte und der Familie von
 Kamcke zureichend bekannt waren. Es
 war auch der Fiskus bei diesem Ediktalcita-
 tionsprozeß nicht interessirt, und folglich
 kann er sich dieses Erkenntniß, welches
 nur die Fortdauer der Unterdrückung der
 Appellanten bekundet, nicht zu Nutze
 machen.

Appellanten bitten allerunterthä-
 nigst: sententiam a qua zu annul-
 liren, eventualiter sie dagegen in
 integrum zu restituiren, und sie
 nächst dem dahin zu reformiren: daß
 der Fiskus mit seinen Anträgen ab-
 zuweisen, ihr Successions- und Ge-
 sammthandsrecht nicht für erlo-
 schen zu achten, Fiskus vielmehr
 verbunden, sie zur Lehnssuccession

in der Hälfte des Amtes Kletzke, welche Cunow Hartwich von Quitzow bis 1719 besessen, zuzulassen, sie sofort in den Besitz derselben zu setzen, sie ihnen so, wie sie der letzte Lehnslasser i. J. 1719 verlassen, zu übergeben, ihnen alle seit 1719 entstandene und von ihm der v. Kamckeschen Familie überlassene Früchte zu erstatten, und die Kosten des Prozesses zu kompensiren.

„Die Geschichte der neuern mit wahren Justizheiligen besetzten Oberappellationsgerichte, sagt Moser in seinen politischen Wahrheiten, 1r Bd. S. 24., liefert häufige Beispiele, daß nicht nur gegen den Landesherrn und dessen Kammern, sondern auch gegen vielvermögende Minister, ohne Ansehen der hohen oder niedern Person, reine und strenge Justiz ver-

waltet worden.“ Können Appellanten
zweifeln, daß die Entscheidung, nach
welcher sie sich sehnen, nicht auch ein
neuer Belag einer unparteiischen Gerech-
tigkeitspflege sein werde? Berlin, den
12ten Jul. 1799.

**Erkenntnifs des Oberappellations-
senats in dieser Sache de publ.
den 13ten Februar 1800.**

**In Appellationssachen der etc. v. Quit-
zow, Verkl. jetzt Appellanten, wider den
Adjunctum Fisci, Kriegs Rath Michaelis
jetzt Appellanten erkennen Wir
Friedrich Wilhelm etc. hiemit für
Recht: dafs etc. die Sache selbst zum
Spruch in zweiter Instanz nicht angethan
sei, vielmehr zur ordnungsmässigen Erör-
terung und Entscheidung in erster Instanz
mit Zuziehung des jetzigen Besitzers von
Kletzke Landrath v. Knobelsdorf
und des Geheimen Ober-Finanzraths Gra-
fen v. Kamcke zu erweisen, und den Ap-
pellanten zu überlassen, dabei ihre Ein-
wendungen gegen die Gültigkeit des Er-
kenntnisses vom 27sten Februar 1712 gel-
tend zu machen; übrigens Appellanten ge-
halten, die Kosten der jetzigen Instanz zu**

tragen, und dem Gegner nach geschehener Festsetzung zu erstatten etc.

Von Rechts Wegen,

Gründe.

Die Sache ist nicht in der Lage, daß jetzt in zweiter Instanz werden könnte.

1.

Sind die Akten, auf welche das Erkenntniß vom 27sten Febr. 1717 gesprochen war, nicht mehr vorhanden, und es fehlt also ganz an der rechtsbeständigen Verhandlung, nach welcher jenes Erkenntniß beurtheilt werden muß. Die Art wie jene Akten abhanden gekommen sind, konstirt zwar mit Gewißheit nicht; indessen ergiebt das Reskript vom 9ten April 1717 daß sie an das Kammergericht, als die ordentliche Behörde, zur Aufbewahrung gesendet worden, und man muß daher annehmen, daß sie durch irgend ein Versehen verlohren gegangen sind, welches

auch die Bemerkungen der Akten des geheimen Archivs bestätigen. Dieser Zufall kann dem Fiskus nicht zur Präjudiz gereichen, auch hat die Kommission, von welcher das Urtheil vom 27sten Februar 1717 abgefaßt ist, so lange die Vermuthung der Legalität für sich, bis das Gegentheil dargethan ist, und daraus folgt zugleich, daß man ihr Erkenntniß so lange als den Gesetzen gemäß, annehmen muß, bis man die Thatsachen, worauf es beruht, ganz genau und in der gehörigen Form prüfen kann. Die Ergänzung aus den Manualakten ersetzt den Mangel nicht: diesen Manualakten, so weit sie nicht öffentliche Urkunden enthalten, fehlt schon an sich alle Glaubwürdigkeit, weil sie bloße Abschriften und Privat-Dokumente sind, die gegen einen dritten nichts beweisen, und über deren Rekognition der Fiskus die Erklärung mit Recht verweigert hat. Sie geben aber auch nur Bruch-

stücke an die Hand, die keinesweges hinreichend sind, um die Sache in ihrem ganzen Zusammenhange zu überschauen. Eine solche vollständige Uebersicht ist aber durchaus nothwendig, und ohne sie läßt sich besonders nicht beurtheilen, ob dieselben Lehnsfehler, worauf in dem Urtheil vom 27sten Febr. 1717 der Verlust des Rechts der Gesammthand gegründet wird, schon durch das vorhergegangene Erkenntniß vom 10ten Febr. 1686 erlassen waren? Die Ausmittlung dieses Punktes ist sehr wichtig, besonders da in einer Resolution vom 25sten Febr. 1719 an den Kapitain Daniel Friedrich v. Quitzow behauptet wird, der Fiskus habe sich bei dem Urtheil vom 10ten Februar 1686 nicht beruhigt.

Auch verdienen die Umstände Rücksicht, welche hierüber in den v. Kamckeschen Manualakten angeführt, und noch gar nicht erörtert sind. Müßten da-

her auch die etc. v. Quitzow gegen die verweigerte Appellation in den vorigen Stand gesetzt werden, so würde es doch wegen der fehlenden Akten erster Instanz nicht möglich sein, gegenwärtig in zweiter Instanz zu erkennen. Auch würde daraus für beide Theile der erhebliche Nachtheil entstehen, daß ihnen der Weg abgeschnitten würde, die Lücken in den Thatsachen noch auszufüllen. Schon aus diesen Gründen muß die Sache nothwendig zur ersten Instanz verwiesen werden, dies ist aber auch darum unvermeidlich, weil

2.

Die Umstände seit dem Jahre 1717 sich ganz verändert haben. Nachdem die Großeltern der jetzigen Appellanten durch das Erkenntniß vom 27sten Febr. 1717 ihres Rechts der Gesammthand an der Hälfte von Kletzke für verlustigt erklärt waren, zog der Fiskus dieses Lehn

ein, vergab es an den v. Kamcke und setzte denselben in den Besitz. Die Nachkommen des etc. v. Kamcke haben sich bis jetzt darin befunden, und es seit einiger Zeit an den Landrath v. Knobelsdorf verkauft. In dieser Lage ist die Fortsetzung der Appellation gegen das Urtheil vom 27sten Febr. 1717 ganz zwecklos. Wollen die v. Quitzow wieder zum Besitze der ihren Großeltern, angeblich ohne gesetzmässigen Grund, entzogenen Hälfte von Kletzke gelangen, welches die einzige vernünftige Absicht des Prozesses sein kann, so müssen sie ihre Realklage gegen den Besitzer des Guths anstellen, dabei in Rücksicht des Regresses den Fiskus zuziehen lassen, und bei diesem Prozesse die Gültigkeit des Urtheils vom 27sten Febr. 1717 welche nur eine Nebenfrage ausmacht, gehörig erörtern. Mit dem Fiskus allein, welcher bei dem jetzigen Prozesse nur als Lehnherr, mit-

hin als *successor singularis*, erscheint, können sie gegenwärtig die Sache nicht ausmachen: er ist nicht im Besitze des Guths, er kann es dem jetzigen Besitzer *Via Facti* nicht nehmen, und ist nicht einmal zur eventuellen Entschädigung verbunden, so lange nicht feststeht, daß die Appellanten ohne ihre Schuld das Guth selbst nicht wieder erhalten können; wobei es besonders auf die Anwendung des Judikats vom 15ten April. 1719 der von Kamckeschen Manualakten ankommen dürfte. In dieser Rücksicht ist die bisherige Einleitung auch darin fehlerhaft, daß weder der jetzige Besitzer von Kletzke noch sein Verkäufer zugezogen sind.

3.

Endlich haben die Vorfahren der Appellanten gegen das Erkenntniß vom 27. Feb. 1717 eigentlich nicht die Appellation sondern nach der damaligen Prozeßform

des remedium extraordinarium Querelae Nullitatis eingelegt. So tragen auch die Appellanten selbst in ihrer Deduktion dahin an:

das Erkenntniß vom 27sten Febr.

1717 zu annulliren, eventualiter sie

in integrum zu restituiren, und

alsdann reformatorie zu erkennen,

u. s. w.

Es kommt also, wenn man die Formen nicht vermengen will, zuerst auf Querelam Nullitatis an, und diese muß nach klarer Vorschrift der Prozeßordnung Tit. 16. §. 4. seq. in erster Instanz erörtert werden. Dies hätte übrigens nach dem gewöhnlichen Gange durch ein Reso- festgesetzt werden können, jedoch ist wegen besonderer Beschaffenheit der Sache, und damit den Appellanten den Weg an den Revisionsrichter über die Präjudizial-

frage offen gelassen werde, die Form eines Erkenntnisses gewählt worden, und daher überall, so wie in Ansehung der Kosten, welche die Appellanten als succumbirenden Theil allein tragen müssen, wie geschehen zu erkennen gewesen.

v. Wykersloot.

Gegen dieses Erkenntnis ist das Rechtsmittel der Revision eingelegt worden, von deren Erfolg und dem fernern Verlauf der Sache ich künftig Nachricht geben werde. St.

Druckfehler

in der zweiten Abtheilung.

- Seite 223 Z. 9 v. u. l. dieselbe, st. dasselbe.
— 234 — 10 v. u. l. gesetzlichen, st. gesetzliche.
— 246 — 11 v. u. l. Reassumption, st. Reassumption.
— 250 — 8 v. o. l. an das, st. aus.
— 352 — 8 v. u. l. seien, st. sind.
— — — 9 v. u. l. angeführten, st. angeführte.
— 259 — 2 v. o. l. appellationi, st. appellatio.
— 262 — 10 v. u. l. praesertim, st. praesentim.

Wegen der Ungleichheiten der Orthographie, da für C, als K ausgesprochen, nicht allenthalben (wie es geschehen sein sollte) ein K, in: sein (esse) bei etc. zuweilen ein: y gesetzt worden ist u. dgl. m. bittet man um gütige Nachsicht.

Druckfehler

in der ersten Auflage

— 200 —	Druckfehler
— 201 —	Druckfehler
— 202 —	Druckfehler
— 203 —	Druckfehler
— 204 —	Druckfehler
— 205 —	Druckfehler
— 206 —	Druckfehler
— 207 —	Druckfehler
— 208 —	Druckfehler
— 209 —	Druckfehler
— 210 —	Druckfehler
— 211 —	Druckfehler
— 212 —	Druckfehler
— 213 —	Druckfehler
— 214 —	Druckfehler
— 215 —	Druckfehler
— 216 —	Druckfehler
— 217 —	Druckfehler
— 218 —	Druckfehler
— 219 —	Druckfehler
— 220 —	Druckfehler
— 221 —	Druckfehler
— 222 —	Druckfehler
— 223 —	Druckfehler
— 224 —	Druckfehler
— 225 —	Druckfehler
— 226 —	Druckfehler
— 227 —	Druckfehler
— 228 —	Druckfehler
— 229 —	Druckfehler
— 230 —	Druckfehler
— 231 —	Druckfehler
— 232 —	Druckfehler
— 233 —	Druckfehler
— 234 —	Druckfehler
— 235 —	Druckfehler
— 236 —	Druckfehler
— 237 —	Druckfehler
— 238 —	Druckfehler
— 239 —	Druckfehler
— 240 —	Druckfehler
— 241 —	Druckfehler
— 242 —	Druckfehler
— 243 —	Druckfehler
— 244 —	Druckfehler
— 245 —	Druckfehler
— 246 —	Druckfehler
— 247 —	Druckfehler
— 248 —	Druckfehler
— 249 —	Druckfehler
— 250 —	Druckfehler
— 251 —	Druckfehler
— 252 —	Druckfehler
— 253 —	Druckfehler
— 254 —	Druckfehler
— 255 —	Druckfehler
— 256 —	Druckfehler
— 257 —	Druckfehler
— 258 —	Druckfehler
— 259 —	Druckfehler
— 260 —	Druckfehler
— 261 —	Druckfehler
— 262 —	Druckfehler
— 263 —	Druckfehler
— 264 —	Druckfehler
— 265 —	Druckfehler
— 266 —	Druckfehler
— 267 —	Druckfehler
— 268 —	Druckfehler
— 269 —	Druckfehler
— 270 —	Druckfehler
— 271 —	Druckfehler
— 272 —	Druckfehler
— 273 —	Druckfehler
— 274 —	Druckfehler
— 275 —	Druckfehler
— 276 —	Druckfehler
— 277 —	Druckfehler
— 278 —	Druckfehler
— 279 —	Druckfehler
— 280 —	Druckfehler
— 281 —	Druckfehler
— 282 —	Druckfehler
— 283 —	Druckfehler
— 284 —	Druckfehler
— 285 —	Druckfehler
— 286 —	Druckfehler
— 287 —	Druckfehler
— 288 —	Druckfehler
— 289 —	Druckfehler
— 290 —	Druckfehler
— 291 —	Druckfehler
— 292 —	Druckfehler
— 293 —	Druckfehler
— 294 —	Druckfehler
— 295 —	Druckfehler
— 296 —	Druckfehler
— 297 —	Druckfehler
— 298 —	Druckfehler
— 299 —	Druckfehler
— 300 —	Druckfehler

Wegen der Ungenauigkeit der Orthographie
ist die C. als K angedruckt, nicht als C.
Man (was es scheiden sein sollte) die K. in
den (Casse) der etc. zuweilen an: v. etc.
wenn es in dgl. m. bitte man um gütige Nachsicht.

Stengel, Christian Ludwig, 1765-1802 / Stengel, Christian Ludwig, /
Paalzow, Christian L.

Praktisch-juristische Ausarbeitungen

Bd.: 2

Berlin (1800)

Decis. 110 c-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10397253-4

VD18 80026222-001